Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

DANZIGER Volksstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6, Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 03, Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.— G, wöchentl. 0.75 G; in Deutschland 2.50 Goldmark; durch die Post 3.— G.— monatl.; für Pommerellen 5.— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0.15 G; Reklamen: 1 mm 0.60 G; in Deutschland 0.16 u. 0.60 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang | Mittwoch, den 1. Juli 1936 | Nr. 127

Nach dem Verbot:

Das Ringen um Danzig

Der neue Vorstoß der Nationalsozialisten

Der Hohe Kommissar nach Genf gereist

Ereignisreiche Wochen / Der neue Vorstoß der Nationalsozialisten

Das Ringen um Danzig

Das Verbot der „Danziger Volksstimme", das auf Grund eines Urteils des Pressegerichts mit dem gestrigen Tage vorzeitig abgelaufen ist, fiel in eine Zeit wichtigster politischer Ereignisse, die für das innerpolitische Leben in der Freien Stadt Danzig von außerordentlicher Bedeutung gewesen sind, und deren Auswirkungen es auch für die Zukunft bleiben werden. Wir sind überzeugt, daß das Erscheinen der „Danziger Volksstimme" gerade während dieser Zeit für die Bevölkerung doppelt wichtig gewesen wäre, und daß eine tägliche Berichterstattung und kritische Beleuchtung der Vorgänge durch die „Danziger Volksstimme" auch für den Staat besonders wertvoll hätte sein müssen, hätte sie doch manche unsinnige und gefährliche Legendenbildung oder Gerüchtemacherei von vornherein verhindern können. Die Leser der „Danziger Volksstimme" haben das auch klar empfunden. Eine Fülle von schriftlichen und mündlichen Anfragen sind während der Verbotszeit zu uns gelangt, die den Zweck hatten, die Meinung der „Danziger Volksstimme" über die politische Situation zu hören. Das Interesse der Leser an ihrem Blatt, die von den Abonnenten freiwillig gebrachten Opfer sind es auch gewesen, die die „Danziger Volksstimme" wieder einmal die Verbotszeit hindurch wirtschaftlich gut überstehen ließen. Unser erstes Wort sei deshalb ein Wort des Dankes für diese Treue, der durch die gleiche Treue gedankt werden soll, durch die Treue der „Danziger Volksstimme" im Kampf für das Recht und die Freiheit.

Das Verbot der „Danziger Volksstimme" ist nicht die einzige Maßnahme gewesen, die in den aufgeregten Tagen des letzten Monats von seiten der Polizei gegen die unabhängige Presse in Danzig getroffen wurde. Kurz vorher war eine Reihe von Beschlagnahmen und Verboten anderer Blätter ausgesprochen worden, aber die Verhinderung des Erscheinens der „Danziger Volksstimme" hat bisher stets einen Höhepunkt in den behördlichen Maßnahmen dargestellt, auf dem Danziger politischen Stimmungsbarometer wurde eine solche Maßnahme von den politisch interessierten Kreisen stets als eine Verdichtung der Atmosphäre gedeutet. Und der Zeiger des Barometers wies in den letzten Wochen tatsächlich unverrückt auf Sturm. Wenn jedoch nicht alle Anzeichen trügen, so dürfte auch diese Periode in Danzig bald überwunden sein.

Warum „Volksstimme"-Verbot?

Das Verbot der „Danziger Volksstimme", das der Polizeipräsident (i. V. Grötzner) am Tage nach Pfingsten ausgesprochen hatte, wurde bekanntlich damit begründet, daß die „Danziger Volksstimme" den Wortlaut einer Rede des Präsidenten Greiser, die dieser in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gauleiter in einer öffentlichen nationalsozialistischen Versammlung in Schidlitz gehalten hatte, in ihrem außenpolitischen Teil sinnentstellend wiedergegeben haben sollte. Diese sinnentstellende Wiedergabe der Redewendungen Greisers sollte geeignet gewesen sein, die guten und freundschaftlichen Beziehungen der Freien Stadt Danzig zu der Republik Polen zu gefährden und somit wesentliche Interessen des Staates zu beeinträchtigen. Das Verhalten der „Danziger Volksstimme" hätte auch, so hieß es in der polizeilichen Verfügung weiter, dazu geführt, daß der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig beim Senat Vorstellungen erhoben habe.

Sehen wir zunächst davon ab, uns in allen Einzelheiten mit dieser Begründung auseinanderzusetzen, so muß doch vor allem dazu eine grundsätzliche Feststellung getroffen werden. Niemand in Danzig und außerhalb Danzigs wird behaupten können, daß die „Danziger Volksstimme" seit ihrem Bestehen jemals die Absicht gehabt hat, das danzig-polnische Verhältnis durch ihr Verhalten zu belasten oder gar zu gefährden. Die „Danziger Volksstimme" hat sich in einer Zeit, in der die heute regierenden Kreise fast ihre gesamte Agitation mit antipolnischen Argumenten bestritten, und in der Mut dazu gehörte, das danzig-polnische Verhältnis auch nur sachlich zu behandeln, bereits für die Verständigung mit Polen eingesetzt und diese Grundeinstellung, die einer der Hauptpfeiler sozialdemokratischer Politik in Danzig immer gewesen ist, bis zum heutigen Tage unverändert beibehalten. Es wäre deshalb absurd, zu behaupten, daß die „Danziger Volksstimme" durch die Wiedergabe der Redewendungen des stellvertretenden Gauleiters Greiser, selbst wenn sie entstellt worden sein sollten, von der Absicht geleitet gewesen sei, das danzig-polnische Verhältnis zu beeinträchtigen.

Die Intervention des Ministers Papée, von der in der Verbotsverfügung die Rede war, kann wohl nur den Zweck gehabt haben, zu erfahren, wie die Rede des Präsidenten Greiser, die er in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gauleiter hielt, aufzufassen sei, bzw. was er in vollständiger Wiedergabe seiner Ausführungen über die außenpolitischen Beziehungen Danzigs gesagt hat. Bis heute hat nun die Danziger Oeffentlichkeit keine offiziöse Verlautbarung über jene Schidlitzer Versammlungsrede Greisers gehört. Präsident Greiser hat darauf verzichtet, eine Richtigstellung der Wiedergabe seiner Rede durch die „Danziger Volksstimme" bekannt zu geben. Was das Pressegericht in seinem Urteil über die Beschwerde der „Danziger Volksstimme" gegen das Verbot darüber aussagt, ist auch keineswegs erschöpfend. Das Pressegericht erklärt in der Begründung seines Urteils dazu folgendes:

„Die von der „Volksstimme" dem stellvertretenden Gauleiter in den Mund gelegten Worte sind unrichtig wiedergegeben und entstellt. Der stellvertretende Gauleiter hat den Zehn-Jahres-Pakt mit Polen in keiner Weise herabgesetzt, sondern im Gegenteil ihn gegen die Angriffe der Oppositionsparteien verteidigt. Dieses folgt aus der dem Gericht zugänglich gemachten Stellungnahme des stellvertretenden Gauleiters und der vorliegenden Stichwort-Disposition seiner Rede sowie aus den Aussagen vernommener Zeugen."

Wir hätten es begrüßt, wenn gegenüber unserer Darstellung der Greiser-Rede eine ausführliche Richtigstellung erfolgt wäre. Zu den Angaben des Pressegerichts ist zu sagen, daß wir nie behauptet haben, daß der stellvertretende Gauleiter Greiser den Zehnjahrespakt mit Polen in seinem Werte herabgesetzt hat. Es wäre schließlich nicht zu begreifen, wenn ein prominenter nationalsozialistischer Funktionär der NSDAP. — und als solcher hat Herr Greiser gesprochen — einen Vertrag, den sein oberster Führer abgeschlossen hat, öffentlich in seinem Werte herabsetzen würde. Unverständlich ist aber die in dem Urteil des Pressegerichts enthaltene Wendung, aus der hervorgeht, daß Herr Greiser den Vertrag „gegen die Angriffe der Oppositionsparteien verteidigt" hat. Das Pressegericht hätte hier etwas deutlicher werden sollen, denn uns sind solche Angriffe der Oppositionsparteien, gegen die Herr Greiser den Vertrag hätte verteidigen müssen, wirklich nicht bekannt. Wir jedenfalls haben immer nur festgestellt, daß die oft gehörte Meinung, Danzig komme zum Reich zurück, barer Unsinn oder bewußte Lüge ist, weil Hitler nicht nur in dem Zehnjahresvertrag die deutsch-polnisch-Danziger Grenzen garantiert hat, sondern in seiner am 7. März gehaltenen Rede ganz ausdrücklich auf jeden weiteren territorialen Anspruch des Deutschen Reiches in Europa für alle Zukunft in feierlicher Weise verzichtet hat. In dem Kommentar, den wir zu unserer Wiedergabe der Greiser-Rede am nächsten Tage veröffentlichten, haben wir auch nur diese unverrückbaren Tatsachen unterstrichen und hervorgehoben, daß die Rede des Präsidenten alle mit diesen Tatsachen im Widerspruch stehenden Illusionen und Flüsterparolen „gründlich zerstört" hat.

Das Urteil des Pressegerichts ist nun noch eine weitere Bekräftigung und Bestätigung der Richtigkeit dieser Ueberzeugung. Es stellt gewissermaßen alle Zweifel in die Ernsthaftigkeit der Absichten und Wirkungen des Zehnjahresvertrages unter Strafe und dürfte insofern in Danzig auf alle weiteren Anhänger der „Vorposten"-Schlagzeile „Zurück zum Reich!" eine heilsame und dauerhafte Wirkung ausüben. Insoweit hat das „Volksstimme"-Verbot auch eine erfreuliche Wirkung gehabt.

Wir müssen aber abschließend noch einmal feststellen, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, gegenüber der Wiedergabe der Greiser-Rede durch die „Volksstimme", wenn sie entstellt gewesen sein soll, sofort eine ausführliche Richtigstellung zu veröffentlichen und nicht erst nach drei Tagen mit einer Verbotsmaßnahme für die Dauer von zwei Monaten zu antworten, wenn sie auch später durch das Pressegericht revidiert worden ist. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf einen anderen Fall hin, dessen Bedeutung außer jedem Zweifel steht. Vor einiger Zeit hatten die „Danziger Neuesten Nachrichten" und der „Danziger Vorposten" eine Rede des Majors Stach, des damaligen Kommandeurs der Schutzpolizei, nicht nur in einem Teil, sondern von Anfang bis zu Ende völlig falsch, grob sinnentstellend und in einer direkt gegen das Statut der Freien Stadt Danzig, also die Interessen des Staates aufs schwerste gefährdenden Weise wiedergegeben. In diesem Falle hat der Polizeipräsident keine Maßnahmen gegen die beiden Blätter ergriffen, es war lediglich eine amtliche Richtigstellung erfolgt. Ein solches Verhalten der Behörden erscheint uns denn auch der zweckmäßigste Weg zur Klarstellung von Irrtümern oder Entstellungen zu sein. Wir hätten gewünscht, daß die Behörden, wenn sie der Ueberzeugung sind, daß die Wiedergabe der Rede des stellvertretenden Gauleiters falsch gewesen ist, auch in unserem Falle in gleicher Weise verfahren wären.

Aber verlassen wir dieses Kapitel. Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage gebieten, das Vergangene ruhen zu lassen und uns mit der Gegenwart der Verhältnisse in Danzig zu beschäftigen, ihre Ursachen klarzustellen und die Tendenzen der zukünftigen Entwicklung aufzuzeigen. Das Barometer der Freistaatpolitik steht, wie gesagt, auf Sturm.

Der Terror und seine Auswirkungen

Am Freitag, dem 12. Juni, erfolgte jener Tumult anläßlich der deutschnationalen Versammlung im Josephshaus, der mit einer abscheulichen Saalschlacht und über 50 Verletzten endete. Es ist weiter erklärt worden, daß die Tumulte auch ein Todesopfer, den SA.-Mann Doskowski, gefordert haben. Die Ereignisse im St. Josephshaus haben jedem Danziger mit einem Schlage die Situation und ihre Gefährlichkeit klar vor Augen geführt. Es hieße nutzlos Worte verlieren, wollte man sie noch einmal schildern oder die Schuldfrage aufwerfen. Diese Frage ist ja für die gesamte Danziger Oeffentlichkeit geklärt.

Der Fall St. Josephshaus war keine Einzelerscheinung. Anläßlich einer sozialdemokratischen Flugblattverbreitung war es bereits zwei Tage vorher zu ernsten Zwischenfällen in den Danziger Straßen gekommen, die wiederum nur eine ernstere Wiederholung der Ausschreitungen darstellten, die 1½ Wochen vorher aus einem gleichen Anlaß erfolgt waren. Der Fall des sozialdemokratischen Flugblattverteilers Straphel — Straphel befindet sich heute noch in Untersuchungshaft — wird hoffentlich in dem kommenden Gerichtsverfahren seine restlose Aufklärung finden. Das wird insofern von besonderem Wert sein, als seine Ursachen und die Umstände, unter denen er erfolgte, symptomatisch für die Verhältnisse sind, die in jenen Tagen in Danzig geherrscht.

Am nächsten Tage kam es in der Altstadt zu Tätlichkeiten, bei denen das Messer eine Rolle spielte. Der Haupttäter bei diesen Vorfällen ist nach dem Reich entflohen. Einen Tag nach der Saalschlacht im St. Josephshaus ereignete sich ein fast gleichgelagerter Fall in einer Frontkämpferversammlung in Oliva. Am gleichen Tage spielten sich jene blutigen Vorfälle auf der Danziger Höhe in Wiesental ab, die zwei Todesopfer forderten und deren Klärung noch aussteht.

Am selben Tage wurden in Praust zehn sozialdemokratische Funktionäre in Schutzhaft genommen und in Gegenwart von Polizeibeamten von der SA. aufs schwerste mißhandelt. Von den Tätern sind 25 Mann erkannt worden, nicht ein einziger von ihnen ist bisher festgenommen worden. Im Kreis Großes Werder allein hat man in jenen Tagen nicht weniger als 18 sozialdemokratische Funktionäre in Schutzhaft genommen. Der politische Barometer im Freistaat stand auf Sturm.

Hoher Kommissar nach Genf gereist

Der Hohe Kommissar des Völkerbundes ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, gestern mittag nach Genf gereist.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Genf meldet, hat das Sekretariat des Völkerbundes den Hohen Kommissar nach Genf berufen, um den Völkerbundsrat über die Angelegenheiten in Danzig zu informieren.

Ein neuer Abschnitt

In diesen Tagen schrieb der „Danziger Vorposten" in einem seiner Leitartikel, „daß das nationalsozialistische Danzig und auch seine Gegner sich bewußt sein müssen, nunmehr vor dem Beginn eines neuen Abschnitts zu stehen". Die Regierung, so hieß es weiter, müßte dem Treiben der Staats- und Volksfeinde in einer Weise Einhalt gebieten, daß eine weitere Verhetzung unmöglich sei und dadurch größeres Unheil vermieden werde.

Ganz ähnlich klang ein Aufruf, den Herr Forster, der Gauleiter der NSDAP. in Danzig, zu gleicher Zeit „an alle Parteigenossen, SA., SS., NSKK.-Männer" richtete. Dieser Aufruf dürfte einmal zu den absonderlichsten und traurigsten Denkwürdigkeiten gehören, von denen die Danziger Geschichte dieser Jahre zu berichten haben wird. Der Aufruf strotzte von Beleidigungen und Anklagen gegen die verfassungstreuen Oppositionsparteien in Danzig. Staunend stand die Bevölkerung, die die Vorfälle der vorhergehenden Tage bewußt miterlebt und die Fenster-Ruinen des St. Josephshauses mit eigenen Augen gesehen hatte, vor den Litfaßsäulen, vertieft in die sonderbare Lektüre, um dann kopfschüttelnd und schweigend davonzugehen.

Nichts ist lehrreicher, als ein Vergleich dieser Kundgebung des Herrn Forster mit einem Aufruf, den die Sozialdemokratische Partei, die Zentrumspartei und die Deutschnationale Volkspartei zwei Tage später an die Danziger Staatsbürger richteten, der ein neues einmütiges Bekenntnis zu den Grundsätzen der Danziger Verfassung und eine Mahnung zur Ruhe und zum unbeirrbaren Kampf für die hohen Ideale des Rechtes, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit darstellte. Bezeichnenderweise nannte der „Vorposten" gerade diesen letzten Appell eine Unverschämtheit.

Noch hatten sich die Wogen nicht gelegt. Die Beerdigungen der drei toten Nationalsozialisten, zu denen der Stabschef der SA., Lutze, und der Reichsführer der SS., Himmler, erschienen waren, nahmen die Formen von nationalsozialistischen Demonstrationen an; von aufmarschierenden SA.-Massen wurden, wie schon in den Tagen vorher, Straßenpassanten, die die Hakenkreuzfahnen nicht gegrüßt hatten, mißhandelt und niedergeschlagen. Bei diesen Zwischenfällen waren auch 14 Polen getroffen worden.

Zwischen den Gefechten

Bei den ersten aufregenden Ereignissen hatte der „Vorposten", wie gesagt, von dem Beginn eines neuen Abschnitts der weiteren Entwicklung in Danzig gesprochen, und wir

glauber dem „Vorposten", daß die Meinung ehrlich war. Am Tage nach der Beerdigung der beiden SS.-Männer Ludwig und Fressonke aber klagte der Gauleiter Forster auf einer Tagung in Potsdam — laut einem Bericht des „Berliner Tageblatts" — darüber, daß der Nationalsozialismus, der jetzt die Geschicke Danzigs lenke, „infolge Dutzender von Völkerverträgen nicht handeln könne wie er wolle". Herr Forster hatte das Gleiche auch vorher schon unzählige Male gesagt. Es fehlte sonderbarerweise in seinem bereits zitierten Aufruf „an die Parteigenossen, SA.-, SS.- und NSKK.-Männer", und es sah tagelang so aus, als ob manche Nationalsozialisten sich der Richtigkeit der in Potsdam ausgesprochenen Feststellung nicht mehr bewußt waren. Selbst Herr Forster erklärte, im offenen Gegensatz zu seiner eigenen Feststellung, und in einer sonderbaren völligen Verkennung der rechtlichen Gegebenheiten, noch in der gleichen Potsdamer Rede, „daß der Nationalsozialismus in Zukunft nicht mehr Oppositionsversammlungen in Danzig dulden werde."

Die verfassungstreuen Parteien haben in ihrem gemeinsamen Aufruf an die Danziger Staatsbürger zu diesen Fragen jedoch vorsorglich und unmißverständlich Stellung genommen. Sie haben die NSDAP. nicht der Absicht bezichtigt, die rechtlichen Gegegebenheiten der Freien Stadt Danzig bewußt zu übersehen. Sie haben aber klar zum Ausdruck gebracht, daß „trotz aller Anstrengungen es der NSDAP. bisher nicht gelungen ist, gegen den festen Willen der verfassungstreuen Bevölkerung die Danziger Verfassung auf legalem Wege zu beseitigen". „Wenn nun", so hieß es in dem Aufruf weiter, „die NSDAP. versuchen sollte, auch ohne formale Aenderung der Verfassung mit anderen Mitteln in Danzig Zustände zu schaffen, die dem Geiste der Verfassung widersprechen, so legen wir gegenüber solchen Versuchen in aller Oeffentlichkeit feierlich Verwahrung ein ... Die verfassungstreuen Parteien werden jeden Angriff auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte und Freiheiten der Bevölkerung energisch zurückweisen und jedes zulässige Mittel zum Schutz der Danziger Verfassung zur Anwendung bringen." Diese Worte haben auch noch für heute und für alle Zukunft die gleiche weittragende Bedeutung und Geltung, wie in jenen aufgeregten Tagen, in denen sie in Danzig zum erstenmal verbreitet wurden.

Um Ruhe und Ordnung

Wir haben nicht die Absicht, im heutigen Stadium der innerpolitischen Entwicklung, gewissermaßen zwischen den Gefechten, einnehend zu untersuchen, welche Wirkungen die beiden Aufrufe, der des Herrn Forster und der der drei verfassungstreuen Parteien, in Danzig gehabt haben. Wir können nur feststellen, daß die ereignisreichen Wochen hinter denen wir stehen, für die NSDAP. keinerlei Erfolge gezeitigt haben. Sollte die NSDAP. tatsächlich zu Anfang eine Generaloffensive beabsichtigt haben, so steht heute schon fest, daß sie kein ruhmreiches Ende genommen hat, mögen auch noch manche Aeußerlichkeiten das Bild verwirren.

In der Bevölkerung haben die jüngsten Unternehmen der Nationalsozialisten die Antipathien und die offene Gegnerschaft gegen die NSDAP. auf einen Grad gesteigert, wie er trotz allem vorher noch nicht erreicht worden war. Die Entrüstung über die Vorgänge im St. Josephshaus und während der folgenden Tage, die Empörung über die Berichterstattung der „Danziger Neuesten Nachrichten" und des „Vorposten", der Unwille über den Aufruf des Herrn Forster, herrschte in Danzig allgemein herrschte und wahrlich nicht zuletzt die Zustände und Stimmungen in den Reihen der Danziger NSDAP. sprechen eine deutliche untrügbare Sprache.

Politisch gesehen, ergibt sich das gleiche Bild. Die NSDAP. ist nicht nur moralisch geschlagen, sie befindet sich auch politisch in einer nicht beneidenswerten Lage. Den besten Beweis dafür liefert der letzte Artikel des Gauleiters Forster, der in der nationalsozialistischen Presse als ein „Vorstoß gegen Lester" bezeichnet worden ist, der aber in Wirklichkeit nur die Ungangbarkeit der politischen Wege der NSDAP. in Danzig aufzeigt. Wir kommen auf diesen Vorstoß anschließend noch zu sprechen. In dem abgeschlossenen Abschnitt der Gefechte sei nur darauf hingewiesen, was eine große polnische Zeitung kürzlich feststellte. Sie erklärte unwidersprochen vor einigen Tagen, daß die Ruhe und Ordnung in Danzig aufrechterhalten worden sei, daß der Hohe Kommissar mit aller Energie dieses Ziel verfolgt habe und daß er sehr weittragende Entschlüsse angekündigt habe, falls es nicht gelingen sollte, die Ruhe und Ordnung und das verfassungsmäßige Leben in der Freien Stadt Danzig aufrechtzuerhalten.

Wir beneiden die Führer der nationalsozialistischen Organisationen auch nicht um die Tatsache, daß sie sich veranlaßt haben, bei dem polnischen Diplomatischen Vertreter, Minister Papée, vorzusprechen, um sich wegen der von ihren Anhängern gegen Polen begangenen Gewalttaten zu entschuldigen, nachdem vorher schon der Senat in die gleiche Verlegenheit gebracht worden war. Daß auch wieder Entschädigungen für die durch die Gewalttaten in Mitleidenschaft gezogenen polnischen Mitbürger zu zahlen sind, versteht sich am Rande. Die deutschen Mitbürger, die das gleiche Schicksal wie die 14 Polen getroffen hat, werden wahrscheinlich ohne solche Wiedergutmachung mit der Beruhigung zufrieden sein müssen, die ihnen der — zum wievielten Male? — an die nationalsozialistischen Anhänger ausgegebene Befehl, niemand wegen des Nichtarikers von Halenfreundinnen zu belästigen, verschafft hat.

Das Versammlungs- und Aufmarschverbot

Am Sonnabend, dem 30. Juni, hat dann der Präsident des Senats in einer vor den Mitgliedern der Hitler-Jugend abgegebenen Erklärung der Regierung ein allgemeines Verbot für Versammlungen und Aufzüge mit politischem Charakter mit Wirkung bis auf weiteres verkündet. Der Präsident des Senats hat dabei erklärt, daß dieses Verbot von Versammlungen und Aufmärschen zur Beruhigung des innerpolitischen Lebens in Danzig dienen solle. Der Präsident des Senats hat bei der Verkündung dieses Entschlusses der Regierung sehr harte Worte gegen die Opposition gebraucht. Vielleicht haben sie einigen Nationalsozialisten gefallen, vielleicht entspricht es dem nationalsozialistischen Gemütsleben, wenn beispielsweise Präsident Greiser bei der Erwähnung des Todes der drei SA.- und SS-Leute — die kommenden Gerichtsverhandlungen werden hoffentlich über ihre Todesursachen und über die Umstände, unter denen sie ihr Leben einbüßten, restlose Klarheit bringen — erklärte, daß, wenn die verfassungstreuen Abgeordneten Brill, Dr. Sieveritt und Weise „ein unchristliches Erbe finden sollten ... allerdings weniger für das deutsche Volk und noch weniger für die Danziger Regierung Veranlassung vorhanden sein" werde, „die Staatslänge auf halbmast zu setzen".

Wir wollen gegen den Präsidenten des Senats in diesem Zusammenhang nicht polemisieren, wir wissen nur, daß in den Reihen der NSDAP. diese Worte überhört werden sind bei der Trauer darüber, daß man im Augenblick nicht Gelegenheit hat, in den Straßen Danzigs das Lied vom „Judenblut, das vom Messer spritzt" zu brüllen. Was das Versammlungsverbot betrifft, so wird man seine Auswirkung und seine Durchführung eine gewisse Zeit abwarten müssen. Selbstverständlich darf das Verbot nicht zu einer Beeinträchtigung verfassungsmäßiger Arbeiten werden. Wir sind auch der Meinung, daß eine objektive und sachliche Polizei schon heute in der Lage ist, auch ohne Versammlungsverbot die friedlichen Bürger gegen Terrorakte zu schützen. Die Situation wird sich jedoch sehr bald soweit geklärt haben, um zu dem Versammlungsverbot abschließend Stellung nehmen zu können.

Herr Forster und der Hohe Kommissar

Der Kreuzerbesuch

Die sich anbahnende Ruhe hat nun Herr Forster, der Gauleiter der NSDAP., dazu benutzt, um eine zweite Folge der Gefechte, allerdings auf einem anderen Kampfterrain, zu eröffnen. Er hat am letzten Sonnabend jenen bereits erwähnten und in der breitesten Oeffentlichkeit lebhaft diskutierten Artikel mit der Ueberschrift „Der Völkerbundskommissar in Danzig" in der reichsdeutschen und Danziger nationalsozialistischen Presse veröffentlicht — selbstverständlich mußten die „Danziger Neuesten Nachrichten" auch wieder dabei sein — und wartet nun gespannt die Wirkungen seiner Großtat ab. Der Artikel hat eine kurze und eine lange Vorgeschichte. Beide sind keineswegs kompliziert und sind der Danziger wie der internationalen Oeffentlichkeit hinreichend bekannt.

In dem am 24. Juni im „Danziger Vorposten" veröffentlichten Programm der anläßlich des Besuchs des deutschen Kreuzers „Leipzig" geplanten Veranstaltungen — also einen Tag vor dem Eintreffen des Kreuzers in Danzig — konnte man noch lesen, daß am Donnerstag vormittag der Kommandant des Kreuzers dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Lester, einen Besuch abstatten, und daß am Sonnabend abend der Hohe Kommissar ein Essen für die Offiziere veranstalten werde. Am nächsten Tage erschien dann die sensationell zu wertende Nachricht von dem Unterbleiben des sonst üblichen offiziellen Besuchs des Kommandanten des Kreuzers beim Hohen Kommissar und der dadurch selbstverständlich gewordenen Absage der Veranstaltung im Hause des Hohen Kommissars. Begründet wurde dieses Vorgehen, daß in den Kompetenzbereich der Regierung des Deutschen Reiches fällt und zu dem wir uns in diesem Zusammenhang mit keinem Wort zu äußern brauchen, in einer Auslassung des Deutschen Nachrichtenbüros mit folgenden Redewendungen:

„Diese Tatsache (das Unterbleiben des Besuchs des Kommandanten. D. Red.) dürfte durch den Vorfall veranlaßt sein, der sich anläßlich des letzten deutschen Flottenbesuchs in Danzig im vergangenen Jahre ereignete. Damals hatte der Völkerbundskommissar zugleich mit den deutschen Offizieren u. a. auch Vertreter solcher Kreise eingeladen, die die Hetze gegen das heutige Deutschland, insbesondere gegen den Führer und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, berufsmäßig betreiben, nämlich Führer der jüdisch-marxistischen Opposition, sowie einen von seinem Amte entfernten früheren Senatspräsidenten."

Der Danziger Bevölkerung sind jene mit diesen Redewendungen gemeinten tatsächlichen Vorgänge noch ebenso frisch in Erinnerung, wie das aus Anlaß dieses Vorganges vom Hohen Kommissar herausgegebene Kommuniqué, das eine Klärung des von der nationalsozialistischen Presse falsch dargestellten Sachverhaltes enthielt. Jedenfalls ist das die kurze Vorgeschichte zu dem Artikel des Herrn Forster, die lange ist etwas weitläufiger. Sie reicht bis zu dem Zeitpunkt zurück, in dem der Hohe Kommissar des Völkerbundes zum ersten Male gezwungen war, sich für die Aufrechterhaltung der Grundsätze der Danziger Verfassung einzusetzen.

Herrn Forsters seltsame Auffassungen

Herrn Forsters ganze „Weltanschauung", so möchte man sagen, ist nun in diesem Dokument, dem Artikel über den Hohen Kommissar, wiederzufinden. Sie wird in lapidaren Sätzen kundgetan. Seine Ansichten sind natürlich nicht richtig, aber sie werden eben von jemand vorgetragen, den der Gauleiter der NSDAP. von Brandenburg, Kube, anläßlich der wiederholt erwähnten Potsdamer Kundgebung als den für den Gau Danzig von Adolf Hitler eingesetzten „Hohen Kommissar" bezeichnete, eine Bezeichnung, die wohl immerhin nur scherzhaft zu verstehen sein dürfte.

Herr Forster beginnt mit der merkwürdigen Feststellung, daß der Freistaat Danzig seinerzeit als „ein dauerndes Element der Beunruhigung und des Streites" zwischen Deutschland und Polen geschaffen worden sei. Er erklärt dann, daß jetzt ein Ausgleich zwischen Polen und Deutschland und auch Danzig geglückt sei, um dann auf die Aufgaben des Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig einzugehen. Herr Forster kommt zu der eigenartigen Feststellung, daß die „Existenz des Hohen Kommissars im großen und ganzen überflüssig geworden ist", obwohl er doch am besten wissen mußte, welche große Bedeutung der Tätigkeit des Hohen Kommissars in Danzig beizumessen ist. Herr Forster meint, daß der Hohe Kommissar seine Existenzberechtigung nun dadurch nachweisen wolle, daß „er sich fortwährend in die innerpolitischen Geschehnisse des Freistaates einmischt". Er behauptet, daß das andere Vertreter dieses Amtes nie getan hätten, und verleigt sich schließlich zu der Behauptung, der Hohe Kommissar mache der Danziger Regierung das „Leben sauer", werfe ihr „Prügel zwischen die Beine", und falle ihr in den Arm, um der Danziger Opposition zu helfen. Er trage damit nicht zur Befriedung und zur Beruhigung in Danzig bei.

Herr Forster hat ähnliche Dinge, allerdings mit andern Worten, schon früher behauptet; man hätte annehmen sollen, daß die Vergangenheit ihn jedoch von seinen Irrtümern hinlänglich überzeugt hätte. Statt dessen trägt er sie nun erneut und in einer Form vor, die tatsächlich alles bisher von ihm Gesagte bei weitem überbietet. Herr Forster wird sich von dieser neuen Offensive große Wirkungen versprechen. Vielleicht irrt er sich nicht, gewiß scheint uns aber zu sein, daß sie im Endeffekt zusammenbrechen, zerschellen wird an den realen rechtlichen Verhältnissen.

Die Wirkungen

Es scheint uns — von jedem Gesichtspunkt aus betrachtet — nichts charakteristischer für die Situation zu sein, als die Rede, die Präsident Greiser einen Tag nach dem von den Nationalsozialisten selbst als „Vorstoß" bezeichneten Versuch Forsters, die Rechte und Pflichten des Völkerbundes und seines Hohen Kommissars in Danzig zur Diskussion zu stellen, auf einer nationalsozialistischen Veranstaltung in Langfuhr gehalten hat. Präsident Greiser hat erklärt:

„Die Tatsache, daß im Zusammenhang mit dem Besuch des deutschen Kreuzers „Leipzig" die Person des Hohen Kommissars des Völkerbundes und seine Tätigkeit zur Diskussion gestellt wurde, hat auch außerhalb Danzigs einiges Aufsehen erregt. Das ist für die Danziger Regierung Anlaß genug, um Gewacht bei Fuß zu stehen."

Das heißt nichts anderes, als daß die Regierung es für ihre Pflicht hält, sich von der ganzen Angelegenheit zu distanzieren. Wir glauben, daß das wirklich ihre Pflicht ist. Allerdings wäre es noch klüger, in aller Oeffentlichkeit von den Ausführungen des Herrn Forster abzurücken. Aber warten wir die Entwicklung der Dinge ab.

Im Ausland hat sowohl die Tatsache, daß der Kommandant des deutschen Kreuzers beim Hohen Kommissar keinen Besuch gemacht hat, aber auch der „Vorstoß" des Gauleiters Forster ein lebhaftes, wir glauben sehr unerwünschtes Echo gefunden. Das polnische Regierungsorgan, die „Gazeta Polska" hat in ihrer ruhigen mäßigenden Art erklärt, die Bedeutung des Forster-Artikels sehr Sensationellen Greifer übertrieben. Zahlreiche Erklärungen Warsaw bedeuten etwas anderes als was Gauleiter Forster in seinem Artikel zum Ausdruck bringe. Für die internationalen Beziehungen müsse aber allein maßgebend sein die Haltung der offiziellen Stellen.

Der Präsident des Senats und damit die zuständige amtliche Stelle sei Greiser und nicht Gauleiter Forster. Der Präsident der Freien Stadt habe in der letzten Zeit mehrfach Versicherungen über die Loyalität des Senats der Freien Stadt gegenüber dem Völkerbund und hinsichtlich der Durchführung des Statuts der Freien Stadt abgegeben ... Wir finden, daß eine eindeutigere Sprache nicht geführt werden kann. Die Auslassung der „Gazeta Polska" besagt nichts anderes, als das Polen eindeutig zu den Rechtsverhältnissen der Freien Stadt steht.

In der französischen und englischen Presse, ja in der Presse der ganzen übrigen Welt, wird die Tendenz des Forster-Artikels mit Entrüstung abgelehnt. Der „Vorposten" versucht deshalb auch selbst schon die Wirkung des Forster-Artikels abzuschwächen, indem er gewissermaßen mit Entrüstung erklärt, die französische Agentur „Havas" wolle aus der DNB.-Meldung über den Forster-Artikel entnehmen können, daß der Gauleiter Forster in seinem Artikel die Abreise des Hohen Kommissars des Völkerbundes verlange und angekündigt habe, daß er die Alleinherrschaft der Nationalsozialistischen Partei in Danzig errichten wolle. Die Zitate, die Havas verwende, seien auch ungenau.

Die großen französischen Blätter haben sich im allgemeinen sehr eingehend mit dem Forster-Artikel beschäftigt und fordern, daß der Völkerbund das Statut in Danzig wahre. Man gibt in der französischen Presse der Ansicht Ausdruck, daß der Artikel Forsters im Einverständnis mit den amtlichen Berliner Stellen geschrieben worden sei und weist auf die Veröffentlichung des Artikels in reichsdeutschen Blättern hin. Aus diesen Gründen sei eine Stellungnahme Genfs notwendig. „Die Handlungsweise, deren sich Staatsrat Forster bediente", so erklärt die „République", „hat wenigstens das eine Gute, das Problem völlig klar aufzurollen und den Völkerbundrat eindeutig vor seine Verantwortung zu stellen. Von seiner Entscheidung wird das Schicksal der Freien Stadt Danzig abhängen."

Zu den eigenartigsten Folgerungen kommt man jedoch in der reichsdeutschen Presse. So behauptet das „Berliner Tageblatt" in einer Meldung aus Danzig allen Ernstes:

„Als bemerkenswert verdient die Stimmung des diplomatischen Korps verzeichnet zu werden, aus deren Aeußerungen sich deutlich die Ansicht einer starken Schwächung der Genfer Stellung in Danzig erkennen läßt. Im allgemeinen konnte man den Eindruck mitnehmen, daß nach dem Urteil der vertretenen Diplomaten Völkerbundskommissar Lester durch sein Eintreten für die Belange der Opposition seine eigene Position und damit auch die Stellung Genfs in Danzig selbst untergraben habe."

Das „Berliner Tageblatt" fährt dann fort:

„Hervorgehoben wurde auch, daß es sich hier um ein Eintreten der Partei, nicht der Danziger Stellen handele, da der Senat in der ganzen Frage bisher eine starke Zurückhaltung wahrte. Auch herrscht die Ansicht vor, daß England, auf dessen Hilfe die Opposition gern gerechnet hat, an der Frage jetzt nicht mehr so stark interessiert ist.

„Von seiten Polens verhält man sich zunächst abwartend. Minister Papée gab in einem Gespräch der Meinung Ausdruck, daß die Angelegenheit seiner Ansicht nach wohl weitere Kreise ziehen werde, daß jedoch Warschau zwischen der Stellung Lesters und der Position Genfs in Danzig unterscheide."

Wie der Danziger Korrespondent des „Berliner Tageblatts" solche Behauptungen, wie die über die angebliche Stimmung des diplomatischen Korps in Danzig, aufrechterhalten und beweisen will, bleibt allerdings sein eigenes Geheimnis. Bezeichnend ist an der ganzen Meldung nur die Art, in der Stimmung gemacht wird.

Die Reise des Hohen Kommissars

Gestern ist nun der Hohe Kommissar nach Genf abgereist. Wir wissen nicht, welchen Anlaß und welchen Zweck seine Reise hat. Nach Meldungen der gesamten, auch der nationalsozialistischen Presse, bildet jedoch der Forster-Artikel über die Stellung des Hohen Kommissars in Danzig und über Rechte und Pflichten des Völkerbundes in bezug auf die Freie Stadt Danzig einen der bedeutsamsten Diskussionsgegenstände in Genf. Wir nehmen an, daß die Aeußerungen der Deutschen diplomatischen Korrespondenz, die gestern in den reichsdeutschen und Danziger nationalsozialistischen Blättern veröffentlicht worden sind, das Interesse Genfs an dem Falle Forster erhöhen werden. Wurde doch in diesen Aeußerungen der Erwartung Ausdruck gegeben, „daß der Völkerbund von untauglichen Methoden abläßt, die am Ende gar zu der Frage führen müssen, ob der Völkerbund seine Aufgabe wirklich in der Förderung des Friedens oder etwa in der Stiftung von Unruhe sehen will."

Die grundsätzliche Stellungnahme zu dem Artikel Forsters kann gar nicht anders erfolgen, als nach den in Danzig für Danzig herrschenden rechtlichen Grundsätzen. Die Auffassungen des Herrn Forster gehen an dieser Rechtslage einfach vorbei. Weil Herr Forster die Danziger Verfassung nicht leiden kann, sieht er jede Maßnahme des Hohen Kommissars zum Schutz der Verfassung als eine Stellungnahme für die Opposition an, die Verfassungstreue als den obersten Grundsatz ihres Verhaltens aufgestellt hat. Herr Forster verschiebt die Sachlage, wenn er behauptet, der Hohe Kommissar schütze die Opposition, die für den Bolschewismus (!) kämpfe. Er hätte sich an das Wort seines Parteifreundes, des Volkstagspräsidenten Beyl, halten sollen, der in einer Erklärung der nationalsozialistischen Fraktion des Volkstages öffentlich bekannt hat, daß die Opposition verfassungsmäßig im Recht sei. Da es in Danzig aber kein anderes als Verfassungsrecht gibt, kann Herr Forster in seiner Stellungnahme nur von einer grundsätzlichen Negierung des Verfassungsrechts in Danzig ausgehen.

Wir kennen Herrn Forster in Danzig seit langem. Wir kennen seine Absicht und seine Taktik. Wir wissen aber auch, daß er bisher mit dieser Taktik stets nur Scheinerfolge erreicht hat und daß er in Wahrheit seine Partei immer stärker ins Dickicht hinein manövrierte. Wenn sich Herr Forster seinen „Vorstoß" wirklich als einen solchen gedacht, so glauben wir ihm, wie gesagt, jetzt schon einen neuen Mißerfolg voraussagen zu können. Herr Forster verkennt die Kraft, die in dem Recht und in den Reihen der Kämpfer für das Recht wohnt. Die vergangenen Jahre hätten ihm das eigentlich beweisen sollen. Die Meinung der Danziger Bevölkerung könnte es ihm auch jetzt täglich beweisen.

Inmitten der Spannungen dieser Tage erscheint nun heute die „Danziger Volksstimme" wieder. Sie hat einen Monat lang schweigen müssen. Aber auch diese Tatsache hat die Entwicklung gewiß nicht aufhalten können. Wenn der Gegner nervös wird, weil er seine Felle wegschwimmen sieht, dann heißt es für uns erst recht, Ruhe zu bewahren und sich durch nichts beirren zu lassen. Die „Danziger Volksstimme" und die mit ihr verbundene Sozialdemokratische Partei, ja die ganze verfassungstreue Opposition hat sich bisher nicht beirren lassen und wird auch in Zukunft kaltblütig ihren Weg gehen. Von diesem Weg, der sich innerhalb der Grenzen von Verfassung und Gesetz bewegt, wird sie sich auch durch den Forster-Artikel nicht abbringen lassen. Sie hat es, weiß Gott, nicht nötig, nervös zu werden, sie überläßt das gern den Nationalsozialisten.

Danziger Nachrichten

Lokale Rückschau

Frontkämpfer überfallen und verletzt

Am Sonnabend, dem 13. Juni, sollte in dem Lokal „Resi" in Oliva eine öffentliche Versammlung stattfinden, die vom Bund Deutscher Frontkämpfer des Weltkrieges E. V. arrangiert worden war. Mit Rücksicht auf die Vorgänge im Josephshaus war die Versammlung von Kapitän Pietsch, dem Vorsitzenden des Bundes, abgesagt worden. Er hatte sich mit einigen Bekannten in dem Saal eingefunden, um den Personen, die dennoch zur Versammlung kommen wollten, mitzuteilen, daß die Versammlung nicht stattfinden werde. Kurz vor acht Uhr erschienen etwa 100 Personen ziemlich geschlossen im Versammlungsraum, worauf sich Kapitän Pietsch entfernte. In einem Nebenraum des Lokals kam es dann zu Tätlichkeiten, wobei Pietsch verletzt wurde. Auch auf der Straße ist Pietsch dann schwer mißhandelt worden. Auch andere Personen, die der Opposition angehören, wurden an diesem Sonnabend in Oliva überfallen und mißhandelt. Ein großer Teil der Täter ist erkannt worden. Gegen sie ist Anzeige erstattet worden.

In Emaus

kam es am gleichen Tage zu einem nächtlichen Störungsversuch. Aus Anlaß der Fronleichnamsprozession waren in der Umgebung der katholischen Kirche in Emaus Girlanden gezogen und Triumphbögen errichtet. Aus Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins war eine Wache gebildet, die in der Nähe der Kirche postiert war. Gegen drei Uhr morgens beobachteten diese Arbeiter eine größere Gruppe von SA.-Leuten, die sich, offenbar nicht in friedlicher Absicht, dem Kirchengrundstück näherten. Angesichts der Uebermacht zog sich die ausgestellte Wache in die Kirche zurück und setzte das Glockengeläute in Tätigkeit. Als zu dieser ungewohnten Stunde die Glocken ertönten, ergriffen die Täter die Flucht.

Steinwürfe gegen das Pfarrhaus

Anläßlich eines kirchlichen Festes war die Nicolai-Basilika mit Grün und Fahnen in den kirchlichen Farben geschmückt. Abends stellten sich Gruppen der Hitlerjugend in der Nähe des ebenso geschmückten Pfarrhauses auf und versuchten, die sich an der Hausfront entlangziehenden Girlanden zu entfernen. Da ihnen das nicht gelang, wurde ein Steinbombardement gegen das Pfarrhaus eröffnet, wobei zwei Fensterscheiben zertrümmert wurden. Polizei zerstreute die Jugendlichen.

Der Abgeordnete Moritz zu Unrecht entlassen

Der sozialdemokratische Abgeordnete Moritz war während des letzten Wahlkampfes von seiner Dienststelle, dem Landessteueramt, fristlos entlassen worden. Das Landesarbeitsgericht hat entschieden, daß die Kündigung rechtsunwirksam ist. Auch die Entlassung des städtischen Angestellten Rogalewski, der als Zentrumsanhänger bekannt ist, hat das Landesarbeitsgericht für unzulässig erklärt.

Ausgewiesen

Dem deutschnationalen Abg. und Konsul Carl Steinbrück, der an einer Aufsichtsratssitzung der „Flamma" in Berlin teilnahm, wurde von der Gestapo nahegelegt, innerhalb 24 Stunden das Deutsche Reich zu verlassen.

Senatspräsident a. D. Dr. Liehm wurde bei einer Reise nach Deutschland an der Grenzkontrolle in Gr. Boschpol angehalten, wobei ihm eröffnet wurde, daß er nicht einreisen dürfe. — Die Extraausgabe der „Danziger Nationalen Zeitung", die eine Stellungnahme des früheren Senatspräsidenten und Vorsitzenden des Oberverwaltungsgerichts enthielt, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Es blieb bei der Geldstrafe

Der am 30. Januar in der „Danziger Volksstimme" erschienene Artikel, der sich mit der dreijährigen Regierungstätigkeit der Nationalsozialisten in Deutschland beschäftigte, hatte bekanntlich zu einem gerichtlichen Verfahren gegen den Redakteur Franz Adomat geführt, der zu 500 Gulden Geldstrafe verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil des Schöffengerichts war Berufung eingelegt worden, die vor der Ersten Großen Strafkammer, die unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Kuhbier verhandelt wurde.

Bei der Verhandlung vor der Strafkammer wurde auf Belangen des Staatsanwaltes auch Kriminalrat Claß von der politischen Polizei vernommen. Er sagte aus, daß nach Erscheinen der betreffenden Ausgabe der „Volksstimme" die politische Polizei von verschiedenen Stellen angerufen worden sei, die das Vorgehen der politischen Polizei gegen die „Volksstimme" gefordert hätten. Die Anrufe seien anonym gekommen. Sofern die Polizei nicht von sich aus die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen die „Volksstimme" empfinden sollte, werde man von sich aus zu Aktionen schreiten. Daher habe die Polizei die Beschlagnahme der betreffenden Ausgabe der „Volksstimme" verfügt. Der Staatsanwalt beantragte eine Erhöhung der Geldstrafe auf 1000 Gulden. Der Verteidiger plädierte auf Freispruch. Die Strafkammer ließ das Urteil des Schöffengerichts unverändert.

*

Dem Bäckermeister Golunski in Schiewenhorst war vom Polizeipräsidenten der Danziger Paß entzogen worden mit der Begründung, Golunski sei nicht Danziger Staatsangehöriger. Golunski hat dieserhalb einen Prozeß angestrengt, den er endgültig gewonnen hat. Er erhält seinen Danziger Paß zurück, der Polizeipräsident trägt die Kosten des Gerichtsverfahrens.

Die Klage, die der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Arthur Heilsberg auf Zahlung der Volkstagsdiäten angestrengt hatte, ist vom Obergericht abgewiesen worden.

Nach Polen ausgeliefert wurde der Bürovorsteher Aleksander Groc aus Bialystok, der am 26. Juni vergangenen Jahres seine Ehefrau am Schwarzen Meer durch Messerstiche so schwer verletzte, daß sie bald darauf verstarb.

Ins Arbeitshaus gebracht wurde der Danziger Laufbursche Helmut Meyer, der auf dem Marienkirchturm die Ehefrau Liesbeth Schmuke überfiel und niederzuschlagen versuchte.

Der Raubmörder Johannes Heppner ist am 13. Juni 1936 hingerichtet worden. Heppner, der die Witwe Schirk in Küchwerder erschlagen und beraubt hat, betätigte sich in seiner Schöneberger Zeit als eifriger Terrorist gegen Nichtnationalsozialisten.

Verhaftung eines Belastungszeugen

Der Arbeiter Willy Müller wurde vom Amtsgericht wegen Fahrraddiebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Als Belastungszeuge trat der polnische Staatsangehörige Fial auf, der bei einer Fahrradrazzia mit einem gestohlenen Fahrrad erwischt worden war. Er behauptete, das Rad von Willy Müller gekauft zu haben. Müller wurde daraufhin verurteilt. Der Angeklagte legte Berufung ein, die jetzt unter dem Vorsitz des Landgerichtsrat Dr. Bator verhandelt wurde. In der Verhandlung fiel Fial durch seine sich widersprechenden Zeugenaussagen auf, die schließlich so stark waren, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft gegen den Zeugen Haftbefehl beantragte, da Fial des Meineides verdächtig ist. Das Gericht sprach den Angeklagten Müller frei und nahm den Belastungszeugen Fial in Haft.

Verbot der „Neuen Zeit" abgekürzt

Von acht auf sechs Monate

Der Polizeipräsident hat am 30. Mai die „Neue Zeit", das Organ des Hausbesitzervereins, auf die Dauer von acht Monaten verboten. Verbotsgrund war ein Artikel, der unter der Ueberschrift „Traumwandler" in der Zeitung erschienen ist. Der Danziger Polizeipräsident sah in dem Artikel einen schweren Angriff gegen die Danziger Regierung und die ihr nachgeordneten Behörden. Es werde dem Sinne nach ausgeführt, daß die ungeheure Gegnerschaft gegen das Nazireginne öffentlich und in Versammlungen nur deshalb nicht zum Ausdruck komme, weil jeder befürchte, daß ihm sonst Nachteile durch die Behörden entstehen würden. Diese Ausführungen und die daran geknüpften Beispiele waren die Ursache des Verbots.

Der verantwortliche Redakteur, Dr. Curt Blavier, hatte sich an das Pressegericht gewandt, das zwar der gleichen Meinung ist wie der Polizeipräsident, aber die Verbotszeit von 8 Monate auf 6 Monate verkürzt hat.

Polnischer Ministerbesuch in Danzig

Auf der Rückreise vom Fest des Meeres in Gdingen weilte gestern der polnische Handelsminister Roman in Danzig, wo er beim Diplomatischen Vertreter Polens, Minister Dr. Papée, Wohnung bezog. Nach verschiedenen offiziellen Besuchen, einer Hafenrundfahrt und nach Teilnahme an einem Festessen des Senats im Rathaus und einem Essen der Kammer für Außenhandel im Zoppoter Kasinohotel mit anschließendem Empfang trat der Minister vom Bahnhof Zoppot aus mit dem Nachtzuge die Rückreise nach Warschau an.

Aus der Zoppoter Monats-Chronik

Die am 3. Juni bekanntgegebenen reichsdeutschen Vorschriften für Reisekreditbriefe für das Freistaatgebiet haben in Zoppot eine Anzahl Badegäste arg in Verlegenheit gesetzt, nachdem die Banken schon vorher Reisekredite nur ratenweise gezahlt hatten. Beschleunigte Abreisen und schuldig gebliebene Zimmermieten waren die Folge.

Das Zoppoter Lokalblatt schrieb am 16. Juni anläßlich eines zwölfstündigen Besuchs des englischen Touristendampfers „Montclare" auf der Reede: „Diesen Engländern gefiel Zoppot nicht. Sie gefielen uns auch nicht. Die Engländer sagten: „In Zoppot wäre nichts los." Wir sagen, daß wir uns unter englischem Reisepublikum etwas anderes vorstellen. Ein bißchen pfundstärker in der Geldbörse . . . Die Besatzung macht einen saloppen Eindruck. Entweder haben sie sich den Passagieren angepaßt oder umgekehrt."

Die Kurgartenwärter Adrian und Rabe, beide bekannt als 110prozentige Nazis, mußten Knall auf Fall von der Kurverwaltung entlassen werden. Betrunken am Strand liegend, hatten sie vorübergehende weibliche Badegäste durch unflätige Redensarten gröblichst belästigt. — Adrian ist jener angenehme Zeitgenosse, der es früher wiederholt auf Austrägerinnen der „Volksstimme" abgesehen hatte, denen er in die Häuser folgte und ihnen die Zeitungen entriß.

Europa im Aether

Landessender Danzig

Mittwoch, 1. Juli:

16.20: So nebenbei (Schallplatten). — 17.20: 10 Min. Reitsport. — 17.30: Vierhändige Klaviermusik. — 18: Großer musikalischer Querschnitt (Singendes, klingendes Frankfurt). — 19: Buntes Allerlei. — 19.45: Eröffnung des olympischen Dorfes. — 20: Wetter, Nachrichten. 20.15: Reichssendung. — 20.45: Collegium lusticum. — 22: Wetter, Nachrichten, Sport. — 22.20: Vom Wesen und Wandel deutscher Kunst. — 22.40—24.00: Nachtmusik und Tanz.

Ausländische Sender

Mittwoch, den 1. Juli:

18.05 Prag: Deutsche Sendung, Arbeitersendung und Nachrichten.
19.30 Wien: Mozart-Symphonie. — 19.40 Warschau: Arien und Lieder. 19.50 Brünn und Prag: Konzert.
20.00 Brüssel fläm.: „Polenblut", Operette. — Brüssel franz. und Droitwich: Chorkonzert. — Kalundborg: Aus der Saga des alten Spielmanns (Musikdemonstrationen; ländliche Tänze). — Paris: Klavierkonzert. — Wien: Oesterreichische Meisterlieder. — 20.10 Beromünster: Schubert-Konzert (Solist: Prof. Rehberg). — 20.20 Paris PTT.: Klavierkonzert. Anschl. Matrosenlieder.
21.00 Budapest: Leichte Musik. — Kalundborg: Signal-Feuerfest. — Prag: Sinfoniekonzert. — Warschau: Chopin-Konzert. — Wien: Volksbräuche und Volksmusik. Anschl. Wiener Operettenkonzert. 21.05 Droitwich: Klavierkonzert. — 21.10 Lahti: Unterhaltungsmusik. — 21.15 Paris PTT.: Kammermusik.
22.00 Droitwich: Unterhaltungsmusik. — Kalundborg: Amerikanisches Konzert. — 22.15 Warschau: Musikalischer Hörbericht. — 22.25 Wien: Stimmung und Tanz.

„Der Schwur der polnischen Mutter"

Radio-Rede des Staatspräsidenten: „Wir lassen uns nicht von der See verdrängen"

Bei dem am 29. Juni in Gdingen unter außerordentlich starker Beteiligung begangenen „Feiertag des Meeres" sprach Vize-Ministerpräsident Kwiatkowski. Aus Anlaß des Feiertages hielt der polnische Staatspräsident eine Ansprache im Rundfunk. Er führte u. a. aus, daß die jährlichen „Feiertage des Meeres" den jährlichen Schwur der ganzen Nation, daß niemand und nichts Polen aus der Reihe der Seestaaten verdrängen werde, bedeuteten. Das Meer habe dem polnischen Volk die Wege in die weite Welt geöffnet, habe es mit den anderen Völkern gleichgestellt und ihm die Freiheit und das Recht gegeben, überall zu sein, wo Meer und Himmel ist. Polen biete die Hand zur Zusammenarbeit den Völkern, denen es durch die See nachbarlich nahegebracht sei, und vor allem den Völkern der Ostsee. Polen sei dank dem Bau von Gdingen ein Seestaat geworden. Wenn man sehe, was in der Welt vorgehe, verstehe man die Notwendigkeiten, daß man die Arbeit und den Fortschritt zusammen mit anderen Friedliebenden vor Bedrohungen erfolgreich schützen müsse.

Straphel bleibt weiter in Haft

Der Stadtverordnete Straphel, der wegen eines Vorfalles anläßlich der Flugblattverbreitung am 10. Juni in Untersuchungshaft genommen wurde, hatte gegen die Untersuchungshaft Haftbeschwerde eingelegt. Die Haftbeschwerde ist jetzt von der Zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts abgelehnt worden.

Flucht aus dem Gerichtssaal

Am Donnerstag, dem 25. Juni, wurde vor dem Einzelrichter gegen den 24 Jahre alten Arbeiter Helmut Schacht wegen schweren Diebstahls verhandelt. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Er wurde in Haft behalten, doch war der Drang nach der Freiheit so stark, daß er wohl mit dem Justizwachtmeister bis zur Zwischenzelle mitging, sich dann aber losriß und den langen Gang zum Verhandlungssaal durcheilte, die Tür aufriß, durch den Verhandlungssaal lief und tatsächlich das Freie erreichte. Schacht hat auf diesem Gebiet schon eine recht große Erfahrung und schon mehrfach durch seine schnellen Beine die Freiheit erlangt. Diesmal hatte er aber Pech. In der Nähe der Gastwirtschaft Hing fiel Schacht hin und wurde wieder eingefangen. Er muß also sein Jahr abbüßen.

Der Hausbesitzer-Zweckverband wird am 1. Juli seine Arbeiten aufnehmen. Die Hauptgeschäftsstelle befindet sich Gr. Wollwebergasse 28, 2 Treppen. Der Verband gliedert sich in 9 Bezirke, die in 66 Blöcke zerfallen.

Zum Einmachen!
Jamaika-Rum aus Woythaler
Danzig, Kundegasse 15 Langfuhr, Adolf-Hitler-Straße 64

Der Fordwagen führt

Wir entnehmen der bekannten deutschen Fachzeitschrift „Der Auto- und Motorrad-Markt" vom 27. Mai, daß in Deutschland in der Klasse der 3—4-Liter-Wagen Ford mit über 68 Prozent des Absatzes herrscht. Das ist das „V 8" — 8 Zylinder — Modell und es gibt wohl keinen besseren Beweis für die Qualität dieses Wagens als diese kurze Notiz. Nur ein wirklich erstrangiges Fahrzeug konnte sich gegen die zahlreiche und hochwertige Konkurrenz der bekannten deutschen Marken eine solche Position erobern. Wer Ford V 8 fährt, ist begeistert über seine hervorragenden Fahreigenschaften, die elegante Karosserie und die Schönheit von Form und Farbe.

Die Nachfrage nach kleineren und sparsamen Wagen deckt Ford mit den beiden Typen Standard und Junior de Luxe. „Standard" mit 4/21 PS und „de Luxe" mit 5/32 PS entsprechen allen Anforderungen an Wirtschaftlichkeit und Zuverlässigkeit. Besonders letzterer mit seiner schnittigen Stromlinien-Karosserie hat sich sehr rasch auch im Freistaat und in Polen durchgesetzt und die Verbreitung dieses beliebten Wagens steigt ständig. Die riesenhaften Fabrikations-Anlagen in Dagenham, England, können kaum die große Nachfrage befriedigen.

Die in Danzig älteste autorisierte Ford-Vertretung J. Roiblit, Breitenkengasse 37, Tel. 242 38 und 242 15, hat soeben eine größere Anzahl Wagen geliefert bekommen, und lädt alle Interessenten zu unverbindlicher Besichtigung und Probefahrt ein. Näheres im heutigen Inserat. (1897)

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fooken, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A. Fooken, Danzig, Am Spendhaus 6.

Offene Stellen

Perfekte Stenotypistin
erste Kraft, mit allen Büroarbeiten vertr.
Buchhalterin
bilanzsicher, beide möglichst aus der Getreidebranche, per sofort gesucht. Angebote unter 2028 an die Expedition.

Verkaufs-Lehrling
(weibl.) nicht unter 18 Jahre, mit Kenntnissen im Stricken gesucht. Angebote mit Lebenslauf unter B. S. 500 an die Exped.

Laufmädchen
im Alter von 14 Jahren gesucht.
Breier, 1. Damm Nr. 16

Suche **Bürokraft**
mit Stenographie und Schreibmaschine vertraut. Angeb. unter 2037 a. d. Exped.

Zuverlässiges perfektes Mädchen
für größeren jüdisch. Haushalt per sofort gesucht. Meldungen: Vorst. Graben 1 b, 3 Treppen, links.

Für kl. jüd. Haush. **Hausmädchen**
ges. Kochkenntnisse erwünscht. Schön. Zuf., Fordermeg 7 a.

Jugendl. Laufmädch. von sofort ges. bei Johannisgasse 41/43, 9 Uhr

Stellengesuche

Junge verheirateter Tischler
a. Antiquitäten sucht Stellung. Ang. u. 2024 an die Exped.

Ordentl. Frau sucht **Waschstelle**
Angebote unter 2013 an die Expedition.

Junger Verkäufer (Verkäuferin)
oder Lehrling im 2. bis 3. Berufsjahr. Erforderlich Dekoration und Lackschrift, für Kolonialwaren, Delikatessen, Obst u. Gemüse gesucht. Angebote unter 2077 an die Exp. der „Volksstimme".

Arbeitsbursche
15—16 Jahre gesucht. Bernsteinwaren- und Emaillieranstalt Ernst Mikolei Kasernengasse 1 c.

Laufmädchen
fleißig und ehrlich, 15—17 Jahre alt, von sofort gesucht. Angeb. u. 2031 a. d. Exp.

Suche von sofort tüchtiges Mädchen
mit guten Zeugniss. und Kochkenntnissen. Vorst. 8—9½ u. 3—4. Karrenwall 5, 3 r.

Fräulein
für einen kleinen Haushalt gesucht. Zu erfragen im Laden Alt. Graben Nr. 45

Zu vermieten

2-Zimmer-Wohnung
für 40 G monatlich, ab 1. 8. zu vermiet. Erfr. 5. Hausverw. R. Trumpfturm 8, 1

Kl. möbl. Zimmer
sep. Eing. z. vermiet. Burggrafenstr. 12, 3.

Sonnig. 5-Zimmer-Wohnung
mit Zubehör sofort zu vermieten. Weidengasse Nr. 31.

Sonnige 5-Zimmer-Wohnung
Diele, Bad, 2. Etage (80 Gulden) neu renoviert, zu vermieten. Engler, Frauengasse Nr. 13, Hof

2-Zimmer-Wohnung
mit Balkon,
3-Zimmer-Wohnung
mit Bad und Balkon und sämtlichem Zubehör zu vermieten. Auskunft: Verwaltung, Kolkengasse 4, von 10 bis 2

Zoppot! Für 1. Juli-Woche, sowie für August,
eleg. möbl. Zimmer
für 1-3 Personen frei. Fließ. Wasser, mit oder ohne erstklassige Pension.
Knopp, Eisenbahnstr. 13, Tel. 511 63

Schlafstelle frei für älteren Mann. Grabelewski, Nonnenhof Nr. 15.

Frdl. möbl. Zimmer Bad, Etagenheizung, per sofort oder spät. zu verm. Gutmann, Brodbänkeng., Eingang Altes Roß 4.

Herrnbude
Möbliertes Zimmer a. Sommergäste bill. zu vermiet. Kanter, Tannenbergstr. 69, 2.

Frdl. möbl. Vorderz. m. Bad, sof. z. verm. Mirauer Lawendelgasse 2—3, 2 Telephon 226 83.

Möbliertes Zimmer sofort zu vermieten. Vorst. Graben 44b, 1.

Sonnige 2- oder 3-Zimmer-Wohnung
1. Etage, in Emaus, zuskr. von sofort oder später zu verm. Anfragen erbeten Frauengasse 39, pt.

Schön., sep., möblier. Vorderzimmer
an nur bessere Berufstätige zu verm. Frauengasse 28, 2.

Möbliertes Zimmer als Mitbewohner an Herrn ab sofort zu vermieten. Rosinski, Johanisg. 68, 2 lks.

Sommerferien
Gesucht wird für ca. 14 Tage im August in Westlich-Neufuhr oder Bohnsack 1 möbl. Zimmer möglichst mit Veranda, Küchenbenutzung erwünscht. Angebote mit Preis unter 2033 an die Expedition.

Erfolgs-Resultate
durch
Klein-Inserate

Leeres Zimmer mit Gas sofort zu vermieten. Schmidt, Milchkanneng. 15, 4.

Möbliertes Zimmer an 1 oder 2 Person. zu vermieten. Poggenpfuhl 91a, 3 l.

Saubere Schlafstelle für Frau oder Mädchen bei ält. Witwe sof. billig zu verm.Äckergasse 14, 1 lks.

Wohn.-Gesuche

Rentnerin mit erw. Tochter sucht **Stube und Küche** zum 1. 8. oder spät. Angebote unter 2038 an die Expedition.

Suche 1 leeres Zim. evtl. Küchenanteil, a. Troyl od. Heubuder Straße. Ang. u. 2039 an die Expedition.

Eine lustige Seefahrt

veranstaltet der **Arbeiterchor „Freie Sänger"**, Danzig, (Dirigent Oskar Sach) am Sonntag, den 12. Juli 1936, mit dem seetüchtigen Motorschiff „Nogat". Die Fahrt geht über Gdingen nach Hela.

Fahrpreis im Vorverkauf 1.75 G, am Dampfer 2.— G. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Fahrpreis für 12—14jährige 1.— G. **Abfahrt 8 Uhr ab Brabank. Rückfahrt ab Hela 7 Uhr abends.**

Musik und Tanz auf dem Aufbaudeck

Programme für den Tag auf Hela werden an Bord ausgegeben.

Der Vorstand.

Vorzugspreis nur bis zum 7. Juli. Eintragung in den Verkaufsstellen, bei den Sängern und in der Volksstimme, Am Spendhaus 6. Verkauf nach dem 7. Juli, soweit Platz reicht und mit eigenem Pass.

Bierhalle
Willy Beyer

Weißmönchenhintergasse 3/5

Gut gepflegte
Biere u. Getränke
Billiger Mittagstisch.
Besser
Restaurant „Zum Schildbürger"
Wallgasse 21

Frühjahrs- und Sommer-Stoffe

in den bekannten **guten Bielitzer Qualitäten**
in den **modernen Musterungen**
finden Sie in großer Auswahl in der
Bielitzer Tuchfabrikniederlage

Gustav Molenda & Sohn

Danzig, Kohlenmarkt 9 (gegenüber dem Staatstheater)

Empfehle dem werten Publikum
meine
Konditorei & Café
Altstädt. Graben 11

F. Gronwald
Buchprüfungen / Buchführungen
Vermittlungen
Büro: IV. Damm Nr. 11 I

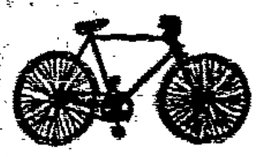
Gdynia!

Beim Ausflug besuchen Sie das erstklassige Restaurant und Café

Hotel Slupski

am Hauptbahnhof. Polnisch-französische Küche Gut gepflegte Bisre, gute Getränke, solide Preise Erstklassige Bedienung

---



FAHRRÄDER
Ersatzteile, Beleuchtung
RADIO-Apparate,
führende Marken
Elektro-technische Artikel, Lampen, Plätteisen, Kocher usw.
Musikwaren, Grammophone, Schallplatten, stets preiswert bei

BERESIN & CO.

DANZIG, Langgasse 19 LANGFUHR, Hauptstr. 44

FUCHS die große Mode

echte und gefärbte Füchse
Krawatten aller Art **3/4-Jacken** in großer Auswahl
Haus- und Umarbeitungen nach den neuesten Modellen.

Pelzkonservierungen im Hause

Pelzhaus Cybulka
Gr. Wollwebergasse 15 Telefon 267 01

Billige Bezugsquelle für
Prima
oberschlesische
Kohlen · Koks · Briketts
Zygmunt Szapira
Dominikswall 4 - Telefon 27035, 27535
Lager: Karthäuser Straße 20

WEISSE WOCHE

Die große Kaufgelegenheit
für Weißwaren und Wäsche

Ergänzen Sie jetzt Ihren Wäschebestand

Unsere Weißwaren sind seit Jahren erprobte Qualitäten

Das Haus, in dem Sie immer gut bedient werden

Geb. Freymann
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Das Heim
im neuen Gewande
durch die
moderne Tapete

FELS

Kohlenmarkt, Passage-Eck

Silberfüchse
Blaufüchse
Füchse

in allen modernen Farben in großer Auswahl, sehr preiswert

Pelzhaus Pinkus
6 Kohlengasse 6

Damenhüte

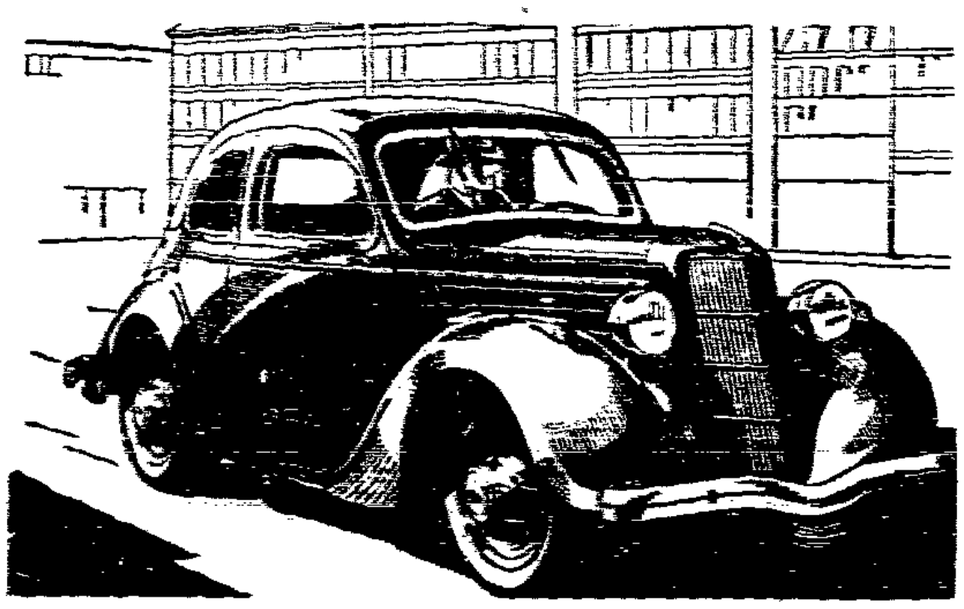
Strohhüte jetzt bedeutend herabgesetzt
Filzhüte, das Neueste auf Lager
„Wiener Chic"
Haustor 3

Bei
Schuh-Cohn
Langebrücke 41, kaufen Sie
gute Schuhe sehr preiswert.

Ihren Bedarf an
Fleisch- und Wurstwaren
decken Sie nur bei
Fleischermeister Kuschel
Markthallenstand 44
und Samtgasse 4

Fortuna-Drogerie
Inh.: Leonhard Goldschmid
II. Damm 7-8, Telefon 24589
Farbenhandlung

Mit Ford hinaus nach des Alltags Plage in ostseeblaue Ferientage



Junior de Luxe Modell 1936.
5/32 PS . . . . . ab **Dg 5345**

Standard junior
4/21 PS . . . . . ab **Dg 4515**

„V 8" - Achtzylinder,
Modell 1936

Sämtliche **Original-Ford-Ersatzteile** für »Standard Junior« und »Junior de Luxe« soeben eingetroffen und ab Lager lieferbar
Wir verkaufen wie bisher gegen Gulden, Zloty oder Zloty-Guthaben in Danzig und Polen

In Danzig älteste autorisierte **Ford-Vertretung** **Jacob Rotblit, Danzig, Brotbänkengasse 37** . **Telefon 24236, 24215**

Danziger Nachrichten

Der Niedergang der Danziger Zuckerindustrie

Bedauerliche Auswirkungen

Innerhalb von drei Jahren ist es dahin gekommen, daß der noch vor wenigen Jahren blühenden Danziger Zuckerindustrie völliges Erliegen droht. Seit ca. 80 Jahren hat dieser Industriezweig sich in Krisen, Kriegs- und Nachkriegszeiten als lebensfähig erwiesen. Jetzt aber sieht es so aus, als ob der Danziger Zuckerindustrie ein Schicksal von nicht zu ermessender Schwere bevorsteht.

Für unser kleines Freistadtgebiet war der Zuckerrübenanbau und die Zuckerherstellung immer von großer Bedeutung. Es wurden während der Verarbeitungszeit

in den drei Fabriken Praust, Sobbowitz und Neuteich ca. 1500 Arbeiter beschäftigt.

Die Zahl der ständig dort Tätigen ist in Normalzeiten mit ca. 300 Personen anzunehmen. Bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war eine von Jahr zu Jahr steigende Vergrößerung der Danziger Zuckererzeugung zu verzeichnen. Die kleine Fabrik in Sobbowitz wurde im Jahre 1932 nur deshalb stillgelegt, weil durch die Vergrößerung und Erweiterung der Produktionsfähigkeit in den übrigen Fabriken (Praust auf Verarbeitungsmöglichkeiten für 24 000 Zentner Rüben in 24 Stunden, Neuteich auf 40 000 Zentner Rüben in der gleichen Zeit) der Betrieb in Sobbowitz (8000 Zentner Kapazität) unrentabel geworden war.

Die Landwirtschaft

war durch den Anbau der Zuckerrüben und durch Belieferung mit Schnitzel bzw. Trockenschnitzel, die Abfälle der Zuckererzeugung bilden, durch die Fabriken im Futtermittelbezug unabhängig vom Auslande. Auch die Rübengelder der Zuckerfabriken waren für die Landwirtschaft eine von Jahr zu Jahr steigende Einnahme und eine Stütze in dem schweren Existenzkampf, den die Danziger Landwirtschaft führen muß.

Doch auch über den engen Kreis der unmittelbar Interessierten hinaus bildete das Blühen und Gedeihen der Zuckerindustrie eine Quelle der Belebung. Die Betriebe z. B., die sich mit dem Transport der Rüben usw. beschäftigten, konnten in jedem Herbst mit einer größeren Einnahme rechnen. So konnte allein die

Kleinbahn

aus dem Zuckerrübentransport jährlich an Frachten usw. eine Einnahme von ca. 300 000 Gulden verzeichnen und die Staatsbahn fast ebensoviel. Auch den Landwirten, die ihre Rüben selbst zur Fabrik schafften, wurden sogenannte Anfuhrentschädigungen in Höhe bis ca. 100 000 Gulden jährlich gezahlt.

In den Jahren 1933 und 1934 setzte die Stockung des Absatzes für den Danziger Zucker ein. Es muß bemerkt werden, daß der Freistaat Danzig nur ca. ein Viertel seiner Zuckererzeugung im Inlande verbraucht, während drei Viertel seiner Produktion exportiert wurden. In Zahlen stellte sich die Danziger Erzeugung in Normaljahren etwa folgendermaßen dar:

Rübenernte normal	ca.	1 750 000	Dz.
Zuckerherstellung daraus	ca.	300 000	Dz.
Verbrauch im Inlande	ca.	75 000	Dz.
Export	ca.	225 000	Dz.

Daß dieser beträchtliche Zuckerexport einen bedeutenden Devisseneingang für Danzig darstellte, liegt auf der Hand. Um so bedauerlicher ist es daher, daß er derart zum Erliegen kam.

Im Jahre 1935 wurde nämlich infolge der Absatzschwierigkeiten das Anbaukontingent für Zuckerrüben auf 25 Prozent (also nur ein Viertel des Vorjahres) festgesetzt. Die Verarbeitung der Rübenernte 1935 wurde in der deutschen Fabrik Marienburg vorgenommen. Die Freistadtfabriken waren stillgelegt.

In diesem Jahre ist die Anbaufläche für Rüben auf 50 Prozent des Jahres 1934 festgelegt worden. Die Verarbeitung der Ernte 1936 wird nun in Praust vorgenommen werden. Wie weit ein Export dieses Zuckers möglich sein würde, ist recht fraglich. Die Produktion dieses Jahres würde aber bei Fortfall des Zuckerexports den Bedarf im Inlande für ca. vier bis fünf Jahre decken, so daß unter Umständen mit der Stillegung der Danziger Zuckerfabriken für diese Zeit zu rechnen sein kann.

Dazu kommt aber noch, daß im Gefolge der Guldenabwertung und der dadurch verursachten Herabdrückung der Lebenshaltung der Danziger Bevölkerung

auch der Inlandsabsatz beträchtlich gesunken ist,

trotzdem die Zuckerpreise nicht erhöht worden sind. Diese Einschränkung des Zuckerverbrauchs, die sich die Danziger Bevölkerung auferlegen muß, weil die knappen Löhne und Unterstützungen in keiner Weise mehr ausreichen, das Notwendige zu erstehen, spricht Bände für die Bedeutung der Abwertung für jeden Haushalt. Daß es sich dabei um einen ganz erheblichen Rückgang handelt, ergibt sich daraus, daß trotz der Hamsterkäufe nach der Abwertung der Inlandszuckerabsatz der Danziger Fabriken sich nach der Abwertung um ca. 15 Prozent verringert hat. Heute wird von sachverständiger Seite die Verringerung des Inlandszuckerabsatzes auf ein Drittel geschätzt. Nur noch zwei Drittel des früheren Normalverbrauchs können also von der Danziger Bevölkerung erschwungen werden.

In Anbetracht dieser ungünstigen Lage ist daher die Danziger Zuckerindustrie zu

rigorosen Abbau- und Einsparungsmaßnahmen

geschritten. Das Personal der Fabriken Sobbowitz und Neuteich ist jetzt schon fast restlos entlassen worden. Die leitenden Angestellten sind abgefunden und nach Deutschland verzogen, während die Arbeiter und Handwerker die Stempelstellen bevölkern werden. Die kleine Hefefabrikation in der Fabrik Sobbowitz wird ebenfalls bald eingestellt werden, weil trotz fast dauernder Verhandlungen mit Polen der Absatz dieses Fabrikates in Polen unmöglich ist.

Dieser bedauerliche Niedergang eines vor wenigen Jahren noch blühenden Danziger Industriezweiges, in dem Tausende Lohn und Brot fanden, während seine Ausstrahlungen allen Kreisen der Bevölkerung zugute kamen, ist ein Ausschnitt, der die Bedeutung eines Symbols dafür hat, welchen Dornenweg die Danziger Wirtschaft in den letzten Jahren gehen mußte. Statt des verheißenen Aufstieges Abbau auf vielen Gebieten. Hilfe dagegen kann nur eine grundlegende Aenderung der Danziger Verhältnisse bringen, die Vertrauen schafft und Hoffnungen für die Zukunft erweckt.

Eine Leiche gefunden. In Prangenau, Kreis Danziger Höhe, wurde am Sonntagmorgen in einem Schuppen des Schmiedemeisters Wrodel ein etwa 18—19jähriger junger Mann tot aufgefunden. Er hatte Verletzungen am Kopf und an den Schultern. Der junge Mann hat einen eigenartigen Tod gefunden. Er hatte zunächst an der Einweihung einer Jugendherberge teilgenommen und anschließend reichlich Alkohol zu sich genommen. Bei einem Anfall von Erbrechen ist er dann erstickt.

„Noch keinen sah ich glücklich enden ...“

Pg. Reuter und Pg. Stangneth,

beides alte und bisher von ihrer Partei geschätzte Vorkämpfer für das Dritte Reich in Danzig, sind nun auch vom gleichen Schicksal ereilt, das sie mit so vielen ihrer einstigen Mitkämpfer teilen. Beide sind in die Ecke gestellt, weil sie — so wird uns aus gut unterrichteten nationalsozialistischen Kreisen berichtet — einen anderen Danziger Pg. bei Berliner Stellen angeschwärzt haben.

Sie beschuldigten diesen Pg., daß er, um sich persönlich zu bereichern, Mißbrauch mit der Registermark-Einrichtung getrieben habe. 5000 Registermark sollen unzulässigerweise zur Bezahlung eines Autos verwandt worden sein. Weiter wird dem Pg. nachgesagt, daß er unwahre Angaben über seine Zugehörigkeit zur Freimaurerloge gemacht habe. Der angegriffene Pg. hatte angegeben, daß er nur vorübergehend Mitglied einer Freimaurerloge gewesen sei. Reuter will jedoch nachweisen, daß dieser Pg. ein sehr tätiges Mitglied der Freimaurerloge gewesen ist. Beide Vorwürfe werden von dem angeschwärzten Pg. entschieden bestritten.

Reuter trug bisher das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP. Er gehörte auch bei einer früheren Volkstagswahl zu den Spitzenkandidaten der NSDAP. Er war seit etwa 1930 auf dem Schlachthof beschäftigt. Dort ist er jetzt fristlos entlassen. In der großen Oeffentlichkeit ist er in der letzten Zeit wenig hervorgetreten, doch spielte er innerhalb der NSDAP., wo er zu der sogenannten Hohnfeld-Gruppe gehörte, keine kleine Rolle.

Bekannter ist sein Schicksalsgefährte Carl Stangneth. Er war früher Vorsitzender der nationalsozialistischen Stadtbürgerschaftsfraktion. Auch Kreisleiter des Kreises Danziger Höhe ist er gewesen. Zuletzt war er Fachschaftsleiter der Kleingärtner, Stadtinspektor und Leiter der städtischen Ziegeleien. In der Kleingärtnerorganisation hat er eine führende Rolle gespielt und vor kurzem noch im Werftspeisehaus erklärt, daß die bisherige Verwaltung nichts getaugt habe und er dort jetzt aufräumen werde. Nun ist auch mit ihm aufgeräumt worden. Von seinen Dienststellen ist er vorläufig beurlaubt worden. Er hat auch zusammen mit seinem Chauffeur einige Stunden auf dem Polizeipräsidium unfreiwillig verbringen müssen. Die Angestellten der Ziegelei sind sehr eingehend vernommen worden. Sein Chauffeur, der ebenfalls in Ungnade gefallen ist, wäre dieser Tage beinahe von seinen einstigen Pgs. überfallen worden. Er hat auch anscheinend Sorge um seine Fensterscheiben, denn er hat sie gegen das Zertrümmern gesichert. So ändern sich die Zeiten! Stangneth ist anscheinend bereits im Begriff, seine Dienstwohnung in der Eichendorffallee aufzugeben.

Reuter will wegen seiner fristlosen Entlassung das Arbeitsgericht anrufen. Dann werden ja wohl die Vorgänge, die zu seiner Entlassung geführt haben, klargestellt werden.

Der muß es wissen!

Die Schichau-Belegschaft und die NSDAP.

Anfang Juni wurde beim hiesigen Arbeitsgericht eine Klage verhandelt, die zwei Kranführer gegen die Firma Schichau wegen fristloser Entlassung angestrengt hatten. Die Kläger glaubten, aus politischen Gründen entlassen worden zu sein. Hierüber wurde auch der nationalsozialistische Betriebsobmann Graf als Zeuge vernommen. Vom Vorsitzenden des Gerichts, Dr. Birk, befragt, ob die Entlassung aus politischen Gründen erfolgt sei, wurde von dem nationalsozialistischen Betriebsobmann Graf, der ja der Entlassung zuzustimmen hatte, geantwortet: **„Herr Rat, politische Gründe kommen gar nicht in Frage. Wenn bei der Firma Schichau Entlassungen aus politischen Gründen vorgenommen würden, müßten zwei Drittel der Belegschaft entlassen werden!“** Das sagte — wohlgemerkt — nicht etwa ein Mekkerer oder Miesmacher, sondern der nationalsozialistische Betriebsobmann der Firma Schichau, der doch schließlich wissen muß, wie die Stimmung in seinem Betriebe ist.

Als uns das mitgeteilt wurde, nahmen wir Einblick in die Betriebsordnung der Firma Schichau und lasen da zu unserem Erstaunen folgenden Satz: „In unsere Betriebsgemeinschaft (Firma Schichau) aufgenommen werden nur Volksgenossen, die Mitglied der Danziger Arbeitsfront und bereit sind, dem Werk und der Betriebsgemeinschaft mit allen Kräften zu dienen. In gleicher Weise sind für die Einstellung Eignung für den Beruf, gesunde Erbanlage und anständiger Charakter maßgebend.“ Wenn von einer so ausgesiebten Belegschaft schon zwei Drittel den Nationalsozialismus ablehnen, dann kann man sich ein Bild davon machen, wie die Stimmung in den anderen Betrieben ist.

Zwei Monate Gefängnis

Die Osterwanderung der Sozialistischen Arbeiterjugend

Wie in früheren Jahren, gingen auch am Vorabend des diesjährigen Osterfestes die Mädels und Jungen der Sozialistischen Arbeiterjugend auf Osterfahrt. In mehreren Gruppen machte sich die SAJ. auf den Weg nach dem Höhenkreis und wurde in Kahlbude und in den umliegenden Ortschaften überall freundlich aufgenommen. Nach zwei in froher Gemeinschaft verlebten Tagen traten die Gruppen am zweiten Osterfeiertag abends den Heimweg an, nachdem sie der Landbevölkerung das Versprechen gegeben hatten, recht bald wiederzukommen. Auf der Chaussee nach Danzig trafen sich die Gruppen und setzten gemeinsam den Heimweg fort. Mit Rücksicht auf den herrschenden starken Autoverkehr ergab es sich von selbst, daß die heimwandernde Jugend in einem geordneten Zuge marschierte.

Diese Osterwanderung der SAJ. hatte einen nicht vorhergesehenen Abschluß. Als man die ersten Häuser des Arbeitervorortes Ohra erreicht hatte und gerade im Begriff war, den Fahrdamm zu verlassen, weil sich nun Gelegenheit bot, für den restlichen Heimweg die Bürgersteige zu benutzen, wurde die Jugendgruppe, die etwa 100 Personen stark war, von einem Ueberfallkommando angehalten. 13 Mitglieder der SAJ. wurden verhaftet und in das Polizeipräsidium eingeliefert, während von anderen Jugendlichen die Personalien festgestellt wurden. Nach zwei Stunden wurden die 13 Verhafteten wieder entlassen, mit der Aufforderung, am nächsten Tage zur Vernehmung bei der politischen Polizei zu erscheinen, was auch geschah.

Jetzt, nach acht Wochen, kommt das Nachspiel. Unter den damals Verhafteten befand sich auch der Vorsitzende der SAJ. Danzig-Stadt, Paul Rathmann. Die Polizei sieht in ihm den Führer der Wandergruppen am zweiten Ostertag. Deshalb erhielt er einen Strafbefehl über zwei Monate Gefängnis. Außerdem soll er 10 Gulden Kosten zahlen. Der Strafbefehl ist erlassen worden, weil er die Teilnehmer habe in Babenthal antreten lassen und mit ihnen dann in Richtung Danzig marschiert sei. Damit habe er gegen die Rechtsverordnung vom 28. 3. verstoßen. Gegen den Strafbefehl ist richterliche Entscheidung beantragt worden.

BEI NERVEN-SCHMERZEN
7000 Aerzte-Gutachten bestätigen die zuverlässige Wirkung des Togal. Ein Versuch überzeugt! Kaufen Sie aber nur Togal!
bringt Togal rasche Hilfe!

Sportliches Gleichnis

Der eine war im ganzen Land
als „brauner Bomber“ bestbekannt.
Sein Schlag, so hieß es allgemein,
soll einfach furchterregend sein,
so daß auf Grund besagten Schlags
die Chance für den Gegner Max
vom Hudson River bis Berlin
nur klein und unbedeutend schien.

Und so geschah's, daß ihm im Ring
erst einiges ins Auge ging.
Der „braune Bomber“ war wie Blei
von Runde 1 bis Nr. 3.
Wie 's weiter ging ab Runde 4,
das hörten wir und lasen wir,
woraus dem Blick, der nicht getrübt,
sich diese Konsequenz ergibt:

Ein „brauner Bomber“, noch so braun,
wird schließlich doch k. o. gehau'n,
vorausgesetzt, der Gegner wird
in seinem Ziele nicht beirrt.
Er pfeife auf den starken Ruf,
den greife Propaganda schuf
und der — man sieht's an unserm Bild —
im Höchstfall für drei Runden gilt!

Wilhelm Tell.

Polizeipräsident rügt „Vorposten“

Um die Form der Polizeipresseberichte

Daß die Herren vom „Vorposten“ nicht nur an einer gewissen Selbstüberschätzung leiden, sondern auch des öfteren geringe Vertrautheit mit den Pflichten zeigen, die der Redakteur einer wirklichen Zeitung hat, ist bekannt. Daß sie sich aber sogar dazu verstehen, amtliche Berichte zu entstellen, das ist eine Tatsache, die niedriger gehängt zu werden verdient.

Am 14. März d. J. hatte der „Vorposten“ unter der Ueberschrift „Jüdische Sittlichkeitsverbrecher und Kinderschänder“ einen Bericht über zwei Verhaftungen gebracht, den er mit den Worten einleitete: „Die Pressestelle meldet:“. Dieser Bericht strotzte von radauantisemitischen Ausfällen im Jargon des „Stürmer“. Die Danziger Synagogengemeinde, der es immerhin verwunderlich erschien, daß die Pressestelle des Polizeipräsidiums derartige Berichte herausgegeben haben sollte, wandte sich um Aufklärung an den Polizeipräsidenten. Dieser beantwortete das Schreiben dadurch, daß er den Wortlaut des von der Polizeipressestelle herausgegebenen amtlichen Berichts mitteilte, der außer den Hinweisen auf Nationalität und Konfession der Verhafteten keinerlei antisemitische Spitzen enthielt. In demselben Schreiben erklärt der Polizeipräsident weiter, daß er Veranlassung genommen habe, **den „Vorposten“ darauf hinzuweisen, daß Polizeiberichte so veröffentlicht werden müssen, daß sie als solche ohne weiteres erkennbar sind.**

Im übrigen sei noch festgestellt, daß von den drei Fällen, die der in Rede stehende Polizeibericht enthielt, der eine Fall durch Verfügung der Staatsanwaltschaft vom 16. Mai eingestellt worden ist, daß der Klärung eines weiteren Falles die Tatsache entgegensteht, daß der Beschuldigte sich in Polen befindet, während in dem dritten Fall, in dem auffälligerweise nur von der Festnahme „eines Juden“ ohne Namensangabe berichtet wird, von dem Fortgang des Verfahrens und der Person des Beschuldigten bisher überhaupt noch nichts verlautete.

Die Synagogengemeinde hat weiter dagegen protestiert, daß nur bei Verhaftungen von Juden hervorgehoben wird, daß es sich um solche handelt, während diese Kennzeichnung bei Nichtjuden nicht zu erfolgen pflegt. Der Polizeipräsident erwiderte darauf, daß er es ablehne, sich die Form der Polizeiberichte vorschreiben zu lassen. Dieser Bescheid des Polizeipräsidenten hat der Synagogengemeinde Veranlassung zu weiteren Schritten gegeben.

Die Rede des Senators Boeck

Obergericht hebt Urteil gegen die „Volkszeitung“ auf

Der Redakteur der „Volkszeitung“ Marschall war vor einigen Monaten vom Schöffengericht wegen verleumderischer Beleidigung und übler Nachrede zu 300 Gulden Geldstrafe verurteilt worden. Die Straftat wurde in der Veröffentlichung eines Artikels gesehen, der in der „Volkszeitung“ erschienen war und die Ueberschrift trug: „Unsere Erwiderung“. Es handelte sich um eine Antwort der katholischen Volkskreise auf eine Rede, die der Kultussenator Boeck anläßlich der Einweihung der Schule Herrengarten gehalten hat. Senator Boeck habe das Zentrum und die katholischen Volkskreise heftig angegriffen. Das Schöffengericht hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß einem Regierungsmitglied nicht in dieser Weise geantwortet werden dürfe.

Redakteur Marschall hatte sich mit dem Urteil des Schöffengerichts nicht zufrieden gegeben, sondern Revision beim Obergericht beantragt. Der Strafsenat des Obergerichts tagte gestern, am Dienstag, dem 30. Juni, und hob das Urteil der Vorinstanz auf. Das Urteil wurde sogar mit seinen grundsätzlichen Feststellungen aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung auch über die Kosten der Revisionsinstanz an das Schöffengericht zurückverwiesen. Senatspräsident Bürgerle sagte, daß das Urteil des Schöffengerichts deshalb aufgehoben werden müsse, weil dem Angeklagten nicht hätte die Führung des Wahrheitsbeweises abgeschnitten werden dürfen.

Die Danziger Rechtsanwälte halten auch in diesem Sommer in der Zeit vom 1. Juli bis zum 15. September ihre Büros nachmittags geschlossen.

Die tödlichen Schüsse in Wiesental

Was wollten die SS.-Leute bei der Familie Zeller? — Zwei Tote — Neun Zeller in Schutzhaft

Einen Tag nach der Saalschlacht im Josephshaus, am Sonnabend, dem 13. Juni, kam es in Wiesental im Kreise Danziger Höhe zu einer Schießerei, bei der zwei SS.-Leute, der 20 Jahre alte Sparkassenangestellte Ernst Ludwig aus Langfuhr und der 22 Jahre alte Gelderheber Paul Fressonke aus St.-Albrecht so schwer verletzt wurden, daß sie an den Folgen der Verwundungen verstarben. Ludwig starb auf dem Transport nach Danzig, Fressonke später im Städtischen Krankenhause. Unter dem Verdacht, an dieser Schießerei beteiligt gewesen zu sein, wurden die drei Gebrüder Zeller aus Wiesental, ihre Ehefrauen und drei Söhne am Sonntag, dem 14. Juni, von Danziger Polizeibeamten verhaftet und nach Danzig gebracht. Trotz sehr eingehender Ermittlungen und einer überaus gründlichen Haussuchung muß sich kein Verdachtsmaterial ergeben haben, denn die neun Personen sind in Schutzhaft genommen worden mit der Begründung, man müsse sie vor der Erregung der Bevölkerung schützen. Hätten die polizeilichen Untersuchungen irgendeinen Beweis dafür erbracht, daß von den Zellers die tödlichen Schüsse abgegeben worden sind, dann hätte man die Verhafteten in Untersuchungshaft genommen, nicht in Schutzhaft.

Was hat sich in Wiesental abgespielt?

Die Gebrüder Bernhold, Reinhold und Gotthold Zeller wohnen seit langen Jahren in Wiesental. Einer von ihnen ist ein kleiner Landwirt, die beiden anderen Brüder sind Arbeiter, die sich in der Hauptsache vom Steinschlagen ernähren. Bernhold und Reinhold Zeller wohnen in einem gemeinsamen Häuschen. Gotthold Zeller hat etwa 100 Meter entfernt ebenfalls sein eigenes kleines Häuschen. Alle drei sind seit vielen Jahren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Bei der letzten Volkstagswahl hatten die Gebrüder Zeller bereits unter nationalsozialistischen Terrorakten zu leiden. Es wurden ihnen nachts die Scheiben eingeschlagen. Reinhold Zeller war zuletzt als Notstandsarbeiter beschäftigt. Er wurde entlassen, und zwar, wie er annimmt, aus politischen Gründen. Es schwebt dieserhalb eine Klage vor dem Arbeitsgericht, die am Dienstag, dem 16. Juni, zur Verhandlung kommen sollte. Reinhold Zeller konnte diesen Termin nicht wahrnehmen, denn er war inzwischen verhaftet worden.

Der nächtliche Besuch

In der fraglichen Nacht, zwischen 11.00 und 11.30 Uhr, erschienen, so wird uns von zuverlässiger Seite berichtet, vor dem Hause Reinhold Zellers etwa 16 Personen, die Trinkwasser haben wollten. Die Frau des Reinhold Zeller kam dem Wunsche nach und reichte den Personen Trinkwasser heraus. Das Wasser wurde ihnen in sechs Tassen verabreicht, entsprach aber anscheinend nicht dem Geschmack der Empfänger. Die fremden Leute murrten über das Trinkwasser. Frau Zeller fragte darauf, ob ihnen das Wasser nicht schmecke. Daraufhin erhielt Frau Zeller patzige Antworten. Die Frau, die immer noch nichts Böses ahnte, erklärte sich sogar bereit, den fremden Leuten frisches Wasser aus dem Brunnen zu holen. Darauf erhielt die Frau wiederum patzige Antworten, worauf sich der Ehemann der Frau, Bernhold Zeller, in das Gespräch einmischte und den fremden Leuten sagte: „Wir geben euch hier Wasser, und ihr macht solche Redensarten. Was soll das heißen? Wir sind doch alles Menschen!" Kaum hatte Zeller das gesagt, da erhielt er von einem der fremden Leute einen Faustschlag ins Gesicht, so daß ihm die Lippe aufplatzte und Zeller zu Boden stürzte. Der Verletzte raffte sich auf, und es gelang ihm auch, die Haustür zu verriegeln. Von den Fremden wurde dann die Tür gewaltsam erbrochen. Sie drangen in die Wohnung ein und schlugen auf das Ehepaar Zeller los. Andere umstellten zu gleicher Zeit den Hausteil des Reinhold Zeller, schlugen sämtliche Scheiben und Fensterrahmen ein. Sowohl von der Straßenseite als auch von der Hofseite wurde alsdann in das Haus hineingeschossen. Es sind sehr viele Schüsse gefallen.

Etwa zehn Kugeleinschläge sind in den Stuben und in den Außenwänden des Hauses zu sehen.

Die Hausbewohner versteckten sich, so gut sie konnten. Sie sind auch unverletzt geblieben bis auf die Verletzung im Gesicht, die Bernhold Zeller zu Anfang des Terroraktes durch den Schlag ins Gesicht erlitten hat. Nachdem das Haus so demoliert war, zogen die nächtlichen Besucher ab.

Als der dritte Bruder, Gotthold Zeller, die Schüsse knallen hörte, kleidete er sich notdürftig an und lief auf die Straße, doch waren die Fremden inzwischen schon verschwunden. Die Frau des Reinhold Zeller ist dann durch Roggenfelder zum Landjäger gelaufen (wobei auf sie geschossen wurde), um ihn von dem Ueberfall in Kenntnis zu setzen und seinen Schutz zu erbitten. Der Landjäger erschien auch bald darauf und blieb bei der Wohnung der Zellers.

An den Morgenstunden des Sonntags erschien dann das Ueberfallkommando in Wiesental und machte Haussuchungen bei den drei Gebrüdern Zeller, wobei einige ältere sozialdemokratische Flugblätter gefunden wurden. Die drei Gebrüder Zeller und ihre Ehefrauen wurden dann nach Danzig gebracht, außerdem die drei Söhne des Bernhold Zeller, die 16 bis 21 Jahre alt sind.

Erst bei dieser Gelegenheit erfuhren die Zellers,

daß der nächtliche Terrorakt auf seiten der Angreifer Opfer gefordert hat. Allem Anschein nach haben die beiden Gruppen der Angreifer, die das Haus umstellt hatten, sich gegenseitig beschossen. In den anliegenden Dörfern ist an dem fraglichen Sonnabendabend beobachtet worden, wie eine Kolonne von Motorrädern, die teilweise mit drei Personen besetzt waren, in Richtung Wiesental fuhr. Sie sind aus dem Dorfe Trockenhütte zwar herausgefahren, haben aber das Dorf Braunsdorf nicht passiert, obwohl der Weg dorthin führt. Sie haben anscheinend die Motorräder im Wiesentaler Wald versteckt, um in dem abseits von der Chaussee liegenden Wiesental sich betätigen zu können. Nach vollbrachter Tat sind sie dann mit ihren Motorrädern spät in der Nacht durch Braunsdorf gefahren, doch fehlten dann zwei Personen bei dieser Gruppe. Das sind die beiden Schwerverletzten. Sie mit dem Auto des Försters Lenser nach Danzig gebracht wurden.

Der Bericht der Polizei

Die nationalsozialistische Presse, die über die Saalschlacht im Josephshaus lang und breit berichtet hatte, allerdings meist wahrheitsgemäß, brachte über die Bluttat in Wiesental zunächst keine eigenen Meldungen, sondern lediglich den Polizeibericht. Die Polizeipressestelle meldete:

„Am Sonnabend, dem 13. Juni 1936, kam es gegen 23 Uhr in Wiesental im Kreise Danziger Höhe zu einer Schießerei, bei der eine Person erschossen und eine zweite lebensgefährlich verletzt worden ist.

Soweit die ersten polizeilichen Feststellungen ergeben haben, ist es zwischen dem dort wohnhaften Reinhold Zeller und dessen Bruder, dem Steinschläger Bernhold Zeller einerseits und mehreren männlichen Personen aus Danzig andererseits — letztere sollen sich auf einem Ausflug befunden haben — aus zunächst unbedeutendem Anlaß zu einer Meinungsverschiedenheit gekommen, die in Tätlichkeiten ihre Fortsetzung fand. In deren Verlauf sind aus dem Zellerschen Hause aus mehreren Pistolen Schüsse abgegeben worden, durch die der 20jährige Sparkassenbuchhalter Ernst Ludwig aus Langfuhr durch einen Bauchschuß getötet und der 22jährige Gelderheber Paul Fressonke aus St.-Albrecht durch einen Rückenschuß, der innere Organe getroffen hat, lebensgefährlich verletzt worden. Beide sind Angehörige der SS. Auch von außen sind einzelne Schüsse nach dem Hause abgegeben worden, durch die aber niemand von den Einwohnern verletzt wurde, ebenso nicht durch die nach dem Hause gerichteten Würfe mit harten Gegenständen.

Die polizeilichen Ermittlungen haben noch in der gleichen Nacht eingesetzt. Bis jetzt sind außer den bereits genannten Brüdern Zeller noch ein weiterer Bruder von diesen und mehrere Familienangehörige, insgesamt sechs Männer und drei Frauen, festgenommen worden. Bei der polizeilichen Durchsuchung in der Wohnung des Bernhold Zeller wurden zwei Päckchen hochexplosiven Sprengstoffes und Zündschnur vorgefunden, die sehr wahrscheinlich in Polen gestohlen worden sind. Die Brüder Zeller sind bekannte marxistische Funktionäre. Reinhold Zeller ist bereits wegen Vergehens gegen die Waffenbestimmungen, gefährlicher Körperverletzung, Meineid usw. u. a. mit Zuchthaus vorbestraft.

Im Interesse der Untersuchung können zunächst weitere Angaben nicht gemacht werden."

Zu diesem Bericht der Polizei ist zu sagen, daß der vorgefundene hochexplosive Sprengstoff (in reichsdeutschen Zeitungen ist sogar von Dynamit die Rede!) Schwarzpulver ist, das zum Sprengen von Steinen benutzt wird. Es ist nicht in Polen gestohlen worden, sondern regelrecht in Danzig gekauft. Es ist übrigens das Eigentum des Schwiegersohnes des Z., der Steinhauer ist. Schwarzpulver und Zündschnur sind unentbehrliches Werkzeug der Steinhauer. Das ist im Kreise Danziger Höhe allgemein bekannt. Richtig ist, daß einer der Zellers wegen gefährlicher Körperverletzung, Meineid usw. vorbestraft ist. Ausgangspunkt dieser Affäre war ein politischer Zusammenstoß auf dem Jahrmarkt in Meisterswalde. Ein SA.-Mann wurde dort durch einen Steinwurf am Kopf verletzt. Der Getroffene behauptete, einer der Zellers habe den Stein geworfen. Reinhold Zeller bestritt die Tat, und sein Bruder beschwor, daß dieser nicht der Täter sei. Wegen Verleitung zum Meineid wurde Reinhold Zeller dann zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Er fühlt sich unschuldig verurteilt und bemüht sich, ein Wiederaufnahmeverfahren in Gang zu setzen.

Nach zehn Tagen

ging der „Vorposten" dann erneut auf die Wiesentaler Affäre ein, und zwar in der ihm eigenen Methode. Danach haben die SS.-Männer lediglich eine Wochenendfahrt gemacht. Mit drei Motorrädern sei man über Meisterswalde und dann nach Trockenhütte gefahren. Hier sei man nicht weitergekommen, weil das Pflaster der Chaussee aufgerissen war. Da sei man übereingekommen, über Wiesental nach Groß-Paglau zu fahren, von wo aus dann über eine Chaussee der Heimweg angetreten werden sollte. Der Weg, der von der Chaussee nach Wiesental führt, sei jedoch so aufgeweicht gewesen, daß die Motorräder stecken blieben. Einer der Motorradfahrer habe obendrein noch eine Schlauchpanne erlitten. Nur eine Luftpumpe habe man mitgeführt, und die habe nicht funktioniert. Drei Mann — darunter Fressonke und Ludwig — hätten sich daraufhin nach Wiesental aufgemacht, um eine Luftpumpe zu leihen. Die übrigen Teilnehmer an der Wochenendfahrt hätten sich bei den Motorrädern im Graben gelagert. Da sei ein Radfahrer vorübergekommen, von dem man eine Luftpumpe entliehen habe. Im „Vorposten" heißt es dann wörtlich weiter:

„Als die Panne wieder behoben war und der Radfahrer weiterfahren wollte, fragte dieser noch: „Seid ihr auch zur Versammlung bei Reinhold Zeller?" Lachend wurde von einem der Fahrtteilnehmer diese Frage bejaht. Sichtlich befriedigt fuhr der Radfahrer fort und verabschiedete sich mit dem Rufe „Freiheit!"

Wie wenig Urteilskraft muß der „Vorposten" seinen Lesern zutrauen, wenn er ihnen solches aufzubinden wagt.

Weiter berichtet der „Vorposten" dann, daß einer der bei den Motorrädern lagernden SS-Männer nach Wiesental gegangen war, um seinen drei Freunden mitzuteilen, daß die Panne behoben worden sei. Vor dem Hause des Reinhold Zeller habe er sie getroffen. Sie hätten gerade Wasser getrunken. Auch der Wirte sei hinzugetreten, um Wasser zu trinken. Man habe sich lachend mit den Hausbewohnern unterhalten, wobei er zuletzt hingekommene „ganz im Scherz" gefragt habe, ob es wahr wäre, daß hier eine Versammlung stattfinden soll. Als Antwort habe aus dem Hause jemand geschrien: „Ihr Hunde seid doch Nazis. Macht, daß ihr wegkommt, oder wir schlagen euch den Schädel ein." Im gleichen Augenblick sei auch gleich auf die SS-Leute eingeschlagen worden. Wie auf Kommando fielen dann, so berichtet der „Vorposten", aus verschiedenen Stellen des Wohnhauses in rascher Reihenfolge mehrere Pistolenschüsse. Ludwig und Fressonke seien dabei getroffen worden. Der „Vorposten" schreibt dann zum Schluß, wie weit die Ermittlungen der Polizei bis jetzt gediehen sind, sei nicht bekannt, behauptet dann aber in der nächsten Zeile weiter, es stehe eindeutig fest, daß die beiden SS.-Leute Ludwig und Fressonke von den Mitgliedern der Zellerschen Familie ohne jeden Grund niedergeschossen worden sind.

An diesen „Wochenendausflug" glaubt, außer vielleicht der Redaktion des „Vorposten", wohl niemand in Danzig. Der Redaktion des „Vorposten" scheint nicht bekannt zu sein, daß der SS-Mann Ludwig am Freitag vor dem Unglücks-Sonnabend auf seiner Dienststelle zu Arbeitskameraden erklärt hat, er habe am Sonnabend einen Auftrag auszuführen, den er nur ungern übernommen habe. Das läßt schon Schlüsse auf die Art der geplanten Wochenendfahrt zu. Der „Vorposten" verschweigt auch, wieviel Personen insgesamt an der „Wochenendfahrt" beteiligt gewesen sind. In den verschiedenen Dörfern des Höhenkreises (Meisterswalde, Braunsdorf, Ellerbruch und Trockenhütte) ist an dem fraglichen Abend eine Kolonne von sechs Motorrädern beobachtet worden, die alle von zwei bzw. drei Personen besetzt waren. Man hat 16 Personen gezählt. Sie sind auch in das Gasthaus in Trockenhütte eingekehrt. Auch bei dieser Gelegenheit ist die Zahl der Fahrtteilnehmer einwandfrei festgestellt worden.

Daß ein sozialdemokratischer Arbeiter, der mit dem Fahrrad unterwegs ist, Leute, die mit schwarzen Hosen bei Motorrädern lagern, fragt, ob die fremden Leute auch zu der Versammlung bei Zeller wollen, ist doch eine unglaubliche Unterschätzung der Intelligenz der sozialistischen Landarbeiter. Die Sozialdemokraten in der Umgegend von Wiesental kennen sicher einander, denn die Dörfer im Höhenkreise sind ja nur sehr klein. Sozialdemokratische Versammlungen auf dem Lande werden nicht von Motorradfahrern oder Autobesitzern besucht. Wir glauben auch nicht, daß die SS.-Leute den Ruf „Freiheit!" gelassen hingenommen hätten.

So, wie der „Vorposten" die Angelegenheit darstellt, kann sie sich unter keinen Umständen abgespielt haben. Er vergißt auch, daß selbst im Polizeibericht mitgeteilt wird, daß von außen hineingeschossen worden ist und daß harte Gegenstände (Steine) in die Wohnung hineingeworfen wurden. Bei den sehr eingehenden Haussuchungen und bei dem Lokaltermin haben sich die Polizeibeamten davon überzeugt, daß sowohl von der Straßenseite als auch von der Hofseite aus nach dem Grundstück geschossen worden ist. Beide Seiten des Hauses weisen Einschläge von Kugeln auf. Außerdem ist die Schießerei ja auch unseres Wissens von Nachbarn beobachtet worden. In St.-Albrecht hält sich hartnäckig das Gerücht, der Teilnehmer der „Wochenendfahrt" Riesner in St.-Albrecht habe seinen Eltern berichtet, daß man dem schwerverletzten Ludwig den Revolver aus der Hand genommen habe, damit die Polizei ihn nicht finde.

Die Tatsache, daß die Zellers sich noch alle in Schutzhaft befinden und nicht in Untersuchungshaft, läßt den Schluß zu, daß es bisher nicht gelungen ist, genügendes Belastungsmaterial gegen die Zellers herbeizuschaffen, um sie in Untersuchungshaft zu nehmen. Die Schutzhaft ist verhängt worden mit der Begründung, man müsse die neun Personen gegen die Erregung der Bevölkerung schützen. Bewohner von Wiesental und der umliegenden Dörfer versichern uns jedoch, daß sie bisher von einer solchen Erregung gegen die Verhafteten nichts bemerkt haben. Selbst Nationalsozialisten gehe das Schicksal der Familie Zeller sehr nahe, und sie tragen mit dazu bei, den Kindern der Verhafteten über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, indem sie Lebensmittel und sonstige Dinge zur Verfügung stellen. Die Zellers sind bekannte Sozialdemokraten und genießen allgemeine Achtung in Wiesental und in den umliegenden Dörfern, auch bei den politischen Gegnern. Allgemein ist die Meinung verbreitet, daß die nächtlichen Besucher die Zellers nicht in guter Absicht aufgesucht haben.

Ein Nachspiel

Der katholische Geistliche vor dem Schnellrichter

Die Eltern des SS.-Mannes Fressonke wohnen in St.-Albrecht und hatten den Wunsch geäußert, daß ihr Sohn auf dem katholischen Friedhof in St.-Albrecht begraben werde. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP. in St.-Albrecht, Spode, und der stellvertretende Ortsgruppenleiter Kalitzke, begaben sich darum zu dem katholischen Pfarrer Franz Lassont, der dort vertretungsweise als Pfarrer amtiert, sonst aber in Zuckau bei Karthaus wohnt. Der Pfarrer hatte gegen eine Beerdigung nichts einzuwenden, wollte jedoch keine nationalsozialistische Propaganda bei der Beerdigung zulassen. Das gefiel aber dem Ortsgruppenleiter nicht. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Ortsgruppenleiter davon sprachen, daß Fressonke „von Marxisten hingemordet" sei, ohne dafür den Beweis erbringen zu können. Der Pfarrer antwortete: „Was kraucht er denn hin?" Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung soll der Pfarrer auch noch gesagt haben: „Von mir aus kann er im Mistwinkel beerdigt werden." Dieser Ausspruch wurde der Polizei gemeldet. Am anderen Tage erschienen Kriminalbeamte, um den Pfarrer abzuholen. Bei dieser Gelegenheit verabschiedete sich der Pfarrer mit den Worten von seiner Haushälterin: „Man weiß nicht, ob man noch einmal wiederkommt, wenn man hier einmal abgeholt wird." Darin wurde eine Beleidigung der Polizei erblickt. Der Pfarrer kam vor den Schnellrichter und wurde an Stelle von 4 Wochen Gefängnis zu 300 Gulden Geldstrafe verurteilt und wegen Beleidigung der Polizei zu 100 Gulden. Wie der „Vorposten" zu melden weiß, hat der Pfarrer es vorgezogen, Danzig zu verlassen, ohne die Geldstrafe zu bezahlen.

17 Landarbeiter in Schutzhaft genommen

Durch den Landrat des Kreises Gr. Werder — Sie hatten sozialdemokratische Flugblätter verbreitet

Sozialdemokratische Flugblätter wurden nicht nur im Stadtbezirk Danzig, sondern auch auf dem Lande verteilt. Ueberraschenderweise erklären die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, daß die Flugblätter gern von der ländlichen Bevölkerung in Empfang genommen wurden. Es kam dort auch nirgends zu Zwischenfällen. Einige Tage nach der Verteilung der Flugblätter wurden insgesamt 17 Landarbeiter im Werder in Schutzhaft genommen, und zwar auf Veranlassung des Landrats Andres. Er begründete seine Maßnahme damit, daß die Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Gemeinden bzw. des Kreises durch die erhaftenden Arbeiter gefährdet worden seien. Die ganze Bevölkerung des Kreises Großes Werder hat von einer solchen Verfügung nichts bemerkt, doch herrschte heftiges Bedauern, als die Verhaftung der Arbeiter bekannt wurde. Es sind auf Veranlassung des Landrats Andres in Schutzhaft genommen worden: Paul Ehlermann, Willi Dietrich, Fritz Grabowski, Franz Triepanowitz und Josef Brandstätter aus Tiegenhof. Einige der Verhafteten befinden sich noch in dem Gefängnis in Tiegenhof. Aus Schöneberg an der Weichsel sind in Schutzhaft genommen worden: Otto Fuchs, Fritz Hogenfeld, Friedrich Bürger, Franz Friesen, Gustav Katt und Wilhelm Dietrich. Bürger, Hogenfeld, Friesen und Fuchs befinden sich in dem Spritzenhaus in Schöneberg, Gustav Katt wird im Ortsgefängnis Neukirch festgehalten. In Groß-Lichtenau wurde August Schulz in Schutzhaft genommen. Er befindet sich im Ortspolizeigefängnis in Liebau, wo sich auch fünf Landarbeiter aus Dameran befinden, und zwar Albert Mittlewski, Friedrich Höwner, Gustav Banaschewski und Max Patotzki. In Heubuden wurde der Landarbeiter Meyer in Schutzhaft genommen.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich selbstverständlich der Schutzhäftlinge sofort angenommen. Sämtliche Schutzhäftlinge sind von einem Rechtsanwalt besucht worden, der festgestellt hat, daß die Landarbeiter in Räumen untergebracht sind, die nur zu einem vorübergehenden Aufenthalt eingerichtet sind. Es sind natürlich alle Rechtswege beschritten worden, um den Verhafteten zu helfen.

Die Saalschlacht im Josephshaus

Eine deutschnationale Versammlung wurde gestürmt — Zahlreiche Verletzte — Ein Toter

Am Freitag, dem 12. Juni, war das St.-Josephshaus in der Töpfergasse Schauplatz unglaublicher brutaler Szenen. Die „Danziger Volkszeitung" brachte über den ungeheuerlichen Terrorakt folgende Darstellung, die von der Polizei unbeanstandet geblieben ist:

„Eine Ortsgruppe der Innenstadt der Deutschnationalen Volkspartei hielt im großen Saale eine Versammlung ab, die überfüllt war. Selbst die Mittelgänge waren zum Teil von Besuchern besetzt; die Türen mußten geöffnet werden, um den im Treppenhaus harrenden Teilnehmern das Anhören der Reden zu ermöglichen. Da, wie in der Versammlung mitgeteilt, die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei bereits in den Vormittagsstunden gewarnt worden war, erfolgte die Kontrolle der Besucher beim Saaleingang besonders genau; zugelassen wurden nur Mitglieder und solche Personen, die sich durch entsprechende Einladungen als Sympathisierende der Deutschnationalen Volkspartei auswiesen.

Als Redner waren Rechtsanwalt Weise, der Landesführer der Deutschnationalen Volkspartei, und Abg. Gamm vorgesehen, deren Ausführungen von den Versammlungsteilnehmern mit stürmischem Beifall quittiert wurden. Die ganze Kundgebung war auf den Gedanken der Schaffung einer großen gemeinsamen Front gegen die Nationalsozialistische Partei abgestellt und ließ auf Grund der zahlreichen Zwischenrufe und der sich wiederholenden Kundgebungen der Zustimmung keinen Zweifel über die Stimmung, die heute in weiten Kreisen des Bürgertums Platz gegriffen hat.

Einige Minuten, nachdem die Kundgebung mit dem Gesang der ersten Strophe des Deutschlandliedes geschlossen worden war und sich der Strom der Besucher über Steintreppe und Korridor nach dem Ausgang der Töpfergasse in Bewegung gesetzt hatte, hörte man plötzlich lautes Schreien; im gleichen Augenblick begannen die im großen Hausflur befindlichen Besuchermassen fluchtartig zurückzuweichen.

Rufe nach Hilfe und Polizei erfüllten die Räume des gesamten Lokals. Die zurückweichenden Menschen suchten sich, so weit als möglich, in den an Saal und Korridor grenzenden Räumen in Sicherheit zu bringen. Ein großer Teil flüchtete auf den an den Elisabethwall grenzenden Hof des St.-Josephshauses und eilte die in den Hofteilen des Grundstückes befindlichen Treppen hinauf. Diese Flucht der Besuchermassen trug panikartigen Charakter. Als sich die in das Treppenhaus der Bühne geflüchteten Personen nicht mehr sicher glaubten, sprang ein Mann von dem Fenster des ersten Stockwerkes auf den Hof, wobei er sich angeblich den Arm gebrochen haben soll. Eine in ihrer Angst laut schreiende Frau wollte sich gleichfalls von diesem Fenster auf den Hof stürzen, konnte jedoch noch von anderen Personen zurückgehalten werden.

Wie sich herausstellte, waren eine große Anzahl Nationalsozialisten in Zivilkleidung von der Straßenseite aus in das Gebäude eingedrungen, dessen Frontseite bald durch eine Anzahl zertrümmerter Fensterscheiben gekennzeichnet war. Die Täter hatten sich noch auf andere Weise Zutritt verschafft; sie waren, wie der Befund zeigt, anscheinend über das Dach des geräumigen Grundstückes auf die durch ein flaches Glasdach abgeschlossene, unmittelbar an die Restaurationsräume grenzende Herrentoilette gestiegen, haben die Glasdecke durchstoßen, und sich dann auf den Fußboden herabgelassen.

Im Innern des Lokals boten sich bald erschütternde Szenen; mit einer unerhörten Roheit schlugen die Täter auf die vor ihnen zurückflutenden Menschenmassen ein, unter denen namentlich auch Frauen und Greise Opfer des Wütens dieser Burschen wurden.

Die ganze Aktion spielte sich zum Teil in einer Fülle zahlreicher Einzelhandlungen ab. Denn kaum hatten sich die Versammlungsteilnehmer von dem ersten Schreck, den dieser unvermittelte Abschluß der Kundgebung ihnen bereitet hatte, erholt, als auch schon energische Rufe zur Gegenwehr laut wurden und an den verschiedenen Stellen des Lokals den Eindringlingen von beherzten Männern tatkräftiger Widerstand entgegengesetzt wurde. Verschiedentlich wurde der Versuch gemacht, sich mit Hilfe von Latten die Gegner vom Leibe zu halten, wobei die Männer sich schützend vor die Frauen stellten. Ein geradezu wüstes Bild bot der große Saal, hier war förmlich

ein Kampf Mann gegen Mann

entstanden, wobei man manchmal gar nicht mehr unterscheiden konnte, wer Freund und Gegner war. Gruppenweise, zu zweien und dreien standen sich Deutschnationale und politische Gegner gegenüber, wobei in der Regel erstere natürlich bei diesem ungleichen Kampf den Kürzeren ziehen mußten. Denn für die Planmäßigkeit des Ueberfalles spricht die Tatsache, daß die Täter mit sogenannten Uebungshandgranaten ausgerüstet waren, d. h. Holzattrappen, die mit einem Eisenring versehen sind, und so eine außerordentlich gefährlich wirkende Schlagwaffe darstellen.

Unter den Hieben der Rohlinge brachen im Saal, auf dem Korridor und in den Treppenhäusern der angrenzenden Gebäudeteile zahlreiche Personen zusammen, die nachher teilweise blutüberströmt von den eintreffenden Polizeibeamten aufgefunden wurden.

Die Schutzpolizeibeamten drangen sofort nach Erhalt des Alarms mit gezogenem Gummiknüppel in die Räume ein. Ueberall, wo die Polizei erschien, wurde sofort die Ruhe wiederhergestellt und den geflüchteten Besuchern die Möglichkeit geboten, unter dem Schutz der im Korridor und auf der Straße postierten Beamten ungehindert ins Freie zu gelangen. Hier sammelten sich bald Hunderte von Menschenmassen an, denen sich ein tief beschämendes Bild einer Zerstörungswut bot. Sämtliche nach der Töpfergasse zu führende Fenster des ersten Stockwerkes sind zertrümmert; auch die große Scheibe des zu ebener Erde gelegenen Restaurationsraumes wurde eingeschlagen. Der in einiger Entfernung von dem Lokal parkende Kraftwagen des Landesführers der Deutschnationalen, Rechtsanwalts Weise, schien den Tätern ein besonders begehrenswertes Objekt ihrer Zerstörungswut zu sein; nicht nur daß die Scheiben des Wagens in Trümmer gingen, sondern auch die Schläuche wurden von den Rohlingen durchschnitten. Bald nach Erscheinen der Polizeibeamten erschienen auch die Wagen der Unfallhilfe, um den Verletzten die erste Hilfe angedeihen zu lassen und für die Ueberführung der Schwerverletzten ins Krankenhaus Sorge zu tragen. Ueber die Zahl der Verwundeten schwanken naturgemäß die Angaben. Nur soviel sei gesagt, daß die Sanitätswagen bis in die Nachtstunden hinein vor dem St.-Josephshaus vorfuhren und Verletzte ins Krankenhaus überführten. Ein Teil der Verletzten konnte nach Anlegung von Notverbänden entlassen werden. Verschiedene Verletzte hatten die Ankunft des Sanitätspersonals nicht abgewartet und sich ohne Verbände nach Hause begeben. Man sah darunter Männer und Frauen, deren Gesichter und Kleider mit Blut besudelt waren.

Unter den Verletzten befinden sich auch die Abgeordneten Steinbrück und Gamm; ersterer muß nach der Natur des Verbandes besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

In diesem Zusammenhange ist die Tatsache interessant, daß ein Unfallwagen auch vor dem wenige Schritte von dem St.-Josephshaus entfernten SA.-Heim an der Ecke Töpfergasse—Radaune Halt machte und sich Mitglieder des Sanitätspersonals mit einer Tragbahre in das Innere des Gebäudes begaben.

Die dauernde Ansammlung der Menschenmassen vor dem Lokal veranlaßte die Schutzpolizei, die Töpfergasse einige Zeit für den Fußgängerverkehr zu sperren. Die Kunde von dem traurigen Ereignis durchlief noch in den Abendstunden die Stadt und wurde in den Straßen von Gruppen von Personen bis in die späten Nachtstunden lebhaft besprochen."

Der Bericht der „Danziger Nationalen Zeitung" über den Ueberfall im Josephshaus wurde von der Polizei beanstandet und die Zeitungsausgabe beschlagnahmt. Das gleiche Schicksal hatte die Ausgabe der „Danziger Volkszeitung", die noch einmal unter der Ueberschrift „Der Verzweiflungskampf der NSDAP." auf die blutigen Ereignisse einging.

Ein Toter — mehr als 50 Verletzte

Stundenlang waren Sanitätsautos damit beschäftigt, die Verwundeten aus der Saalschlacht nach den Krankenhäusern zu schaffen. Ein Teil der Verletzten konnte nach ärztlicher Behandlung wieder in seine Wohnungen zurückgebracht werden. Unter den Verletzten befand sich auch der 22 Jahre alte SA.-Mann Günther Deskowski vom SA.-Sturm 128, zu dem auch alle anderen verletzten SA.-Leute gehören. Günther Deskowski wurde mit Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Eine halbe Stunde nach seiner Einlieferung verstarb er. Die Nationalsozialisten behaupten, an den Folgen der Kopfverletzungen, doch gab die „Danziger Nationale Zeitung" eine andere Todesursache an, und zwar in sehr präziser Form. Danach ist Deskowski, durch eine Infektionskrankheit geschwächt, an den Folgen der Aufregung bei der Saalschlacht gestorben. Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, woran Deskowski gestorben ist. Die deutschnationalen Volkstagsabgeordneten richteten deshalb an den Senat eine Anfrage mit der Bitte um Auskunft, woran Deskowski gestorben ist. Der nationalsozialistische Volkstagspräsident hat die Anfrage abgelehnt und nicht an den Senat weitergeleitet aus Gründen, die uns nicht durchschlagend erscheinen.

Günther Deskowski war erst nach dem „Umbruch" SA.-Mann geworden und hatte sich in der letzten Zeit vom SA.-Dienst beurlauben lassen. Er hatte es auch strikt abgelehnt, sich an der Jagd auf die Flugblattverteiler der Sozialdemokratischen Partei am Mittwoch, dem 10. Juni, zu beteiligen. Darüber, wie Günther Deskowski zur Beteiligung an der Saalschlacht gekommen ist, sind seltsame Gerüchte im Umlauf.

Der verstorbene SA.-Mann wurde mit großen Feierlichkeiten auf dem Barbara-Friedhof begraben. Die öffentlichen Gebäude hatten halbmast geflaggt, viele Schulen veranstalteten aus diesem Anlaß Trauerfeiern. An der Beerdigung nahm auch der Nachfolger von Ernst Röhm, der Stabschef der SA., Luhe, teil. In der nationalsozialistischen Presse wurde Deskowski als der „zweite Horst Wessel" bezeichnet.

Die Schwerverletzten

Als einziger von den Versammlungsteilnehmern wurde der deutschnationale Abgeordnete Carl Steinbrück schwerer verletzt. Er hat mit einer Uebungshandgranate von hinten einen Schlag auf den Kopf erhalten. Steinbrück sah, wie ein jüngerer Mensch auf einen älteren Versammlungsbesucher mit einer Uebungshandgranate einschlagen wollte, worauf er dem Schläger in den Arm fiel und den Arm festhielt. Im gleichen Moment erhielt der Abgeordnete Steinbrück, ein Mann von 65 Jahren, einen Schlag von hinten auf den Kopf und wurde besinnungslos. Mit schwerem Blutverlust wurde der Abgeordnete ins Krankenhaus gebracht, wo er etwa zehn Tage bleiben mußte. Er ist auch heute noch nicht gänzlich wiederhergestellt. — Der Abgeordnete Gamm erhielt ebenfalls eine Kopfverletzung, konnte jedoch nach Anlegung eines Verbandes das Krankenhaus wieder verlassen.

Die deutschnationalen Versammlungsbesucher wiesen wohl eine Menge Verletzte auf. Die meisten Schwerverletzten hatten jedoch die Angreifer, die SA.-Leute vom Sturm 128. Felix Janrotzki (Sturm 3/128) erhielt einen Lungenstich, Artur Hermann (Sturm 2/128) einen Schädelbruch, Kurt Born (Sturm 3/128) Magenstiche. Auch die reichsdeutsche nationalsozialistische Presse hat über die Saalschlacht im Josephshaus berichtet. Aber nirgends wurde auch nur angedeutet, wie die SA.-Leute in die Versammlung kamen, zu der nur Nichtnationalsozialisten zugelassen worden sind.

Zur Untersuchung dieses Ueberfalles

auf das Josephshaus wurde im Polizeipräsidium ein besonderes Kommando gebildet. Von Verhaftungen in dieser Angelegenheit hat man bisher noch nichts gehört. Es ist möglich, daß Verhaftungen erfolgt sind, doch ist offiziell bisher nichts darüber bekanntgegeben worden. Ein Trupp von SA.-Leuten, die bei der Saalschlacht verletzt worden waren, versuchte, beim Völkerbundskommissar Lester vorgelassen zu werden. Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat es abgelehnt, die SA.-Leute zu empfangen.

Der „Vorposten" hatte die wenig dankbare Aufgabe, diesen organisierten Ueberfall auf eine deutschnationale Versammlung so darzustellen, daß die SA.-Leute als unschuldige Opfer erschienen. Er hat das sehr ungeschickt gemacht. Der „Vorposten" konnte nämlich keine Erklärung dafür erfinden, wie die SA.-Leute in die deutschnationale Versammlung hineinkamen. Das Märchen, daß der deutschnationale „Saalschutz" auf die Versammlungsbesucher eingeschlagen habe, und daß die SA.-Leute die Versammlungsbesucher vor dem „Saalschutz" schützen wollten, hat nur allgemeines Kopfschütteln erregt. Nicht einmal die „Pimpfe" haben das geglaubt. In der nationalsozialistischen Presse war von „Mordbanditen" (bezeichnet waren damit die Leute, die sich von den Nationalsozialisten nicht zerschlagen lassen wollten) die Rede. Die Art und Weise, wie die „Danziger Neueste Nachrichten" über die blutigen Vorgänge im Josephshaus berichteten, hat viele Personen aus dem Bürgertum veranlaßt, das Abonnement zu kündigen.

Die Saalschlacht im Josephshaus wird zu zwei großen Prozessen führen. Diejenigen, die die Versammlung überfallen haben, haben sich des Landfriedensbruches schuldig gemacht und werden dafür sicherlich zur Verantwortung gezogen werden. Weiter dürfte es zu einem großen Tumultschaden-Prozeß kommen. Auf diesem Gebiete bewanderte Personen schätzen den Tumultschaden auf etwa 100 000 Gulden.

Die Jagd auf sozialdemokratische Flugblattverteiler

Blutige Zusammenstöße — Nächtliche Ruhestörungen

Die Sozialdemokratische Partei hat sich bisher schon mehrfach durch Flugblätter, die in den Wohnungen abgegeben wurden, an die Wählenschaft gewandt. Das ist durchaus statthaft und nicht verboten. Es ist jedoch wiederholt beobachtet worden, daß bei solchen Fällen die SA. alarmiert wurde, um die Verteilung von Flugblättern zu unterbinden. Die SA.-Leute, die in solchen Fällen weder Uniform noch Abzeichen tragen, verfahren dabei nach einer bestimmten feststehenden Methode: Sie versuchen zunächst, durch Einschüchterung zum Ziel zu kommen, indem sie den Anschein zu erwecken versuchen, als besäßen sie Polizeibefugnisse. Versagt diese Methode, gehen sie zu Gewalttätigkeiten über, um jedoch dann, wenn Polizei auf der Bildfläche erscheint, sich als die Angegriffenen zu bezeichnen.

Auch bei der Flugblattverbreitung am 29. Mai kam es zu einer Reihe von Uebergriffen gegen sozialdemokratische Funktionäre. Acht derartige Fälle sind damals bekannt geworden.

Weitaus zahlreicher und schwerer waren jedoch die Ueberfälle bei der Flugblattverteilung am 10. Juni.

Die Nationalsozialisten hatten augenscheinlich ihre sämtlichen Organisationen alarmiert, um die Flugblattverteiler der SPD. abzufangen.

Das sozialdemokratische Flugblatt beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Flüsterparole, daß Danzig bald zum Reich kommen werde. Es zeigte die Unsinnigkeit dieser Parole auf und ging dann auf das Verbot der „Danziger Volksstimme" ein.

Dieses Flugblatt ist zwar polizeilich beschlagnahmt worden, die Beschlagnahme ist jedoch erst zehn Minuten vor dem für die Verteilung angesetzten Termin dem Büro der Partei bekannt gemacht worden. Alle Vorbereitungen zur Verteilung der Flugblätter — insgesamt 87 000 Stück — waren bereits getroffen. Es war nicht mehr restlos möglich, die Funktionäre von diesem Verbot zu benachrichtigen, da der größte Teil von ihnen bereits unterwegs war.

Die Polizei war überall benachrichtigt, die Flugblattverteiler anzuhalten, ihre Personalien festzustellen, die Flugblätter zu beschlagnahmen und die Angehaltenen wieder zu entlassen. Der größte Teil der Flugblätter ist dennoch zur Verbreitung gelangt, da die Funktionäre ja von dem Verbot nichts wußten, und, durch frühere Erfahrungen gewitzigt, die Verteilung der Flugblätter möglichst unauffällig vornahmen.

Der größte Teil der Flugblätter konnte an die Empfänger abgegeben werden,

obwohl in fast allen Straßen der Stadt Nationalsozialisten Jagd auf die Flugblattverbreiter machten. In vielen Fällen maßten sie sich Polizeigewalt an und versuchten, die Flugblätter in ihren Besitz zu bringen. Selbstverständlich wurde entschiedener Widerstand geleistet. Nur dort, wo sich die Nationalsozialisten in großer Mehrheit befanden, nahmen sie die Flugblätter mit Gewalt fort und mißhandelten die sozialdemokratischen Funktionäre.

Insgesamt sind an diesem Tage 33 Ueberfälle auf sozialdemokratische Funktionäre erfolgt.

Diese Zusammenstellung erhebt jedoch auf Vollständigkeit nicht Anspruch. In einer ganzen Reihe von Fällen setzten sich die Sozialdemokraten erfolgreich zur Wehr, so daß die Angreifer den Kürzeren zogen.

Jagd auf Flugblattverbreiter wurde auch auf der Niederstadt gemacht. Dort wurde der Maschinist Emil Strauphel von Nationalsozialisten verfolgt und bedroht. Auf dem Wege nach der Abeggasse wurde er im Grünen Weg von etwa 20 Personen angehalten, gegen den Zaun eines Vorgartens gestoßen und umringt. Strauphel fühlte sich bedroht, denn die ihn umringenden Personen hatten ihn bereits längere Zeit verfolgt und umringten ihn zweifellos nicht in friedlicher Absicht. Es ist von vielen Personen beobachtet worden, daß die Angreifer mit erhobenen Fäusten auf Strauphel eindrangen. Unter den Personen, die Strauphel verfolgten (18 von ihnen sind bereits erkannt worden), befand sich auch der 21 Jahre alte Angestellte des „Vorposten", Felix Schulz. Dieser hatte sich für die SA. gemeldet, wurde aber dort nicht angenommen. Er wurde daraufhin zu mAmtswalter ernannt. Strauphel fühlte sich aufs höchste durch die ihn umringende Menschenmenge bedroht und schaffte sich dadurch einen Durchgang, daß er ein Taschenmesser, das er bei sich trug, öffnete. Mit diesem Messer ist Schulz dann verletzt worden. Der Getroffene mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Strauphel wurde verhaftet und vor den Untersuchungsrichter gestellt. Dieser erließ einen Haftbefehl.

Nächtliche Schüsse

In Oliva waren ebenfalls SA., Amtswalter, Hitlerjugend usw. alarmiert, um die Verteilung der Flugblätter zu verhindern. Am Niederfeld wurde der Arbeiter Otto B. von acht Nationalsozialisten angefallen. Er mußte durch einen herbeigeholten Schutzpolizisten nach Hause begleitet werden. Kurz nach Mitternacht erfolgte ein Ueberfall auf die Wohnung des B. Mit einer Axt sind die Scheiben und die Fensterrahmen der im Parterre gelegenen Wohnung zertrümmert worden. Man hat auch versucht, die Tür der Wohnung mit der Axt einzuschlagen, doch kam man nicht zum Ziel. Darauf wurden sechs Schüsse in die Wohnung abgegeben, darunter einige in Bauchhöhe. Es ist als ein besonderes Glück zu betrachten, daß niemand verletzt wurde, obwohl nicht nur das Ehepaar, sondern auch fünf kleine Kinder sich in der Wohnung befanden.

Gegen 11 Uhr abends erfolgte auf die Wohnung des Arbeiters P., Horst-Wessel-Straße, ein Steinbombardement von fast halbstündiger Dauer. Einige Scheiben wurden dabei zertrümmert. Einer der Steine fiel in das Bett der Frau P., die in der Nacht vorher entbunden hatte. Auch die Wohnung des Arbeiters Gl. wurde anschließend überfallen. Auch hier wurden durch Steinwürfe mehrere Scheiben und Fensterrahmen zertrümmert.

Ein großer Teil der Terroristen ist erkannt und gegen sie ist Strafantrag gestellt worden.

Fahrräder / Sämtliche Ersatzteile Reparaturen
Elektr. Birnen, Batterien, Feuerzeuge, Feuersteine Gasanzünder, Rasierklingen, Grammophon-Nadeln stets billig und gut bei
Oskar Prillwitz, Altstädtischer Graben 11, Nähe Heilmarkt

Zurück!
Dr. Schlomann
Facharzt f. Hals-, Nasen- u. Ohrenleiden
Langgasse 32

RUTH HECHT
HARRY COHN
Verlobte
DANZIG-LANGFUHR . ZOPPOT
1. Juli 1936

Jetzt weil es nach der Saison ist, kaufen Sie
Damenmäntel, Damenhüte
äußerst billig bei
„Lady" Heil. Geistgasse 112

Die Büros sämtl. Danziger Rechtsanwälte
bleiben wie im Vorjahre
auch in diesem Sommer vom
1. Juli bis 15. September
nachmittags geschlossen.

Alexander Barlasch
Fischmarkt 35
Billigste Bezugsquelle
für **Damen- und Herren-Wäsche**
Betten Bettfedern und Daunen, Bezüge, Inlette, Laken u. sonstige Textilwaren

---

Kolonialwaren kaufen Sie immer gut und billig bei
Franz Arczynski Hint. Adl. Brauhaus 2 Telefon 227 14
Lieferung frei Haus

Sämtliche Kinderschuhe, Haus- und Arbeitschuhe, Lederbedarfsartikel sowie Schuhreparaturen konkurrenzlos bei
Philipp Widawski, Ohra, H.-Wessel-Str. 37

Bielitzer Herrenstoffe
sowie Damen- und Herren-Konfektion kauft man gut und billig im
Stofflager Heumarkt 7, hochptr., im Hause Bieberstein

Fahrräder
neu und gebraucht kaufen Sie preiswert in der
Fahrradbauanstalt
F. Schütz
Schidlitz
Karthäuser Str. 100
Telefon 20018

DEBA
Neueste Eingänge
in
Damen- und Herren-Moden
Unsere Maßabteilung leistet Ihnen die größte Garantie für Verarbeitung und Paßform
Unsere bekannten Zahlungs-Erleichterungen können Sie in Anspruch nehmen
DEBA
Pfefferstadt 45
Fernsprecher Nr. 271 72

Schuhhaus Martin Guttmann wie immer nur ⟶ **Lange Brücke 37** an der Krantorfähre

---

Prime Kohle
Koks, Briketts, Brennholz
jede Menge frei Haus, bei
Siegbert Schlesinger
Herrengarten 9 Tel. 246 61
Telefonische Bestellungen werden sofort ausgeführt

Pelzhaus Topelson
DANZIG, Gr. Wollwebergasse 24, I. Etage
Fernsprecher 265 62
Engros — Detail
Im Monat Juli
Reparaturen an Pelze und Füchse zu billigen Sommerpreisen.
Pelzwaren aller Art

HOSEN
nur von J. Czerniaski
„Zur billigen Ecke"
Altstädtischer Graben 96-97
gegenüber der Markthalle

Produktivgenossenschaft
der Danziger Bäckerei- u. Konditoreiarbeiter e. G. m. b. H.
empfiehlt ihre anerkannt guten
Brotsorten und Gebäck
Erhältlich im **Hauptgeschäft Ohra,** Horst-Wessel-Str. 70, **Telefon 251 79** und bei den meisten Wiederverkäufern.
Man verlange es überall. — Auf Wunsch liefern wir frei Haus. — Telefon-Anruf oder Postkarte genügt.

„Drei Lilien"
Ferien-Angebot!
Unerreicht in Güte und Billigkeit!

Für **Selbstrasierer**
Feine Mandelrasierseife, stark schäumend . Stck. 0.10
Ia Stangen-Rasierseife, fein parfümiert . . 0.55, 0.48
Riesentube Rasiercreme „Gilette", f. empfindl. Ras. 1.75
Dreiderma Rasierseife, extra mild 0.95
Rasiernäpfe . . von 0.30 an
Alaunsteine 0.65, 0.35
Rasierpinsel, haltb. Qualit. 0.95, 0.55, 0.45
Rasierpinsel, Garantieware, vulkan., 1.10
Dachshaarpinsel von 5.50 an
Bakelit-Etuis f. Rasierseife 0.85

Hervorragende **Rasierklingen**
10 echte Solinger Qual.-Klingen „Ideal" . 0.75
10 original englische Klingen „Alcazar" . . . 1.10
„Rom", d. gelbe Wunderklinge, 0.10 mm u. Langloch . . 10 St. 1.75, 5 St. 0.90
Rasierapparate à la Gillette 1.95, 0.95
Origin.-Gillette-Apparate in Bakelit-Etui 5.25
Rasierapparate „Crom", Gillette-Modell 2.95
Rasierwasser „Dreiderma" 100-g-Flasche 0.95
entspannt die Haut nach dem Rasieren
Restpost. orig. Henkels'scher Nagelscheren 1.55

Reine milde Fettseifen mit feinsten Oelen parfümiert
Lanolinseife 3 Stück 0.55, 0.20
Lanolinseife 3 Stück 1.00, 0.85
Rosen-Glycerin-Seife 0.45
Eau-de-Cologne-Seife 0.45
Lilienmilch-Seife 0.45
Cold-Cream-Seife 0.55
Badesalz, Flieder 0.55
Indische Blumenseife - 0.65
Elsenestück
Fongbra-Seife „Stolz d. Firma" 0.65
Neuheit!
Hochf. Sandelholzseife, ca. 150 g, 0.65
Brenpapier, nichtfett. 0.75, 0.40
Toilettepapier 0.30
3 Rollen . . 0.85
dto. 200-g-Roll 0.50
3 Rollen . . . 1.45
Watte, parfüm. Ia Qual. v. 0.25 an

Schön wirkend, Frottiertücher, Gummischwämme, äußerste Preise
Handwaschbürsten gute Borste 0.45
dto., extr. grün, rein. Borste 1.25
Feinster Nagellack mit Pinsel 0.95
dto., perlmutt 1.25
Zur Schönheitspflege
Augenbrauenstifte Ia Aluminiumhülse . . 0.35
Puderpapier, 3 Bücher = 25 Buch . 0.10
Poudre compact Dario Sonnenbrand Restposten: Stück 1.25, 0.75
Gegen Sonnenbrand! Für sonnenbraune Haut!!
Athena Hautöl prakt. Verschluß, Fl. 1.50, 0.95
Hautcreme „Dreiderma", tief in d. Poren dringend, hervorragend. Hautnährpräparat gegen welken u. schlaff. Teint. 1.65, 0.90, 0.50
Eau de Cologne, rein! Ca. 100-g-Flasche . . . 0.95
Rasier-Eau-de-Cologne, kräftig 0.95
Hochfeine Maiglöckchen-Eau-de-Cologne 0.95
Unser Spezialgebiet! Erstklassige Kölnisch-Wasser
Besond. preiswert. Angebot!!
Feinster Gesichtspuder „Benny" in all. mod. Farb. Beutel 0.45
Fettfreie Tagescreme „Cinetta" mit feinstem franzos. Oel parfümiert. Tube 0.85, 1.20, Tiegel 1.25
Dreiderma Skin Tonic das milde Gesichtswasser, Flasche 1.65 an
Kalina-Sommersprossencreme, verstärkt. Erfolg garantiert . 1.90, 2.90
Ia Mandelkleie, wie Seife anzuwend., Beutel 1.75
Ein Posten erstklassiger Parfüms, besonders preiswert
Blumenparfüms, hochkonzentriert, auch in mod. Spritzflaschen 0.95, 0.75
Hochfeine Fantasieparfüm „Loin du bal", 1.75, 2.50
Feinster Blumenbouquet Eau. Mag. Veilchen, naturgetr., Fl. 0.65, 1.05
Hochf. Blumenbrillantine in grün. Schleifenfl. 1.20
„Tippa Tipp", der Nagelpolierst. 0.45
„Dreiman", d. feine Pfefferminz-Zahnpasta, große Tube 0.95
Garantiert echt Senf. Handwasch. Bürste . . 0.95
Pfefferminz-Zahnpulver, extra fein 0.25
Zahnbürsten von 0.45 an
Herren-Frisierkämme . 0.85, 0.75
Damen-Frisierkämme 1.10
Taschenkämme 0.50, 0.45
Frisierschlesser 0.75
Hautscheren 0.95

„Drei Lilien" Parfümerie Kunstgewerbe
Danzig-Langgasse 13. : Langfuhr-Hl.-Bilder-Str. 68

Wenn **Leder** für die Schuhe dann nur von
Czarlinski
Lederhandlung
Altst. Graben 102

Wo kauft man Möbel billig?
Polierte Schlafzimmer komplett G 480.-
600.- 675.- 750.-
Küchen, Tische, Stühle billigst.
Aber gehen Sie stets zu
David II. Damm 7

Damen- u. Herren-Frisier-Salon
M. Berkowicz
Breitgasse 82
Dauerwellen, Wasserwellen, Haar- und Augenbrauenfärben
Ondulation wird erstklassig zu mäßigen Preisen ausgeführt.

Wieder da!
Camera-Kissen Buntdruck, Stück 0.95
Garten-Decken, ges., 140 Durchm. 3.50
Sessel-Garnituren 2teilig, ges., 1.95
A. Seider
Gegr. 1894 Gr. Scharmacherg. 2

Kolonialwaren
Waschartikel — Elektrische Wäscherolle
Obst / Gemüse
Brot und Backwaren aus der Produktivgenossenschaft — die billigste Bezugsquelle der Erwerbslosen und Rentenempfänger
Rudolf Bruer
I. Damm 16 Tel. 278 92

S. Bieber / Stadtgebiet 8-10
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren. Schuhwaren. Grosse Auswahl

---

Was haben Sie davon
wenn Sie Möbel kaufen, die nach kurzer Zeit reißen und platzen?
Wir leisten für jedes gekaufte Stück schriftliche Garantie
und sind trotzdem **selten billig!**
Möbelhaus Fingerhut
Milchkannengasse 16

Willst Du heizen ohne Aerger
kaufe Kohlen von
Gebrüder Berger
Büro und Lager: Mausegasse 7
Telefon 257 90/257 92

Jul. S. Goldstein
Wirtschaftsmagazin
Junkergasse 4, an der Markthalle
Billige Einkaufsquelle für Gießkannen, Rucksäcke, Spieleimer und sämtl. Wirtschaftsartikel

---

Fahrräder
Kinderwagen
Nähmaschinen
Ferner Fahrräder aller Art kaufen Sie gut und billig bei
Max Willer, 1. Damm 14. Reparaturen fachgemäß und preiswert.

Achtung! Modern. Couches, Chaiselongues, Lordsessel, Spiral- und Auflege-Matratzen zu den billigsten Preisen
Tapeziererwerkstätte Drehergasse 11

Kolonialwaren
und Feinkost
Gertrud Müller
Danzig, Röpergasse 1

AN ALLE!
Wir haben die Preise herabgesetzt!

Grüne Schmierseife	Pfd.	40 P
dto. Berger's	Pfd.	50 P
Weiße Terp.-Schmierseife	Pfd.	50 P
Soda	Pfund	9 P
Bleichsoda	Pfund	15 P
Prima Kernseife	Stück 17, 12,	10 P
Spar-Kernseife	65% 150 gr, Stück	18 P
Lanolin-Seife	Stück	14 P
Flieder-Seife	100 gr, Stück	33 P

Sämtliche Wasch- und Putzmittel sowie Parfümerie- und Toilette-Artikel zu billigsten Preisen
Seifenhaus Lawendelgasse 9
gegenüber der Markthalle und
Lange Brücke 32 (Am Kranter)

LIPETZ & CO.
Milchkannengasse 1 Langgasse 2
Telefon 21160
empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher
elektrischer Anlagen - Reparaturen
Beleuchtungskörper - Radiogeräte
in reichhaltiger Auswahl

E. Hirsch
Danzig, Altstädt. Graben 78
empfiehlt zu billigsten Preisen:
Herrenartikel
Hüte und Mützen sowie Arbeitskleidung
Damenwäsche
in verschiedenster Ausführung
Strumpfwaren
Große Auswahl in Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Chem. Reinigung
mit Maschinen der neuesten Konstruktion.
Durch Aufstellung einer Maschine der neuesten Bauart (Tri-Verfahren) bin ich in der Lage, Kleider, Anzüge, Mäntel, Hüte, Stoffe in Samt und Seide sowie Federn, bei gelockerter Schonung des Materials, bei Bedarf in 24 Stunden, zu billigsten Preisen zu reinigen
Chem. Reinigungsanstalt und Dampfpresserei **„Wie neu"**
Danzig, Goldschmiedegasse nur 31

Holzhandlung
Siegbert Schlesinger
Herrengarten 9 Tel. 246 61
empfiehlt
Holzmaterialien
wie sämtliches Tischlerholz, Kantholz, Schalbretter, Dielung, Zaunlatten, Rollbecke, Eiche, Sperrholz
Lieferungen jeder Menge frei Haus

Sind's die Schuhe, geh' zu Marcus!
Sehr billig und gut kaufen Sie
Kinder- u. Damen-Sandalen
Damen-Opanken
Sandi- und Herrenschuhe
MAX MARCUS Häkergasse 10

Englands Stellungswechsel

Aufhebung der Sanktionen — Das Verhältnis zu Deutschland

Das wichtigste Ereignis von weltpolitischer Bedeutung ist zweifellos der Beschluß Englands, die Sanktionen aufzuheben. Außenminister Eden, der Führer der Sanktionsfront gegen Italien hat die Notwendigkeit der Aufhebung vor dem Unterhaus begründet. Gewiß nicht leichten Herzens, denn die Sühnemaßnahmen stehen mit dem politischen Werdegang Edens in so engem Zusammenhange, daß ein Mißerfolg dieser Maßnahme auch eine schwere Enttäuschung für ihre Befürworter bedeutet. Eden sind auch in der äußerst bewegten Unterhaussitzung Vorwürfe einstecken äußerst bewegten Unterhaussitzung Vorwürfe gemacht worden. Die englischen Oppositionsparteien verlangen Aufrechterhaltung oder sogar Verschärfung der Sühnemaßnahmen gegen Italien, damit das Ansehen des Völkerbundes und der Gedanke der kollektiven Sicherheit gestärkt werde. Demgegenüber erklärt Eden im Namen der Regierung, daß die Fortsetzung der Sanktionen zwecklos sei. Es gelte einen Mißerfolg einzugestehen und daraus die Folgerungen zu ziehen. Dieser Mut zur Wahrheit wird Eden, trotz allem, in weiten Kreisen der englischen Oeffentlichkeit hoch angerechnet. Ihm ist es zu verdanken, daß England in diesem gefährlichen Augenblick von einer Regierungskrise verschont bleibt. „Der italienische Feldzug habe Erfolg gehabt," so führte Eden u. a. aus. **„Das ist eine Lage, die nicht anders als durch eine militärische Aktion von draußen möglicherweise geändert werden kann.** Gibt es irgendein Land, das bereit ist, eine solche militärische Aktion zu ergreifen, Oder ist ein Teil der öffentlichen Meinung dieses Landes bereit, eine solche militärische Handlung zu ergreifen?" (Mac Govern, linker Flügel der Arbeiterpartei, ruft: „Die Arbeiterpartei!"

„Die Völkerbundsversammlung wird bei ihrem nächsten Zusammentritt die gesamte Lage zu überprüfen haben, bei der die Sanktionsfrage nur einen Teil darstellt .... Die Gründe für diese Entscheidung bestehen darin, daß nicht erwartet werden kann, daß die Fortführung der bestehenden Sanktionen die Lage Abessiniens wiederherstellen wird, die zerstört worden ist. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen würde nur das Ergebnis haben, daß die Sanktionsfront allmählich zusammenbrechen würde, so daß der Völkerbund innerhalb weniger Wochen sich einer Lage gegenübersehen würde, die noch abträglicher wäre als die, der er heute gegenübersteht."

Mit dieser Situation gilt es sich abzufinden. Der Negus ist in London gut empfangen worden. Praktische Ergebnisse hat sein Besuch aber nicht gehabt. Auch sein persönliches Auftreten in Genf (Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung sind bekanntlich zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten) wird die geschaffenen Tatsachen nicht rückgängig machen können. Andere Dinge haben das Problem Abessinien überschattet: Die mit Spannung überladene innereuropäische Situation. Schon während des abessinischen Feldzuges vernahm man Sorgen, daß Italien sich in Ostafrika zu sehr verausgaben und somit seine europäischen Aufgaben im Ernstfalle möglicherweise nicht erfüllen könne. Seit der Militarisierung des Rheinlandes verstärkte sich der Wunsch der Westmächte, Italien wieder nach Europa zurückzuführen. Italien hat das Unternehmen in Abessinien nun selbst liquidiert — durch seinen raschen Sieg. Die Sanktionen haben ihren Zweck nicht erreicht. Für den Völkerbund bleibt daher kaum ein anderer Weg als den der Aufhebung der Sühnemaßnahmen, weil sonst ein Abbröckeln der an sich schon nicht mehr unbedingt festen Sanktionsfront zu befürchten ist.

Die Aufhebung der Sanktionen ist also so gut wie beschlossene Tatsache, denn außer England haben sich auch andere Mächte, so zum Beispiel Frankreich und Rußland, dafür entschieden. Inwieweit es aber möglich sein wird, die Wunden zu heilen — und schnell zu heilen, denn darauf kommt es an — die der abessinische Feldzug auch auf dem politischen und diplomatischen Kampfschauplatz hinterlassen hat, muß die Zukunft erweisen. England jedenfalls will die Sanktionen zwar fallen lassen, darüber hinaus aber die italienische Eroberung nicht, richtiger wohl: noch nicht, anerkennen.

Es verstärkt seine als Gegengewicht gegen Italien gedachte Mittelmeerflotte, wie überhaupt England auf den raschen Ausbau seiner Seemacht ein großes Gewicht legt.

Sir Samuel Hoare, der unter, heute kann man wohl sagen, tragischen Umständen gestürzte Vorgänger Edens, der als Erster Lord der Admiralität wieder Mitglied des Kabinetts ist, hat zum Beispiel erklärt: wenn die englische Flotte im Mittelmeer doppelt so stark gewesen wäre wie heute, wäre es wahrscheinlich nicht zum Kriege in Ostafrika gekommen. Die Flottenvorbereitungen Englands und noch manche andere Dinge werden das italienisch-englische Verhältnis auch in Zukunft noch wesentlich belasten. Den beiden Ländern bleibt also noch vieles zu tun übrig, um „ins Reine" zu kommen.

Deutschland und England

Ein bedeutungsvoller Abschnitt der englischen Außenpolitik ist Deutschland gewidmet. Eden kam in seiner Unterhausrede erneut auf die an die deutsche Regierung gerichteten Fragen zu sprechen und erklärte unter anderem:

„Es war für uns und für Europa von Wichtigkeit, zu erfahren, ob das Reich fortan den politischen und territorialen status quo in Europa zu respektieren gedenke, ausgenommen natürlich freiwillige Revisionsverhandlungen.

Eine freimütige Antwort auf diese Frage würde nach meiner Auffassung das Zeichen zur Rückkehr des Vertrauens in Europa bilden. Ich bin überzeugt, daß wir uns die Anbahnung einer europäischen Befriedung vor allem zur Pflicht machen müssen. Wenn eine Zusicherung in bezug auf dieses Ziel erfolgte, dann wäre es wahrscheinlich möglich, eine dauerhafte Regelung in Europa herbeizuführen. Das war der Zweck der Mitteilungen, die der britische Botschafter am 6. Mai Berlin überreichte. Die Fragen, die wir damals stellten, waren nach unserer Auffassung notwendig und durchaus berechtigt. Aus diesem Grunde sehen wir auch einer baldigen Antwort der Reichsregierung entgegen und hoffen, daß sie uns erlauben werde, mit den Verhandlungen fortzuschreiten."

In der gleichen Sitzung äußerte sich Ministerpräsident Baldwin dahingehend: „Der Reichskanzler Adolf Hitler hat uns gesagt, daß er Frieden wünscht und wenn mir das ein Mann sagt, so wünsche ich das auszuprobieren."

Eine deutsche Antwort ist jedoch bisher nicht erfolgt

und wie es heißt, werde die deutsche Regierung vorerst überhaupt nicht antworten und dann auch nicht auf alle von England aufgeworfenen Fragen. Aber: „Keine Antwort ist auch eine Antwort." Indessen: es scheinen sich die deutsch-englischen und englisch-deutschen Ausgleichsbemühungen festgefahren zu haben. Ueber das Ergebnis der Besuche des Botschafters Ribbentrop ist nichts Greifbares bekannt geworden. Dagegen läßt sich ein aufschlußreicher Stimmungsumschwung in der reichsdeutschen Presse feststellen. Die Aufhebung der Sühnemaßnahmen gegen Italien ist dort mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die Sanktionsgegner könnten leider nicht zu den Deutschland freundlich gesinnten Kreisen gerechnet werden, so las man es in der reichsdeutschen Presse, als der Kampf zwischen den sanktionsfreundlichen und sanktionsgegnerischen Gruppen in England sich in der Vorbereitung befand. Jetzt aber, nachdem England sich entschieden hat, wird der „Völkische Beobachter" wesentlich aufgeschlossener. Er schreibt: „England betreibe mit dem Fragebogen Fassadenkletterei am Gedankengebäude des deutschen Friedensplanes." Deutlicher kann sich die Enttäuschung über die eingeschlagene Entwicklung kaum widerspiegeln. Erst Verständnis, hoffnungsvolle Ansätze, jetzt auf einmal, „Fassadenkletterei"?! So schnell hätte man einen Wandel der Auffassungen in einem Blatte von der Stellung des „Völkischen Beobachter" nicht vermutet.

Den „neuen Locarnobesprechungen", die auf der jetzigen Genfer Tagung ihren Fortgang, oder überhaupt erst ihren Anfang nehmen sollten, wird also das wichtigste Dokument, wird die deutsche Antwort fehlen. Welche Richtung die politischen Geschehnisse dann nehmen werden, muß abgewartet werden. Kennzeichnend für die Situation ist ein Ausspruch des englischen Kriegsministers Duff Cooper. Duff Cooper hat in einer Rede in Paris wieder von der „englischen Grenze, die im Rhein liege," gesprochen und darauf hingewiesen, daß die Lage in Europa heute bei weitem schlimmer sei als im Jahre 1914.

*

Die Ausführungen Duff Coopers in Paris haben im Unterhaus zu einer erregten Aussprache geführt, weil die Opposition in seinen Erklärungen die Andeutung eines Militärbündnisses zu sehen glaubte. Auf zahlreiche diesbezügliche Anfragen erteilte am Montag in Vertretung Baldwins der Innenminister Sir John Simon die Antwort. Er erklärte, daß der Kriegsminister vor einer Gesellschaft gesprochen habe, deren Zweck in der Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien bestehe. Seine Bemerkungen seien natürlich keine politische Erklärung gewesen, sondern eine Rede, die dazu bestimmt sei, die Elemente zu unterstreichen, die den Völkern beider Länder gemeinsam seien.

Der neue Kurs in Frankreich

Die bisherigen Ergebnisse der Volksfront-Regierung

In Frankreich sind entscheidende Veränderungen vor sich gegangen. Das Kabinett Sarraut wurde durch die Volksfrontregierung des Sozialistenführers Léon Blum abgelöst und hat sofort mit der Durchführung des Programms der Volksfront begonnen. Auf eine große Mehrheit der durch das Volksfrontprogramm gleichgerichteten Parteien, der Kommunisten, der Sozialisten und der Radikalsozialen, gestützt, kann die neue Regierung an die Verwirklichung eines sozialen und politischen Programms gehen, das der französischen Arbeiterschaft eine neue wirtschaftliche und politische Basis für ihren Kampf um die soziale Demokratie schafft. Léon Blum führt eine Regierung, die von dem Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen wird und die sich zum Ziel setzte, das Vertrauen der Massen durch ihre Taten zu rechtfertigen. Der neue Regierungschef hat sich als Mitarbeiter im Kabinett die besten Kräfte, unter ihnen drei Frauen, aus den Reihen der sozialistischen und der radikalsozialistischen Partei — die Kommunisten verzichteten bedauerlicherweise auf die aktive Regierungsteilnahme — ausgesucht. Die Uebernahme der Geschäfte erfolgte in einem Augenblick größter sozialer Spannungen und Kämpfe: Hunderttausende Arbeiter machten einen entscheidenden Vorstoß um die Besserung ihrer sozialen Stellung, sie streikten für die Schaffung von Kollektivverträgen, die es bisher noch nicht in Frankreich gab, und für die Erhöhung ihres Arbeitseinkommen. Léon Blum griff mit Energie und großem Geschick in diesen gigantischen Arbeitskampf ein und wurde der Schiedsrichter, der der Sache der Arbeiterschaft zum Siege verhalf.

In seiner ersten Erklärung vor der Kammer verkündete er dieses Programm als schnell zu verwirklichendes

Augenblicksziel der Volksfront:

die 40stündige Arbeitswoche, den Kollektiv-Arbeitsvertrag, den bezahlten Arbeiterurlaub, einen großen öffentlichen Arbeitsplan für wirtschaftliche, sanitäre, wissenschaftliche, sportliche und juristische Ausrichtung des Landes, ferner die Verstaatlichung der Rüstungsfabrikation, ein besonderes Getreideamt, ebenso ähnliche Kontrollstellen für Fleisch, Wein und Milch, ferner die Verlängerung der Schulpflicht, eine Reform des Statuts der Bank von Frankreich, in dem der Vorrang der nationalen Interessen gesichert werden solle, dann eine erste Revision der Notverordnungen zugunsten der am härtesten betroffenen öffentlichen Angestellten und ehemaligen Frontkämpfer und schließlich eine Amnestie.

Wenn diese Maßnahmen bewilligt sind, werde die Regierung im Parlament eine zweite Reihe von Gesetzentwürfen vorlegen, nämlich über einen Erwerbslosenfonds, eine Versicherung gegen landwirtschaftliche Katastrophen, eine Pensionsregelung, die die alten Arbeiter gegen das Elend schützen werde; in kurzer Zeit werde dann noch ein umfangreiches System der Vereinfachung und Entspannung der Steuern folgen, das vor allem den Handel und die Erzeugung entlasten solle und nur von den Reichen neue Abgaben verlangen werde.

Zug um Zug wurden die sozialen Gesetzesvorlagen verabschiedet, so daß die Regierung nach vierwöchiger Tätigkeit ein großes soziales Reformprogramm verwirklicht hat. Hinzugekommen sind zahlreiche andere Maßnahmen auf anderen Gebieten. Das Statut der Bank von Frankreich wurde in dem oben angedeuteten Sinne geändert, so daß fortan alle Spekulationen mit der Stabilität des Franken unmöglich sind; der innerpolitisch wichtigste Akt ist

die Auflösung der nationalistischen Verbände.

Der Innenminister Roger Salengro und der Justizminister Rucart legten dem Präsidenten der Republik ein Dekret zur Unterschrift vor, das die Auflösung folgender Kampfgruppen und Privatmilizen verfügt: der faschistischen Partei, der „Solidarité française", der Liga der „Patriotischen Jugend", der „Croix de Feu" (Führer: der Graf Casimir de la Rocque). Damit verschwinden jene faschistischen Verbände, die das demokratische Leben der Republik offen bekämpften und die von großkapitalistischen Kreisen finanziert wurden, um eine politische Diktatur des Großkapitals über die werktätige Bevölkerung nach ausländischen Mustern aufrichten zu helfen. Die französische Republik hat sich damit rechtzeitig gegen die sozialreaktionären Faschisten gewehrt. In dieser Richtung liegt auch eine andere Maßnahme, deren wirtschaftliche Bedeutung aber sicher ebenso groß ist wie die politische; am Ende der vergangenen Woche wurden durch Kabinettsbeschluß die Rüstungsbetriebe verstaatlicht, soweit sie von den staatlichen Rüstungsaufträgen leben; die übrigen Betriebe der Rüstungsindustrie wurden unter eine besonders scharfe Kontrolle gestellt.

Vollzog sich im Inneren eine Wandlung grundsätzlicher Art, so so zeichnet sich auch die außenpolitische Erklärung der Regierung, die vor einer Woche abgegeben wurde, durch

die Betonung einer starken französischen außenpolitischen Aktivität

aus. Der neue Mann der Außenpolitik, der Radikalsoziale Delbos, entwickelte sein Programm vor der Kammer. Darin heißt es, daß die Regierung auf internationalem Gebiet wie auf allen anderen Gebieten eine Politik der Offenheit treiben werde. Die Regierung würde gegen das Mandat verstoßen, das sie vom Lande erhalten habe, wenn sie nicht von vornherein ihren friedlichen Willen verkünde. Sie könne dies um so besser, als die Macht, über die sie zur Sicherheit der Landesverteidigung, zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen, zur Mitarbeit an der notwendigen Stärkung der kollektiven Sicherheit verfüge, niemals wirklicher und wirksamer gewesen sei. Die große Bemühung um soziale Gerechtigkeit und humane Emanzipation, die gegenwärtig ausgeführt werde, stärke den Patriotismus der arbeitenden Massen. Der Friedenswille der französischen Regierung sei zu aufrichtig, um nicht auch handelnd zu sein. Darum verkünde die französische Regierung laut ihre Treue zum Völkerbund. Die Prüfungen, die der Bund durchmache, würden die französische Regierung nicht nur nicht von dem Bunde abwenden, sondern sie in ihrem Entschluß bestärken, die Genfer Einrichtung durch eine wirksame Organisation der kollektiven Sicherheit zu verstärken. Frankreich habe sich den Sanktionen angeschlossen, trotz der Freundschaft, die es mit dem italienischen Volk verbinde. Im gegenwärtigen Stand der Dinge wäre die Aufrechterhaltung der Sanktionen nur noch eine Geste ohne tatsächliche Wirksamkeit. Wozu wäre es denn gut, Maßnahmen zu verewigen, deren Charakter durch die bloße Tatsache verschärft würde, daß sie in Zukunft kein bestimmtes Ziel mehr hätten?

Wenn sich der Mechanismus der kollektiven Sicherheit als unzulänglich erwiesen habe, sei dies nicht der Fehler des Paktes, sondern darauf zurückzuführen, daß der Pakt verspätet und unvollständig angewendet worden sei. Um einen Angriff zu unterdrücken, müsse man so schnell wie möglich das Höchstmaß der Mittel in Anwendung bringen, über die die internationale Gemeinschaft verfügen könne. Um im Augenblick die kollektive Sicherheit wirksam werden zu lassen, müsse man ihr zwei Bestandteile geben: Zunächst wäre eine Mächtegruppe bereit, selbst alle ihre Kräfte gegen den Angreifer einzusetzen. Daraufhin müßte die gesamte Völkerbunds-Kollektivität obligatorisch die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen anwenden. So würde der Artikel 16 des Paktes wirksam werden können. Weiter sei eine Revision des Artikels 11 des Paktes notwendig, um Angriffen wirklich vorzubeugen. Delbos betonte dann Frankreichs Interesse am Abschluß des Donau- und eines Mittelmeerpaktes. Frankreich wünsche, daß ein Abkommen geschlossen werde, das der am 7. März eröffneten Krise ein Ende bereite. Die französische Regierung sei überzeugt, daß Italien seine Mitarbeit an diesen Aufgaben nicht versagen werde. Delbos betonte besonders die

enge Zusammenarbeit mit den demokratischen Nationen,

insbesondere England und Amerika. Die französische Regierung sei ferner der Mitwirkung ihrer Freundin, der Sowjetunion, sicher. Die französisch-polnische Freundschaft werde eine neue Weihe erhalten.

Die heute in der Volksfront vereinigten Parteien hätten stets

für eine französisch-deutsche Verständigung

gekämpft. Frankreich habe die von Herriot abgeschlossenen Länderabkommen, die Locarno ermöglicht hätten, begrüßt. Frankreich sei entschlossen, diese Aktion zur Sicherheit und der Ehre der beiden Länder fortzusetzen. Wiederholt habe Reichskanzler Hitler seinen Willen zur Verständigung mit Frankreich verkündet. Die französische Regierung denke nicht daran, an seinen Worten als ehemaliger Kriegsteilnehmer, der vier Jahre lang das Elend des Schützengrabens kennengelernt habe, zu zweifeln. Aber so aufrichtig auch der Wille Frankreichs zur Verständigung sei, könne es die Lehren der Erfahrung und der Tatsachen nicht vergessen.

Von der Entwicklung der französisch-deutschen Beziehungen hänge in hohem Maße der Erfolg der Bemühungen und das internationale Abrüstungswerk ab, das wiederum den Garantien der kollektiven Sicherheit untergeordnet sei. Die Enttäuschungen, die sich aus den Fehlschlägen der Genfer Konferenz ergeben hätten, hätten das französische Volk keineswegs entmutigt. Es wisse, daß das Rüstungswettrennen schicksalhaft zum Kriege führe. Es möchte durch eine kollektive Anstrengung diesem Wettrennen Einhalt gebieten und eine allmähliche, allgemeine, von der Völkergemeinschaft kontrollierte Abrüstung möglich machen. Die französische Regierung werde die Einberufung der Studienkommission für die Europa-Union, die von Briand begründet worden sei, beantragen. Diese Kommission solle alle europäischen Staaten umfassen, ganz gleich, ob sie Mitglied des Völkerbundes seien oder nicht.

Zum Schluß weist die Regierungserklärung darauf hin, daß die zu erfüllende Aufgabe von langer Dauer sein werde. Aber alle heute auf der Regierungsbank sitzenden Männer seien vereint in dem gemeinsamen Gedanken, daß der Zustand des bewaffneten Friedens, aus dem Katastrophen hervorgingen, nur zeitweilig sein dürfe und alle Bemühungen darauf hinzielen müßten, die Dauer dieser Periode abzukürzen, und daß die Sicherheit der Völker nur durch die Kollektivorgane der internationalen Gemeinschaft gewährleistet werden könne.

Der Kurs der Innen- und Außenpolitik der neuen französischen Regierung wird von der Hoffnung der sozial und demokratisch eingestellten Menschen aller Länder begleitet. Die Energie, mit der sie an die Lösung ihrer Aufgaben herangeht, läßt diese Hoffnung, daß die französische Volksfront ein entscheidender Schritt zur Lösung der Gegenwartsprobleme im Sinne des werktätigen Volkes ist, nur berechtigt und richtunggebend erscheinen.

Der Negus vor dem Völkerbund

Haile Selassie fordert Völkerbundsmahnahmen / Italienische Pressevertreter verursachen Zwischenfall

Der zweite Tagungsabschnitt der 16. Völkerbundsversammlung wurde Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Eden in seiner Eigenschaft als Ratspräsident und Vizepräsident der Versammlung eröffnet. Während der Verlesung einer Erklärung des tschechischen Staatspräsidenten Dr. Benesch, daß er sein Amt als Vorsitzender der Versammlung niederlege, betrat der Negus Haile Selassie an der Spitze einer zahlreichen, schwarz gekleideten Abordnung den Saal. Die Versammlung wählte den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland zum neuen Präsidenten.

Präsident van Zeeland verlas nach seiner Ansprache die Denkschrift der italienischen Regierung an den Völkerbund. Sie legt nach einem Rückblick auf die am 18. April 1938 vom Völkerbundsrat als endgültig gescheitert erklärten Friedensbemühungen und nach einer Feststellung des in Abessinien angetroffenen Zustandes der Barbarei und der freiwilligen Unterwerfung der Bevölkerung die großen Linien des von der italienischen Regierung unternommenen Aufbauwerkes in Abessinien dar. Zum Schluß weist die italienische Regierung auf die Notwendigkeit einer geeigneten Völkerbundsreform hin, an deren Verwirklichung sie mitzuarbeiten bereit sei.

Nach Verlesung der italienischen Denkschrift sprach der argentinische Vertreter Ruiz Guiñazu, um den Antrag seiner Regierung auf Einberufung der Versammlung noch einmal zu begründen. Dieses Vorgehen sei der Auffassung von der Gleichheit aller Staaten entsprungen. Wenn der Völkerbund seinen universellen Charakter bewahren solle, müsse er sich unbeschadet der jeweiligen besonderen Umstände auch zu den Grundsätzen der gebietsmäßigen Unversehrtheit der Staaten bekennen. Wenn sich hingegen die Art, wie der Pakt angewendet werde, nicht mit diesen amerikanischen Grundsätzen vereinbaren ließe, so müsse sich die argentinische Regierung überlegen, ob sie weiterhin mit dem Völkerbund zusammenarbeiten könne.

Nach dieser argentinischen Erklärung, die als Antrag auf Nichtanerkennung der Annexion Abessiniens angekündigt worden war,

bestieg der Negus unter dem Licht der Scheinwerfer die Tribüne, um eine Erklärung in amharischer Sprache abzugeben.

Beim ersten Wort ertönte ein alles übertönendes Gepfeife aus den Reihen der italienischen Journalisten. Sie wurden von einem starken Polizeiaufgebot abgeführt, während die meisten Delegierten klatschten.

Die fast einstündige Rede des Negus wurde in amharischer Sprache gehalten. Dem Negus wurde vom Präsidenten folgendermaßen das Wort erteilt: Der nächste Redner ist Se. Majestät der Negus Haile Selassie. Ich erteile dem Hauptdelegierten von Abessinien das Wort."

Der Negus erklärte, daß er heute hier stehe,

um die seinem Volk geschuldete Gerechtigkeit und den Beistand zu fordern,

der ihm vor acht Monaten von 50 Nationen versprochen worden sei. Noch nie habe ein Staatsoberhaupt vor der Völkerbundsversammlung das Wort genommen. Aber noch nie sei auch ein Volk das Opfer einer solchen Ungerechtigkeit gewesen, wie das abessinische, dem nun die Auslieferung an seinen Angreifer drohe. Um ein Volk zu verteidigen, das um seine jahrtausendelange Unabhängigkeit kämpfe, sei er nach Genf gekommen, nachdem er selbst an der Spitze seiner Armee gekämpft habe. Er schilderte hierauf die Schrecken des Gaskrieges, unter dem sein Land gelitten habe.

Er gab seiner Erbitterung darüber Ausdruck, daß er in seinem Vertrauen auf die wirksame Hilfe des Völkerbundes, das ihn veranlaßt habe, vorteilhafte Angebote der italienischen Regierung abzulehnen, enttäuscht worden sei. Heute bestehe nicht die Unmöglichkeit, sondern die Weigerung, den Angreifer anzuhalten. Im Namen Abessiniens verlange er von der Versammlung, „alle Maßnahmen zu treffen, um dem Pakt Achtung zu verschaffen. Vertreter der Welt, so schloß der Negus, ich bin nach Genf gekommen, um vor ihnen die peinlichste der Pflichten eines Staatsoberhauptes zu erfüllen. Welche Antwort soll ich meinem Volk überbringen?"

Nach der Rede des Negus wurde die Sitzung auf Mittwoch vormittag 10.30 Uhr vertagt.

Die Verfassung muß beachtet werden

Eine Anordnung Senators Boeck für die Schulen

Vom Senat, Kultusabteilung (gez. Boeck), ist unter dem 24. Juni d. J. folgende Anordnung an die Schulen herausgegeben worden:

„Von den Oppositionsparteien ist in der letzten Zeit verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, der Unterricht in den Danziger Schulen halte sich nicht im Einklang mit der Danziger Verfassung. Ein Beweis für eine Verletzung der Danziger Verfassung durch einen Lehrer oder ein anderes Organ der Schulverwaltung hat bisher nicht geführt werden können. Um jedoch von vornherein jede Möglichkeit auszuschalten, der Schulverwaltung den begründeten Vorwurf von Verfassungsverletzungen im Bereich des Schulwesens machen zu können, mache ich es den Danziger Lehrern und Lehrerinnen nochmals zur Pflicht, bei der Gestaltung des Unterrichts die Vorschriften der Danziger Verfassung zu beachten. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß im Unterricht das neue Deutschland, das der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler aufgebaut hat, behandelt wird. Diese Behandlung muß jedoch in sachlicher Form erfolgen und darf nicht zur Beeinflussung Andersdenkender führen."

Auf diese Verfügung wird noch zurückzukommen sein.

Der Bandenführer Doboszynski verhaftet

Der Leiter der Krakauer Bezirksorganisation der Nationalradikalen Partei Doboszynski, der vor kurzem mit einer bewaffneten Bande einen Ueberfall auf das Städtchen Maslenice durchführte, ist nach Verfolgung durch Polizei in völlig erschöpftem Zustande und leichtverwundet nicht an der tschechoslowakischen Grenze verhaftet worden.

Schuschnigg lehnt eine Einladung Delbos' nach Genf ab

In den Gerüchten über eine Einladung des französischen Außenministers an den österreichischen Ministerpräsidenten Dr. Schuschnigg, nach Genf zu kommen, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß Dr. Schuschnigg durch den Gesandten Pfluegl dem französischen Außenminister mitteilen ließ, daß er mit Rücksicht auf den für kommenden Donnerstag angesetzten Bundesrat, in dem fünf neue Gesetze beschlossen werden sollen, leider unabkömmlich sei, daß er aber gern bereit sei, bis zum kommenden Herbst mit dem französischen Staatsminister zusammenzukommen.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Danzig und die polnische Devisenwirtschaft

... Keine glückliche Regelung für Danzig

Wohl das wichtigste Ereignis wirtschaftspolitischer Natur für Danzig, das während der Zeit unseres Verbotes eintrat, ist das Danzig-polnische Uebereinkommen zur Regelung der Fragen, die mit den Auswirkungen der polnischen Devisenbewirtschaftung auf Danzig verbunden sind. Der Leitgedanke dieses Abkommens besteht in einer Auseinanderkoppelung des Imports und des Exports über Danzig. Es stellt zweifelsohne keine gesunde Lösung dar, daß diese beiden Wirtschaftszweige, von denen Danzig als Vermittler für sein polnisches Hinterland lebt und die einander organisch ergänzend eine gleichen Grundsätzen unterliegende Behandlung verdienen, durch das Abkommen völlig auseinandergerissen werden und eine Regelung gefunden haben, die allein den polnischen Bedürfnissen entspricht, ohne daß die Belange der Danziger Wirtschaft genügend berücksichtigt worden sind.

Beim Export ist nämlich

den Danziger Exporteuren eine Devisenablieferungspflicht an Polen auferlegt worden.

Die Danziger Exporteure müssen den polnischen Devisenbanken soviel Devisen abliefern, wie es dem Wert der exportierten Ware zur Zeit der Ueberschreitung der polnischen Grenze entspricht. Nur der Verdienst sowie evtl. Veredelungs- und Nebenkosten verbleiben den Danziger Firmen aus ihren ausländischen Deviseneingängen. Wenn polnische Waren in Danzig be- oder verarbeitet werden, dann kann eine Devisenabführung nur dann verlangt werden, wenn die Be- oder Verarbeitung eine böswillige Umgehung der polnischen Devisenvorschriften zum Zwecke der Kapitalflucht darstellt. Da die Danziger Industrie nicht sehr entwickelt ist und keineswegs in sehr bedeutendem Umfange polnische Waren zu Exportzwecken verarbeitet, so ist diese Bestimmung, wonach bei Be- und Verarbeitung der Devisenanfall Danzig verbleibt, wirtschaftlich nicht von allzu weittragender Bedeutung. Außerdem wird diese Klausel durch Ausnahmen in ihrem Werte sehr verringert. Eine Devisenablieferungspflicht besteht weiter nicht für die dem Danziger Eigenverbrauch dienenden Waren.

Beim Import von Waren nach Polen soll sich der Zahlungsverkehr derart abwickeln, daß die polnischen Kunden der Danziger Firmen ohne jede Devisengenehmigung Zahlungen auf

die „Daki-Konten"

leisten können, das sind besondere Zloty-Konten Danziger Personen oder Firmen bei polnischen Devisenbanken, über die zu Ueberweisungen zu Gunsten in Polen oder in Danzig ansässiger Personen oder Firmen frei verfügt werden kann. Auch die bisherigen Guthaben Danziger Personen oder Firmen können in Daki-Konten umgewandelt werden, so daß also eine gewisse Erleichterung für die in Polen eingefrorenen Danziger Forderungen eintritt. Allerdings ist die freie Verfügbarkeit über diese Daki-Konten durch organisch mit dem Uebereinkommen zusammenhängende Vorschriften der Danziger Devisenwirtschaft gehemmt. Denn gegen diese Daki-Konten dürfen andere ausländische Zahlungsmittel, Forderungen in anderer ausländischer Währung, verkehrsfreie Auszahlung Polen sowie Gold und sonstige Edelmetalle nur mit Genehmigung erworben oder veräußert werden, während Veräußerung und Erwerb der Daki-Konten gegen Gulden durch die Verordnung über die Guldenbewirtschaftung erlaßt werden. Während letztere Transaktionen der Danziger Ueberwachungsstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande unterliegen, sind Vorschriften darüber, wer die Genehmigung zum Devisenerwerb gegen Daki-Zloty erteilt, in der Verordnung nicht enthalten. Es ist nur gesagt, daß Auszahlungen aus den Daki-Konten in Devisen bei den polnischen Devisenbanken beantragt werden müssen und zwar durch normale Devisenanträge.

Allein die Unlegung der Daki-Konten in Gulden ist also nur noch von Danziger Behörden abhängig. Die Erlangung von Devisen für den Danziger Importhandel zum Wiederverkauf von Waren hängt in Zukunft von den polnischen Behörden ab. Damit ist der Danziger Importhandel insoweit sozusagen aus der Danziger wirtschaftlichen Hoheitssphäre ausgegliedert und formell polnischen Behörden unterstellt worden. Es ist festgelegt, daß Danziger Firmen bei Devisenzuteilungen in gleichliegenden Fällen nicht schlechter behandelt werden sollen als polnische Firmen und daß sie an den polnischen Devisenzuteilungen in dem Verhältnis beteiligt sein sollen, das ihrer Beteiligung an der Einfuhr aus dem Zollausland nach Polen entspricht. Zur Vereinfachung ist vereinbart worden, daß die Bank Polski der Bank von Danzig monatlich einen bestimmten Betrag an Devisen zur Verfügung stellt, der unter die einzelnen Danziger Importeure nach Zahl und Art der Firmen und nach der Warenart verteilt wird, wobei die Aufteilung nach der Warenart der paritätische Danzig-polnische Devisenausschuß, die Aufteilung unter die Firmen die Danziger Kammer für Außenhandel vornimmt.

Das ist nun

die Konsequenz dieser Regelung

für die Danziger Importeure? Nehmen wir an, eine Danziger Importfirma hat im Devisengegenwerte von 50000 Zloty Waren nach Polen geliefert. Die Zahlungen für diese Waren sind auf Daki-Konto erfolgt. Die Firma beantragt jetzt die Zuteilung von Devisen im Gegenwerte von 50000 Zloty. Polen wünscht aber den Import dieser Ware zu drosseln. Es wird daher nur soviel Devisen zur Neueinkäufen zuteilen — dazu ist es ja nach dem Abkommen berechtigt — wie es der Beteiligung Danzigs bei dieser Warenart bei zukünftigem Import entspricht. Nehmen wir an, daß der Import dieser Ware um 20 Prozent eingeschränkt werden soll. Die Firma wird also nur 40000 Zloty an Devisen erhalten. Die 10 Prozent des in dieser Ware angelegten Kapitals liegt ja in Zloty fest. Sie hat nun die Möglichkeit, dieses Kapital in Zloty in Polen anzulegen oder es mit Genehmigung der Danziger Ueberwachungsstelle gegen Gulden zu verkaufen, in diesem Falle also in Gulden festzulegen. In jedem Falle ist aber die Devisenkraft der Firma geschwächt und ihr Kapital liegt außerhalb ihres Geschäftsbereiches brach. Wenn jetzt die Firma kein der eingeschränkten Geschäftsmöglichkeiten mit Polen im Import für ein anderes Land Ersatz suchen will, so ist Sie angewiesen. Da sie ja von Polen keine Devisen erwarten kann, sich an die Danziger Stellen um Devisenzuteilungen zu wenden, denen, um Enttäuschungen von Angestellten bei bestimmten Firmen zu vermeiden, kann ein anderer Ausweg bleiben dürfte, als derartigen Gesuchen zu entsprechen. Denn schließlich würde der Gewinn aus diesen Geschäften doch auch in irgendeiner Form nach Danzig fließen. So kann sich letzten Endes die mit Polen getroffene Regelung dahin auswirken, daß die in Daki-Zloty einfließenden Frideninnen Danziger Firmen durch Verzinsung der Devisenbestände der Bank von Danzig frei gemacht werden müssen, um den Firmen die wirtschaftliche Manövrierfähigkeit zu erhalten.

Die als großer Erfolg für Danzig gepriesene Einrichtung der Daki-Konten läuft also darauf hinaus, daß die Danziger Firmen und Personen, die Guthaben in Polen haben, nach ihrer Wahl in Zloty oder Gulden einfrieren können. Hat z. B. eine Danziger Firma bei einer polnischen Bank Dollarbestände, so kann sie diese Gelder in Daki-Zloty und auf diesem Umwege in Gulden umwandeln, nur ihre Devisen bekommt sie in der Regel nicht. Daß diese Regelung, die eine Schwächung der Danziger Devisenkraft mit sich bringt, einen Erfolg für die Danziger Interessen darstellt, muß bezweifelt werden.

Die Daki-Zloty gehören nur insoweit noch zur Danziger geldlichen Hoheitssphäre, als sie, wie wir gesehen haben, gegen Gulden nach Genehmigung durch die Danziger Ueberwachungsstelle bzw. auch ohne solche durch die Bank von Danzig erworben werden können und dann der Bezahlung des Danziger Einfuhrbedarfes aus Polen dienen können.

Ebenso wie bei den Daki-Konten wurde es als großer Erfolg für Danzig in der gleichgeschalteten Presse dargestellt, daß bei der Verbringung von polnischen Waren nach Danzig polnische

Valuta-Exportbescheinigungen

nicht verlangt werden sollen, daß derartige Bescheinigungen — entweder eine polnische Valuta-Exportbescheinigung oder eine entsprechende Bescheinigung der Danziger Außenhandelskammer — vielmehr erst bei etwaiger Weiterausfuhr nach dem übrigen Auslande vorgelegt zu werden brauchen; man bagatellisierte dabei, daß Polen gerade für Holz, Schweine, Getreide, Hülsenfrüchte, Mahlprodukte, Kohle und Koks, von deren Export der weitaus überwiegende Teil der Danziger Ausfuhrfirmen lebt und die etwa vier Fünftel des Danziger Hafenumschlages darstellen, die Kontrolle nicht aus der Hand gibt und nach wie vor die Vorlage der Exportbescheinigung an der Danzig-polnischen Grenze verlangt. Für diese Waren besteht also die Danzig-polnische Wirtschaftsgrenze, die doch gerade durch das Uebereinkommen vermieden werden sollte, weiter. Hier besteht auch dann eine grundsätzliche Devisenablieferungspflicht nach Polen, wenn die Waren in Danzig be- oder verarbeitet werden. Eine Ausnahme gilt nur dann, wenn sie dem Danziger Eigenverbrauch zugeführt werden, was die Danziger Außenhandelskammer bescheinigen muß. Die Konzession, daß für in Danzig be- oder verarbeitete Waren eine Devisenablieferungspflicht nicht besteht, wird durch die für Polens Hauptexportartikel gemachten Ausnahmen in ihrem Werte sehr stark herabgemindert. Die Danziger Exportschlächter z. B. müssen den Kaufpreis für die aus Polen bezogenen Schweine, die Danziger Exportmühlen diejenigen für das Getreide, in Devisen nach Polen abliefern.

Ein Pflaster auf die Wunde, daß bei Polens Hauptexportartikeln die Valuta-Exportbescheinigungen an der Danzig-polnischen Grenze auch weiterhin verlangt werden, soll es wohl darstellen, daß die Beantragung der polnischen Valuta-Exportbescheinigungen auch durch die Danziger Firmen erfolgen kann. In der Praxis ergeben sich hier aber, wie von den betreffenden Ausfuhrfirmen berichtet wird, recht erhebliche Schwierigkeiten, da naturgemäß von Danzig aus die Erlangung derartiger Bescheinigungen sich zeitraubender und komplizierter gestaltet als für in Polen ansässige Firmen.

Daß in Polen ein gewisses Mißtrauen gegenüber Danzig besteht, das anscheinend durch die Danzig-polnischen Wirtschaftskonflikte des Vorjahres Nahrung gezogen hat, ergibt sich daraus, daß Polen sich in dem Uebereinkommen

gewisse Kontrollrechte

gesichert hat. Die Danziger Außenhandelskammer ist in gewissen Fällen zur verbindlichen Feststellung gewisser Tatbestände berufen. Sie hat z. B. Feststellungen über die Verbringung zollausländischer Waren nach Polen zu treffen, die den Danziger Importeuren Anrecht auf Devisenzuteilung seitens Polens geben, sie kann weiter Valuta-Exportbescheinigungen ausstellen und feststellen, ob Waren dem Danziger Eigenverbrauch zugeführt sind. Trotzdem nun die Kammer für Außenhandel schon eine paritätische Danzig-polnische Organisation ist, hat außerdem noch ein polnischer Vertreter in alle diesbezüglichen Arbeiten uneingeschränkte Einsicht, der berechtigt ist, jede Angelegenheit vor den Danzig-polnischen Ausschuß für Devisenfragen zu bringen.

Da der Vertrag mit 14tägiger Dauer kündbar ist, birgt er einen gewissen Unsicherheitsfaktor in sich, da er die Dispositionen für langfristige Geschäfte sehr schwierig gestaltet. Alles in allem kann man überhaupt nur wünschen, daß das Abkommen sich in der Praxis besser zeigt, als es nach seinem Inhalt leider angenommen werden muß.

An den Börsen wurden notiert:

Devisen

Danziger Devisenkurse vom 30. Juni. Die Bank von Danzig hat folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt. Teleg. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 26.47 — 26.57; Berlin 100 Reichsmark (verkehrsfrei) 213.02 — 213.87; Warschau 100 Zloty (verkehrsfrei) 99.50 — 100.20; Paris 100 Franken 34.93 — 35.07; Zürich 100 Franken 172.46 — 173.14; Brüssel 100 Belga 89.07 — 89.34; Amsterdam 100 Gulden 359.00 — 360.44; Stockholm 100 Kronen 136.53 — 137.07; Kopenhagen 100 Kronen 118.17 — 118.53; Oslo 100 Kronen 133.04 — 133.56; Neuyork 1 Dollar 5.2715 — 5.2955. Banknoten: 100 Reichsmark (März-Geld-Reisezeit) 208.00 — 212.00; 100 Zloty (Reisezeit) 99.50 — 100.20; 1 Pfund Sterling 26.32 — 26.48; 100 schwedische Kronen 135.73 — 136.53; 100 dänische Kronen 117.52 — 118.22; 100 norwegische Kronen 132.24 — 133.04; 100 französische Franken 34.83 — 35.03; 100 Schweizer Franken 171.50 — 172.50; 100 Belga 89.97 — 90.51; 100 holländische Gulden 357.90 — 359.46; 1 Dollar USA. 5.234 — 5.266.

Berliner Devisen vom 30. Juni. Belgien 89.30 — 89.48 — 89.12; Holland 359.60 — 360.22 — 358.98; Kopenhagen 118.45 — 118.74 — 118.16; Schweden 136.52 — 136.80 — 136.24; Oslo 133.30 — 133.63 — 133.97; Paris 35.01 — 35.08 — 34.94; Prag 21.95 — 21.99 — 21.91; Stockholm 136.80 — 137.13 — 136.47; Schweiz 172.00 — 172.34 — 171.66. Tendenz uneinheitlich.

Danziger Effektenbörse vom 30. Juni. In Danziger Gulden wurden notiert: 4% Anleihe der Stückzinsen: 4proz. (früher 5proz.) Danziger Hypotheken-Bank-Pfandbriefe, Serie 1—9 71.00; dto. Serie 10—18 71.00; 4proz. (früher 7proz.) Danziger Hypotheken-Bank-Pfandbriefe, Serie 19—26 71.00; dto. Serie 35—42 71.00.

An den Produkten-Börsen

Danziger Produkten-Notierungen. (Preise amtliche Notierung vom 5. Juni für 100 Kilo.) Weizen 130 Pfd. ohne Handel; Roggen 120 Pfd. 15.50—15.75; Roggen 118 Pfd. 15.50; Gerste, feine ohne Handel; Gerste mittel 16.50—17.00; Gerste 114/15 Pfd. 16.50; Futtergerste 110/11 Pfd. 16.25; Futtergerste 105/06 Pfd. 15.85; Hafer 15.00—17.00. Alles andere ohne Notierung.

Posener Produkten vom 30. Juni. (Nichtamtlich): Roggen 13.75 bis 14.00, Tendenz ruhig; Weizen 20.25—30, ruhig; Gerste a) 16.00—16.25 b) 15.25—16.00, ruhig; Hafer 15.75—16.00, (stand.) 15.25—56, ruhig; Roggenmehl 21.75—22.00, ruhig; Weizenmehl 34.50—36.25, ruhig; Roggenkleie 9.75—10.25; grobe Weizenkleie 9.75—10.25, mittlere 9.75 bis 9.50; Weizenkleie 10—11.25; Winterrübsen 40—41; Senfkraut 32—34; Peluschken 29—32; Viktoriaerbsen 21—23; Leinkuchen 16—16.25; Rapskuchen 14—14.25; Sonnenblumenkuchen 16.50—17.00. Allgemeintendenz ruhig.

Berliner Produkten vom 30. Juni. Weizen, märk. 190 Pfd. 220; Roggen, märk. 1000 Kilo 183; für je 50 Kilo: Viktoriaerbsen 35—38; Kleine Speiseerbsen 32—35.50; Futtererbsen 24—26; Peluschken 32—35; Ackerbohnen 30—33; Wicken 30—31; Blaue Lupinen 18.50—20; Gelbe Lupinen 31.50—33; Serradella 41—45; Leinsuchen 17.30; Trockenschnitzel 9.50; Seradella 15.50; Kartoffelflocken 19.90.

Sport · Turnen · Spiel

Der Meisterschaft entgegen

Der Fußballspielbetrieb

Bei den Fußballspielern im Arbeiter-Turn- und Sportverband E. V. Danzig herrschte auch während der Verbotszeit der „Danziger Volksstimme" reges Leben. Obwohl die beschränkten Platzverhältnisse den gerade in letzter Zeit durch Neuaufstellung von Mannschaften verstärkten Wunsch nach regerem Spielverkehr hemmen, finden sich Spieler und Mannschaften mit der Tatsache ab, daß zur Zeit noch die Arbeitersportler als nicht gleichberechtigt angesehen werden. Doch die Hoffnung, die gewisse Kreise auf eine Zerschlagung der Spielbewegung des Arbeitersports setzten, wurde durch die zahlreiche Teilnahme der Fußballspieler bei dem Festaufmarsch am Volkssport-Tag glänzend widerlegt. Und daß auch das technische Können im Arbeitersportlager eine gute Pflegestätte hat, bewies der anläßlich des Volkssport-Tages ausgetragene Fußballkampf einer Danziger Auswahlelf gegen die bekannte Elf von „Baltik" Gdingen. Der heimischen Vertretung gelang es, in einem überaus abwechslungsreichen Spiel „Baltik" mit 6:3 Toren zu schlagen. Die Gäste zeigten eine wesentliche Verbesserung ihres Zusammenspiels. Man merkte die Lehrarbeit des Warschauer Bundeslehrers. Die ersten Minuten waren für Danzig beängstigend. Bereits nach etwa 10 Minuten Spieldauer lag Gdingen mit 3:0 in Führung. Alle diese Tore waren das Resultat einer recht flüssigen Zusammenarbeit der Gäste. Danzigs Angriffsreihe kam bis zur Pause an ein 3:2-Ergebnis heran.

In der zweiten Halbzeit gelang es der heimischen Vertretung, eine leichte Ueberlegenheit herauszuarbeiten und schließlich den Sieg zu erringen.

Ein Fußballturnier

Am Sonntag darauf, dem 14. Juni, führten die Fußballspieler, um allen Mannschaften einmal Gelegenheit zu einem Spielchen (wenn auch mit verkürzter Spielzeit) zu geben, ein Fußballturnier durch. Die Meldungen hierzu waren derart zahlreich, daß vom frühen Morgen bis zum späten Abend der Platz ausgenutzt wurde. Es war wie am laufenden Band. Aus der Fülle der Kämpfe, die in drei Klassen ausgetragen wurden, blieben in der I. Klasse der vorjährige Turniermeister, die F. T. Schidlitz I, und Bürgerwiesen I als letzte Anwärter auf den Titel übrig. In diesem Endspiel führte die F. T. Schidlitz bis wenige Minuten vor Spielschluß 2:1. Doch konnte Bürgerwiesen den Gleichstand erzwingen. Die Spielverlängerung brachte einen Sieg der F. T. Schidlitz.

Nicht minder interessant waren die Spiele der II. Klasse. Hier hatten sich für das Endspiel die F. T. Danzig I und die zweite Garnitur der F. T. Schidlitz qualifiziert. Die F. T. Danzig wurde mit einem 1:0-Ergebnis Turniersieger.

In der Jugendklasse gelang es der F. T. Oliva, im Endspiel ihren Gegner, die F. T. Schidlitz, zu schlagen. Den Kämpfen wohnte eine zahlreiche Zuschauermenge bei.

Die kommende Zeit bringt außer der Beendigung der Rundenkämpfe, bei denen in der I. Klasse nur noch Fr. sch auf I, Bürgerwiesen I und die F. T. Langfuhr I im Rennen liegen, die Beteiligung des kommenden Meisters an den Spielen um die Meisterschaft der polnischen Arbeitersportler. Außerdem aber wird in den ersten Tagen des Monats August eine Danziger Städtevertretung in dem befreundeten Dänemark Zeugnis von der Spielkultur des Danziger Arbeitersports ablegen.

Schmeling gewann durch ko.

In der 12. Runde

Am Sonnabend, dem 23. Juni, kam in Neuyork die Vorentscheidung um die Weltmeisterschaft im Boxen zwischen dem Deutschen Max Schmeling und dem amerikanischen Neger Louis zum Austrag. Der Kampf sollte bereits einen Tag früher stattfinden, war aber auf den Sonnabend gelegt worden, weil es am Freitag regnete. Schmeling schlug den Neger in der 12. Runde k. o. Die ersten Runden hatte der Neger geführt, und von der vierten Runde an war Schmeling meistens im Vorteil. Er hatte allerdings in der siebenten Runde eine Schwächeperiode durchzumachen.

Schmeling wird nun im September gegen den derzeitigen Titelhalter Braddock antreten. Beide Boxer sind sehr zuversichtlich. Jedenfalls werden beide aber bei dem Weltmeisterschaftskampf ein gutes Geschäft machen. Schmeling erhielt für den Kampf mit Louis 125 000 Dollar, doch zog ihm die amerikanische Steuerbehörde 45 000 Dollar ab.

Wir werden auf diesen Kampf und seine z. T. recht merkwürdigen Begleiterscheinungen noch zurückkommen, weil uns ein näheres Eingehen auf die Einzelheiten heute infolge Platzmangels nicht möglich ist.

Um den dritten Platz

Schalke 04 schlägt Vorwärts Rasensport Gleiwitz mit 8:1 (3:0) Toren

Die Mannschaft von Vorwärts Rasensport Gleiwitz kämpfte am Vortage des Entscheidungskampfes in Berlin mit großer Energie und bedrohte durch raumgreifendes und schnelles, aber wenig durchdachtes Spiel wiederholt das Schalker Tor. Gleiwitz war für die Meistermannschaft der Schalker aber kein Gegner. Die „Knappen" waren den Schlesiern in jeder Beziehung überlegen.

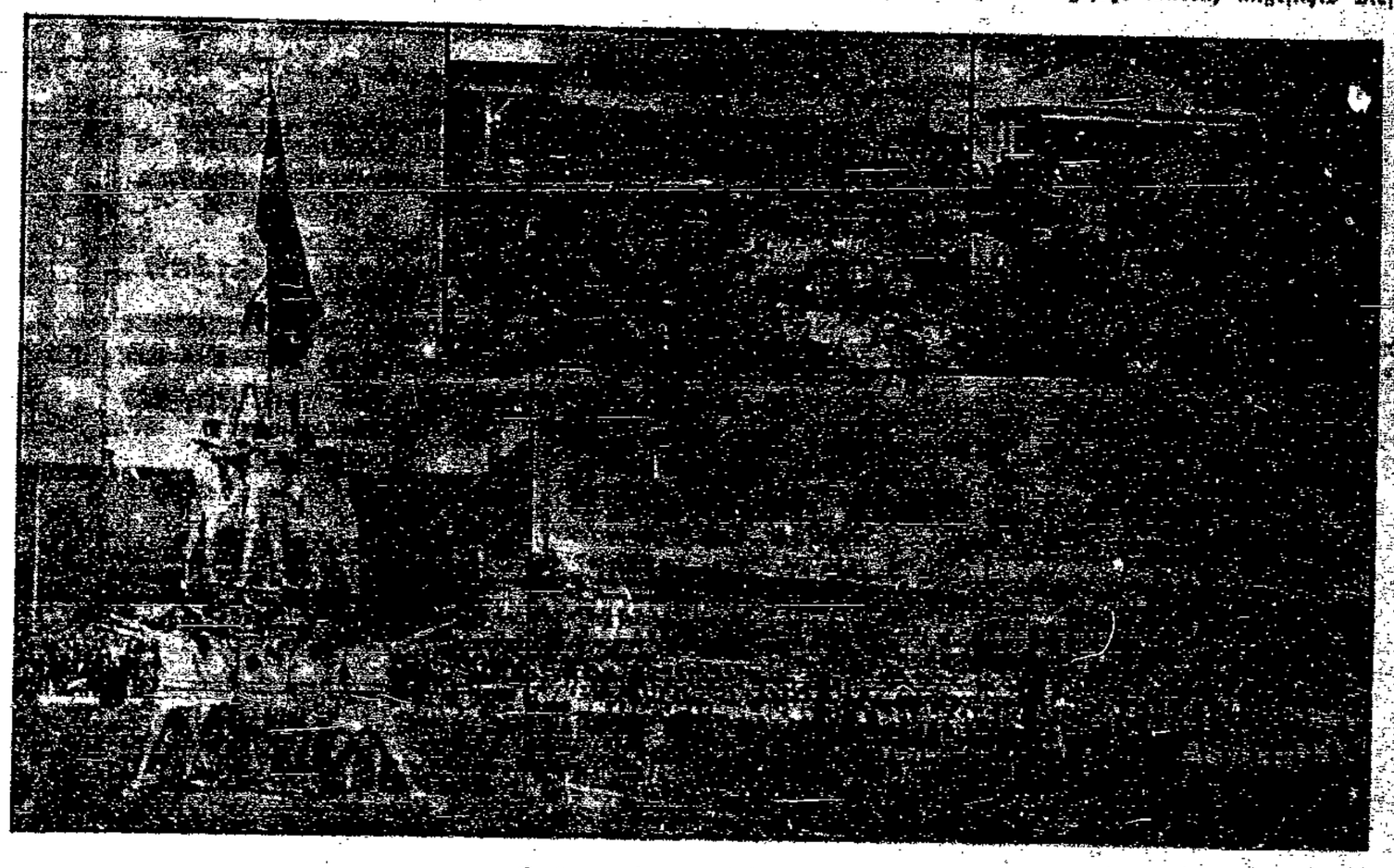
Volkssport-Tag ein Volksfest

Der 7. Juni, ein glänzendes Bekenntnis zur Freiheit — Erstklassige sportliche Leistungen

Die Nationalsozialisten haben in der Vorwoche ein Plakat an die Litfaßsäulen anschlagen lassen, auf dem die Reproduktion eines Bildes zu sehen ist, das einen Aufmarsch der nationalsozialistischen Organisationen auf dem Kleinen Exerzierplatz am 1. Mai, wahrscheinlich aus dem Glanzjahr der NSDAP. 1934, festhält. Dazu wird mit gewohnter Unbekümmertheit auf dem Plakat gesagt: „Das ist das wahre Gesicht des deutschen Danzig." Man ist geneigt, zu fragen, ob es denn nicht mehr Deutsche in Danzig gibt als die paar tausend, die da auf dem Bilde zu sehen sind, von denen man noch eine erheblichen Teil abziehen muß, weil es ja mit der „Freiwilligkeit" bei nationalsozialistischen Aufmärschen so seine besondere Bewandtnis hat. Das Plakat hat aber noch eine neckische Einzelheit. Da sieht man in der linken Ecke ein Vergrößerungsglas, und durch das Glas kann man vier Männer erkennen, die an einem Tisch sitzen. Diese vier Männer sollen die Opposition in Danzig darstellen, und man braucht, so sagt das Plakat, ein Vergrößerungsglas, um sie überhaupt zu sehen. Anscheinend müssen nun die Danziger Nationalsozialisten, insbesondere in neuerer Zeit, etwas schwachsichtig geworden sein, oder glauben sie, daß sie mit ihrer Vogel-Strauß-Politik, mit dem Kopf-in-den-Sand-stecken, dem Nichtsehenwollen, die Opposition in Danzig aus der Welt schaffen? Da hätten sie viel zu tun.

Einen besseren Beweis für die Lebenskraft der Danziger Opposition, insbesondere der sozialistischen Einheiten, als der Massenbesuch beim Volkssport-Tag am 7. Juni gibt es nicht. Inzwischen sind mehr als drei Wochen seit diesem denkwürdigen Tag ins Land gegangen. Man kann also mit genügender Distanz über die Dinge reden und kann abwägen, welchen Wert der Volkssport-Tag gehabt und welchen Eindruck er hinterlassen hat. Und da gibt es in Danzig nur eine Meinung: Es war die gewaltigste Veranstaltung, die von irgendeiner nichtnationalsozialistischen Organisation in den vergangenen drei Jahren durchgeführt wurde. Wiederholt ist gesagt worden, wenn schon mehr als 15 000 Menschen allein zu einem Sportfest kommen, wie gewaltig würde der Aufmarsch sein, wenn alle Danziger Oppositionsgruppen einmal Gelegenheit hätten, sich gemeinsam auf einem öffentlichen Platz, der leichter als das etwas abseits liegende Gedania-Stadion zu erreichen ist, sehen und zählen lassen könnten. Herr Forster hat ja einmal angekündigt, daß er die Oppositionsparteien zählen wollte. Am 7. Juni hätte er das tun sollen. Vielleicht wäre es auch gut gewesen, wenn Senator Boeck, der vom Arbeiter-Turn- und Sportverband, dem Veranstalter des Volkssport-Tages, eingeladen worden war, zugegen gewesen wäre. Er hätte sich wieder einmal davon überzeugen können, daß die Forderung der Arbeitersportler auf Zuweisung der städtischen Turnhallen und Sportplätze mehr als berechtigt ist. Auf diesen Ton war auch die Rede abgestimmt, die der Verbandsvorsitzende Hermann Thomat am 7. Juni durch das Mikrophon an die 15 000 Gäste hielt. 1400 Sportler hatten durch ihren Aufmarsch diese Forderung auf die Zuteilung der städtischen Uebungshallen unterstützt.

Dieser mit größter Disziplin vorgeführte Aufmarsch der Sportvereine war wohl das eindrucksvollste Erlebnis nicht nur des Festes am 7. Juni, sondern seit vielen Jahren. Es ist keine Uebertreibung, wenn wir hier feststellen, daß Männern und Frauen, von denen die meisten in den letzten Jahren schweren seelischen Erschütterungen ausgesetzt waren, angesichts dieses Bekenntnisses zur Freiheit, die Tränen in den Augen standen. Der Volkssport-Tag muß erst noch vom Gegner nachgemacht werden. Man wird das ja versuchen. Man wird möglicherweise auch so viel Zuschauer abkommandieren, um die Sitzplätze irgendeines Stadions zu füllen. Aber diese Einmütigkeit des Willens, diese opferbereite Freiwilligkeit, diese Gewißheit des kommenden Sieges, die über der ganzen Veranstaltung lag, die bekommen die Nationalsozialisten nicht mehr fertig. Und die sportlichen Leistungen schon gar nicht mehr.



Das war der Volkssport-Tag

Auch dieses Fest hat einmal mehr gezeigt, daß die gleichgeschalteten Sportorganisationen nur noch dann Publikum auf den Platz kriegen, wenn sie ein paar ihrer „Kanonen" herholen, die mit ihren überzüchteten Leistungen auch soziologisch eine besondere Gruppe von Zeitgenossen darstellen, die, so lange sie jung sind und etwas leisten, ja auch ganz gut von dieser sportlichen Tätigkeit leben. Doch sollen die Gleichgeschalteten allein sehen, wie sie aus dieser Sackgasse herauskommen. Was am 7. Juni auf dem Gedania-Stadion gezeigt wurde, das war wirklicher Volkssport, Leibesübung für alle, die kommende Art der körperlichen Kultur.

Es würde die Wucht des Eindruckes schmälern, heute, nach mehr als drei Wochen, auf nähere Einzelheiten einzugehen. Festgestellt zu werden verdient nur noch, daß die Grüße, die der Generalsekretär des ZRSS. (Verband der Arbeitersportvereine in Polen), Dr. Jerzy Michalowicz, von den Sozialisten in Polen überbrachte, besonders wohltaten.

Das Fest ist verrauscht. Ein neues Fest wird steigen, ein neues Bekenntnis, ein weiteres Mahnmal, den Kampf um die Freiheit fortzusetzen bis zum siegreichen Ende.

Danzigs Arbeitersportler in Kattowitz

Ausgezeichnete sportliche Leistungen — Zahlreiche Siege der Einheimischen

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband Danzig war von dem Bezirk Oberschlesien des Verbandes der Arbeitersportvereine in Polen (Z.R.S.S.) und von dem ältesten Sportverein des polnischen Arbeitersportverbandes, Freie Turner, Kattowitz, der am vergangenen Sonntag und Montag, 28./29. Juni, sein 30jähriges Stiftungsfest feierte, zu einem Start in Kattowitz eingeladen worden. Da der letzte Montag als katholischer Feiertag (Peter und Paul) polnischer Staatsfeiertag ist, hatten die Sportvereine Gelegenheit, Veranstaltungen größeren Stils aufzuziehen. Die Danziger Arbeitersportler hatten eine Delegation von 31 Köpfen zusammengestellt, die an den Fußball- und Handballspielen, sowie an den Leichtathletikkämpfen beteiligt waren. Von den durchgeführten Handballspielen wurden zwei gewonnen und eins verloren. Die zwei Fußballspiele brachten Sieg und Niederlage. Die Danziger schlugen die oberschlesische Repräsentationsmannschaft, verloren aber am Tage darauf in dem Bergwerksort Dombrowa. Besonders zahlreich waren die Siege der Danziger Sportler in den Leichtathletikkämpfen. Obwohl nur eine beschränkte Anzahl der heimischen Leichtathleten an den Start gehen konnte, wurden in fast allen Konkurrenzen die ersten Plätze belegt, und nur im Hochsprung gab es den Sieg eines Kattowitzer Sportlers.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde die 30-Jahr-Feier der Freien Turner Kattowitz zur Durchführung gebracht. Am Sonntagabend fand in einem der größten Säle von Kattowitz, in der Reichshalle, eine Arbeiter-Akademie statt, die verbunden war mit turnerischen und gesanglichen Darbietungen sowie mit Sprech-Bewegungschören. Diese Saalveranstaltung zeigte, daß der Arbeitersport in Kattowitz auf einer recht hohen Stufe steht. Für den Danziger Arbeitersportverband überbrachte der Vorsitzende Her-

mann Thomat die Grüße der hiesigen sozialistischen Kameraden.

Das Aufgebot der Gäste in Kattowitz war ganz erheblich. Es waren nicht nur Danziger Sportler anwesend, sondern auch eine Auswahlmannschaft aus Warschau und des führenden Vereins Ekra. Außerdem war eine Fußballmannschaft aus Deutschland nach Kattowitz gekommen. Diese Mannschaft setzte sich aus Spielern der polnischen Minderheit zusammen, die in Deutsch-Oberschlesien ihren Wohnsitz haben.

Die Leichtathletikkämpfe

waren eine leichte Beute der Danziger. Die Kattowitzer haben nicht allzu viel Starthmöglichkeit mit auswärtigen Mannschaften. Sie konnten daher nur im Hochsprung den ersten Platz belegen. Im übrigen gab es folgende Resultate:

100 Meter: Brauer-Danzig und Schlegel-Danzig, je 11.6 Sek., 2. Reik-Danzig 12.2 Sek. — 400 Meter: Reik-Danzig 57.2 Sek., 2. Groß-Kattowitz 57.8 Sek., 3. Eanrapt-Kattowitz 63 Sek. — 1500 Meter: Gauche-Danzig 4:34.0, 2. Karcert-Kattowitz 4:39.2, 3. Kaßnik-Gleichenwald-Oberschlesien) 5:01.2. — 3000 Meter: 1. Gauche-Danzig 9:56.0, 2. Kawacki-Kattowitz 10:06.0, 3. Fric-Kattowitz 10:32.8. — Hochsprung: 1. Bystato-Kattowitz 1.65 Meter, 2. Stein-Danzig 1.60 Meter, 3. Reik-Danzig 1.55 Meter. — Weitsprung: 1. Schlegel-Danzig 5.94 Meter, 2. Brauer-Danzig 5.66 Meter, 3. Reik-Danzig 5.56 Meter. — Kugelstoßen: 1. Brauer-Danzig 11.20 Meter, 2. Stein-Danzig 11.00 Meter, 3. Bystato-Kattowitz 10.33 Meter. — Diskuswerfen: 1. Stein-Danzig 31.35.5 Meter, 2. Brauer-Danzig 31.51 Meter, 3. Stachor-Kattowitz 27.78 Meter. — Die 4 mal 100-Meter-Staffette wurde von Danzig mit mehr als 50 Meter Vorsprung gewonnen und brachte dadurch nur die schlechte Zeit von 46.2.

Von den Frauen-Wettkämpfen, an denen Danzig nicht beteiligt gewesen ist, sind zu erwähnen ein Speerwurf von 8.45 Meter und zwei Diskuswürfe von 27.45 und 27.35 Meter.

Der Sonntag brachte ein

Handball-Turnier

In diesem Turnier spielte die Danziger Mannschaft zuerst gegen die ausgezeichnete Vertretung des oberschlesischen Grenzortes Gleichenwald. Die Danziger gewannen mit 8:3 (Halbzeit 2:2) Toren. Das zweite Spiel innerhalb dieses Turniers wurde von den Freien Turnern Kattowitz gewonnen, die Danzig 7:4 (3:2) schlugen.

Die Revanche gegen Freie Turner Kattowitz gelang am Montagnachmittag, wo in einem überaus spannenden Spiel Danzig den Verein Freie Turner Kattowitz mit 7:6 (4:2) Toren schlug.

Die Fußballspiele

hatten am Sonnabend die oberschlesische Auswahlmannschaft als Gegner. Es gelang ein einwandfreier Sieg. Das Schlußergebnis war 7:2, das Halbzeitergebnis 4:0. Der Fußballsport der Danziger fand viel Anklang.

Am Montag spielte dieselbe Danziger Mannschaft in Dombrowa und verlor gegen die fabelhafte Mannschaft des Ortes mit 7:1 (Halbzeit 5:1) Toren.

*

Zu erwähnen ist noch, daß die Warschauer Auswahlmannschaft gegen die oberschlesische Repräsentation am Sonnabend spielte und nur 2:0 gewann. Die Fußballmannschaft des Vereins Ekra spielte am Sonntag in Dabrowa und wurde von Dabrowa 7:0 geschlagen.

1. F. C. Nürnberg deutscher Fußballmeister

Fortuna Düsseldorf nach 119½ Minuten Spieldauer mit 2:1 Toren geschlagen

Die Deutsche Fußballmeisterschaft 1936 wurde am Sonntag, dem 21. Juni, entschieden. Im Poststadion zu Berlin schlug der 1. F. C. Nürnberg im Finale vor 50 000 Zuschauern Fortuna Düsseldorf mit 2:1 (1:1, 1:1) Treffern. Es war ein glücklicher Sieg, der erst in der 119. Minute (normale Spielzeitdauer 90 Minuten, mögliche Verlängerung zweimal 15 Minuten) durch eine Energieleistung des Nürnberger Rechtsaußen Gußner entschieden wurde. Dreißig Sekunden vor dem Abbruch — die Zuschauer stürmten bereits in dichten Scharen den Ausgängen zu — übernahm Gußner den Ball, umspielte drei Düsseldorfer und schoß in die linke Torecke.

Fortuna Düsseldorf hätte in diesem teilweise recht harten Treffen durch ihr zweckmäßigeres und entschlosseneres Stürmerspiel eigentlich den Sieg verdient.

Klawitter's Gaststätte
Hopfengasse 91, vis-a-vis der Kuhbrücke
Ab 1. Juli 1936 bin ich nur noch hier zu sprechen.
Felix Klawitter, Gastwirt

Gas-Sparkocher
Gas-Qualitäts-Kocher
DANZIGER ERZEUGNIS baut und liefert
DANZIGER MASCHINEN-WERKE
Schießstange 7, Tel. 26960
Lgf., Brunshöferweg 6, Tel. 43060

In Stadt und Land ist „Hahn-Seife" als gut und billig bekannt
Sämtliche Waschmittel sowie Bohnerwachs, Schuhputz, Abfall- und Toilettenseifen kaufen Sie am billigsten in der Seifenfabrikfabrik
Nur Adolf-Hitler-Str. 74a Telefon 51841
Filialen Danzig:
Häkergasse 63, Telefon 27227
Langebrücke 22

Schuhhaus „GEHGUT"
Inh. Georg Gutmann jetzt nur noch IV. Damm 8 Eingang Damm und Häkergasse

Achtung!
An jedermann
Anzüge, Mäntel
Hosen, Hüte, Oberhemden
nur aus dem Bekleidungshaus
„LONDON"
unter neuer Leitung!
2ten Damm 10, Ecke Breitgasse
Staunend billige Preise!

Schuhe für groß und klein kauft man gut und billig stets im
Schuhhaus Rewalda
ein. Breitgasse 103

GOLIATH-Sohlen
Seit 28 Jahren
als das allerbeste u. haltbarste Leder erprobt.
Lizenzrecht für den Freistaat Danzig.
Sämtliche Reparaturen, auch von anderen Ledersorten, bei billigster Preisberechnung.
Chemische Schuhfärberei
Schuhwaren und Schuhbedarfsartikel
Müllers Goliath-Sohlerei
Inhaber W. Muzyk, Schuhmachermeister
II. Damm 17, Telefon 22939

Spezialität: Gardinen, Oberhemden und Wäsche
Wasch- und Plättanstalt
Gardinenspannerei
Kraushaar
Breitgasse Nr. 62, am Kreuzer
Filialen: Vorstadt Nr. 12
Langenmarkt, Seitenstraße Nr. 3
Neuschottland, Olivaer Straße Nr. 31

Wenn Foto . . .
dann Schechtmann!
Große Gerbergasse 11/12 I · Tel. 24369

MÖBEL
Extra billig!
Schlafzimmer v. 450 G, Speisezimm. v. 420 G, Küchen kompl. 138 G, Polsterstühle von 10 G, Couch. 35 G, Chaisel. 32 G, Ankleideschr. v. 130 G, Ausziehtisch v. 45 G, Anrichten 75 G, Wertv. Nähmasch., versenkb., S. g. Standuhr, Rauchtt. u. v. and. billig. Sich. Kund. Zahl.-Erleicht.
Möbel-Handlg. Gr. Gerberg. 19, I

Klempnerarbeiten
Gas- u. Wasserleitungsanlagen, neu und Reparaturen billig. Kostenanschläge unverbindlich.
A. G. Plotki, Tischlergasse Nr. 19
Telephon 244 08

Drucksachen
ein- und mehrfarbig, moderne Ausführung, schnell und preiswert
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
A. Fooken, Am Speicherhaus Nr. 6

Neue Matjes-Heringe eingetroffen!
Der Matjesheil-Hering schmeckt am besten.
Erhältlich: Danzig, Heilschmiedegasse 25
Rittstadt, Sperlingsgasse 25
Neuschottland, Langfuhr 25
Langfuhr, Schlagbaumstraße 15

Holzhandlung
Siegbert Schlesinger
Herrengarten 9 Tel. 24661
empfiehlt
Baumaterialien
wie Zement, Pappe, Teer, Karbolineum usw. zu sehr billigen Preisen.
Lieferungen auch klein. Mengen frei Haus

Verkäufe
Herren- und Knaben-Anzüge gut erhalten, billig zu verkaufen. Damenfahrrad fa. 2 Tr., Eingang Passage bei Zahnärztin.
Chaiselongue 5 Meter lang, 1,50 breit, Roßhärmer Kamel, gegen Fahrrad zu tauschen gel. oder zu verkaufen. Angebote unter 2032 an die Expedition.
1000 Marie English neu, bill. zu verkauf. Goldberg, Großer Markt 14/16 2.
2 Bettstellen mit Auflieger für 5 G zu verk. J. Wsell, Stockturmbrücke 32.
Nähmaschinen Sticker! 2 Stücker, 1,83×1,18, mit Glas, billig zu verkaufen. Schmidt, Oberstraße 61, Eisher.

Jetzt Möbel zu Schleuderpreisen
Schlaf-
Speise-
Herrenzimmer
sowie jede Art Einzelmöbel verkauft
Peterszwyt, Breitg. 95

Achtung!
Für die sparsame Hausfrau!

Grüne Schulerseife	Pfd.	40 P
„ Bergers Schmierseife	Pfd.	50 P
Weiße Terpentinseife	Pfd.	45 P
Kernseife	Stück von	10 P an
Toilettenseifen	Stück von	8 P an
Soda	Pfd.	9 P
Scheuersand	Pfd.	8 P
Topfbohner	Stück	10 P

Sämtliche Parfümerie- und Toilettenartikel zu billigsten Preisen.
Seifenhaus G. Lehmann
Altstädtischer Graben Nr. 66a

Jetzt sind wir wieder da mit unseren billigen Damenhüten
Modernste Strohgeflechte verschiedene Formen u. Farben 3.90, 3.50, 2.95 2.25
Hutbazar zur Altstadt
Altstädtischer Graben 45

Grosse Auswahl: Herren-Hemden, Damen-Kleider, Röcke, Kinder-Kleider, Kinder-Bekleidung, konkurrenzlos billig
G. Dudek, Danzig
Löwenadelgasse 8 gegenüber der Markthalle, Port. 4

Empfehle
in großer Auswahl zu billigen Preisen:
Sommer-Stoffe, Bade-Artikel, Sportbeuden, Turnhosen und -Hemden in allen Farben.
Julius Goldstein
Gegr. 1905
Keine weitere Filiale; nur Junkergasse 2

Gut. Nähmaschine kompl. Größe, Vertiko, Kleiderschrank, Sofa mit Hocker, 2 elegante Sofakissen, Blumentisch, Spinnerbüste, 3 Spiegel, 1 runz. Uhr m. Glas, 2 gepolst. Bremsen-Sessel, Alt Danziger Stich-Garne, Blumen, 1 antike Bibline sehr bill. zu verkauf. Parkstraße Nr. 16, Seitenflügel.
Eleganter Sportwagen billig, Sigm. für 50 Gulden zu verkauf. Troeg 4c, 1 Tr. r.

Wohnlaube zu verkaufen. Kol. Erdenglück, Groß-Waldhorst, Wiesenstr. Nr. 15. Näh. Nr. 19.
1 Bücett, sehr gut erhalten, preisw. z. verkaufen. Zu erfrag. b. König, O.-Gelt-G. 97, 1 r.

Ankäufe
Gut. Anzüge und Damengarderobe zu günstig. Preisen zu kaufen gesucht. Angebote unter 2036 an die Expedition.
Gebr. Anzüge kauft Altst. Graben 85, ptr.
Näh maschine zu kaufen gesucht. Angebote unter 2035 an die Expedition.

Ein gut erhaltenes Schaukelpferd zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis u. 2030 an die Exp.

Verschiedenes
Achtung Hausfrauen! Maßarbeit u. Schuhreparatur, w. schnell, sauber u. billig ausgeführt.
Turschinski, Schuhmachermeister, Melzergasse 16.
Fast neue Koffergramola mit Platten gegen Herren-Fahrrad zu tauschen gesucht. Angebote unter 2029 an die Expedition.
Italienisch Unterricht gesucht. Angebote u. 2001 an die Exped.

Autos und Krafträder
Personen- und Lastwagen an Selbstfahrer wochenweise zu vermieten. Im Falle späteren Kaufes eines neuen oder gebrauchten Wagens wird die Miete nach Abzug der Spesen mit dem Kaufpreis verrechnet
Danziger Ständige Automobilmesse
Danzig, Brotbänkengasse 37,
Tel. 242 15 Tel. 242 38

Dr. pol.
eröffnet schnellfördernd. praktisch.
polnischen und französischen Zirkel
Erfolg garantiert
Teilnehmer melden sich unter Nr. 2026 in der Expedition d. Bl.

Wer fremde Sprachen beherrscht, kommt weiter vorwärts. Bei mir lernen Sie gründlich
Polnisch, Englisch, Französisch
in kürzester Zeit bei billigen Preisen. Ang. unter 2025 an die Geschäftsstelle.

Originalmethode Toussaint-Langenscheidt
(evtl. kleiner T.-L.)
Englisch
neuere Ausgabe, sofort zu kaufen gesucht. Angeb. u. 2034 an d. Exped.

Wir bieten an:
Ford Standard Junior 4/21 PS
4sitz. Limousine, 45 000 km gelaufen, in bestem Zustand
Opel 4/20 PS
Kabriolett, 2-Sitzer, in gutem Zustand
Opel, 4/16 PS
offen, 4-Sitzer, in gutem Zustand
Fiat, offen
4/20 PS, Modell 509, sehr gut erhalten
Essex
Roadster, 2-Sitzer mit 2 Notsitzen, 6fach bereift, in prima Zustand
Essex-Limousine
4-Sitzer, gut erhalten
DKW. Motorrad,
500 ccm, mit Beiwagen
DKW. Motorrad, 300 ccm,
beide Räder in bestem Zustand
Tempo-Dreirad
in gutem Zustand, sehr preiswert
Wir verkaufen wie bisher neue und gebrauchte Wagen gegen Gulden, Zloty oder Zloty-Guthaben in Danzig und Polen
Vorführung und Näheres durch
Danziger Ständige Automobilmesse,
Danzig, Brotbänkengasse 37,
Tel. 242 15 Tel. 242 38

Wie kleide ich mich während meiner Ferien?
Sportliche und praktische Kleidung erhöht die Ferienfreude

Zum Kombinieren!
Sport-Sakkos
einzeln, aus modernen Cheviotstoffen
29.50 39.— 48.—
Strand-Hosen
dazu passend, Rundbundform
8.75 13.50 19.50

Sport-Anzüge
4teilig mit Knickerbocker u. langer Hose
39.— 48.— 58.—
Sakko-Anzüge
Kammgarn- und Fresco-Stoffe, streng moderne Dessins
48.— 54.— 78.—

Hochsommer-Kleidung
Lüster-Sakkos
in schwarz, blau und grau, gute Verarbeitung
12.75 15.90 19.50
Für die unvermeidlichen Regentage!
Herren-Mäntel Sliponform, extra leicht
19.50 22.50 29.50
Knickerbocker
aus flottgemusterten Sportstoffen in Riesenauswahl vorhanden
5.25 6.75 9.75
Damen-Mäntel
Sportliche Formen, für Reise und Straße
29.50 39.— 58.— 69.—

Israelski
BREITGASSE 123/24 · FRAUENGASSE 7
Die altbewährte Einkaufsquelle Gegr. 1901

Aus dem Volkstag

Anträge, Große und Kleine Anfragen — Statt Beantwortung: Ferien

Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat in Gemeinschaft mit der Zentrumsfraktion und den deutschnationalen Abgeordneten folgende Große Anfragen eingereicht:

„Durch Verordnung sind die im April 1933 fälligen Vertrauensratswahlen bis auf weiteres hinausgeschoben. Nach dem Gesetz hätten im April 1936 wiederum

Wahlen der Betriebsvertretungen

vorgenommen werden müssen. Diese Wahlen sind jedoch ebenfalls unterblieben. Da eine zweimalige Unterlassung der Vornahme der durch Gesetz vorgeschriebenen Wahlen zu den Betriebsvertretungen eine Beeinträchtigung der in Artikel 115 Absatz 1 der Verfassung festgelegten Rechte der Arbeiterschaft darstellt, fragen wir den Senat:

Ist der Senat bereit, einen Termin zur Abhaltung von Betriebsvertretungen sowohl in den privaten als auch öffentlichen Betrieben unverzüglich anzuberaumen?“

Eine andere gemeinsame Anfrage betrifft die Erziehungsmethoden in den

Danziger Landjahrheimen.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ brachten hierüber eine Schilderung nebst einem Bild, das Lager Scharshütte darstellend. Nach diesem Bericht steht neben dem Gebäude ein Fahnenmast mit einer Hakenkreuzfahne. Durch den Satz des Berichtes „Die HJ.-Uniform macht soldatische Zucht und soldatische Form für das Landjahr zur Selbstverständlichkeit“ wird der Eindruck erweckt, als seien die Insassen zur Mitgliedschaft bei der Hitler-Jugend verpflichtet. Ueberdies heißt es in dem Artikel: „Die Landjahr-Erziehung soll in erster Linie diejenigen festigen und zu bewußten Kämpfern der nationalsozialistischen Weltanschauung machen, die an Stellen aufwachsen und leben, wo sie in Gefahr sind, schädigenden Einflüssen zu unterliegen.“ Der Bericht erweckt damit den Eindruck, daß die gegenüber den Landjahrpflichtigen angewandten Erziehungsmethoden nationalsozialistischer Beeinflussung dienen. Da die ursprüngliche Verordnung über die Zweckbestimmung des Landjahres als „eine Erziehung nach den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates“ wegen der erhobenen verfassungsrechtlichen Bedenken durch eine andere, zulässige Zweckbestimmung ersetzt worden ist, wird der Senat gefragt:

„1. Entspricht die Darstellung der „Danziger Neuesten Nachrichten“ über das Lager Scharshütte den Tatsachen? Sind die Verhältnisse in anderen Lagern ähnlich geartet?

2. Falls die Darstellung nicht zutrifft: In welcher Weise beabsichtigt der Senat die Eltern der Landjahrpflichtigen darüber aufzuklären, daß sie eine parteipolitische und den Grundsatz des Artikels 107 der Verfassung verletzende Beeinflussung ihrer Kinder nicht zu befürchten haben? Ist der Senat bereit, den Abgeordneten des Volkstages Gelegenheit zur Besichtigung dieser Lager zu geben?

3. Für den Fall, daß die Darstellung der „Danziger Neuesten Nachrichten“ zutreffen sollte: Welche Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um einen Zwang zum Beitritt in die Hitler-Jugend und eine parteipolitische Ausgestaltung der Erziehung während des Landjahres zu verhindern? Wie gedenkt der Senat insbesondere die Achtung vor den Empfindungen von Kindern, die ihrer Herkunft nach dem Nationalsozialismus fremd gegenüberstehen, in diesen Empfindungen zu schützen, die, wenn der Bericht richtig ist, seit langem von einseitig nationalsozialistischen Vorstellungen beherrscht waren?“

Unterm 11. Juni wurde folgende Anfrage eingebracht: „Das Kommando der Schutzpolizei hat Anfang Juni 1936 in einem

Tagesbefehl an die Schutzpolizeibeamten

bekanntgegeben, daß sich jeder Schutzpolizeibamte um das SA.-Sportabzeichen zu bemühen habe. Ferner ist bei der Schutzpolizei die Anordnung ergangen, daß die Schutzpolizeibeamten im Dienst auch dem Publikum gegenüber beim Gruß die Worte „Heil Hitler“ zu gebrauchen haben. Der Senat wird gefragt:

1. Ist der Senat bereit, diese Anordnungen aufzuheben?

2. Ist der Senat in der Lage, die Erklärung abzugeben, daß von den Schutzpolizeibeamten eine Mitgliedschaft bei der SA. oder eine Betätigung in ihr weder verlangt noch erwartet wird?

3. Ist der Senat, da auch schon früher das Verhalten von leitenden Beamten der Schutzpolizei unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten zu Bedenken Anlaß gegeben hat, wie insbesondere im Falle Stach, bereit, das Kommando der Schutzpolizei darauf hinzuweisen, daß es sich jeden Versuchs parteipolitischer Beeinflussung der Schutzpolizeibeamten zu enthalten hat, daß es vielmehr die Pflicht der Leitung dieser Behörde ist, die durch Artikel 98 Satz 1 der Verfassung erforderliche Unparteilichkeit der Beamten gegen jeden Versuch unzulässiger Beeinflussung zu sichern?

4. Ist der Senat bereit, die Erklärung abzugeben, nicht nur, daß von keinem Beamten die Anwendung der Worte „Heil Hitler“ beim Gruß verlangt werden darf, sondern daß die Anwendung dieser Worte gegenüber Personen, die nicht Nationalsozialisten sind, oder die ihrerseits den nationalsozialistischen Parteigruß nicht anwenden, nicht für zulässig angesehen wird?“

Gemeinsam ist dann noch folgende Anfrage eingebracht worden: „Nach Pressemeldungen hat der Schnellrichter am 17. Juni zwei Personen, nämlich Josef Schulz und August Tessmer, aus § 4 der Verordnung zum Schutz der nationalen Symbole deshalb verurteilt, weil sie ihr Mißfallen über die an Privatwohnungen erfolgte

Hissung von Hakenkreuzfahnen

anläßlich der Beerdigung des bei dem Ueberfall auf das Josefshaus ums Leben gekommenen SA.-Mannes Deskowski zum Ausdruck gebracht haben.

Der Rat des Völkerbundes hat in seiner Entscheidung vom 24. Januar die Verordnung über den Ehrenschutz der nationalen Verbände, als mit dem Grundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz unverträglich, für verfassungswidrig erklärt. Der Senat wird daher gefragt und um Auskunft ersucht:

1. Ist der Senat bereit, die Erklärung abzugeben, daß er die Grundsätze dieser Ratsentscheidung auch außerhalb des unmittelbaren Geltungsbereiches der Verordnung über den Ehrenschutz für verbindlich hält, und daß die Gültigkeit von Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen davon abhängt, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar zu einer Bevorzugung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei in Verwaltung und Rechtspflege führen?

2. Ist der Senat, mit Rücksicht auf die Tatsache, daß ein besonderer Ehrenschutz für die nationalsozialistischen Verbände unzulässig ist, und daß die Gleichheit der Erscheinungsform der Hoheitszeichen und Nationalflagge des Deutschen Reiches mit den Symbolen der NSDAP. in Danzig diesen Symbolen bei der einleitend geschilderten Rechtsprechung einen Schutz verleiht, der den Symbolen der übrigen Parteien nicht zukommt, bereit, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, wegen eines Verstoßes gegen die Verordnung über den Schutz nationaler Symbole oder andere der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten dienende Vorschriften dann nicht zur Anklage zu erheben, wenn diese Symbole, Flaggen und Bilder nicht als Zeichen des Deutschen Reiches gezeigt oder die in § 1 Absatz 2 der erwähnten Verordnung genannten Lieder und Melodien nicht als Hymnen des Deutschen Reiches gesungen, sondern in der Absicht gezeigt bzw. gesungen werden, für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei als eine von mehreren im Gebiete der Freien Stadt Danzig bestehenden politischen Parteien Propaganda zu betreiben?“

Wir möchten bei dieser Gelegenheit einschalten, daß selbst in nationalsozialistischen Parteikreisen nicht immer unbedingter Wert auf die Identifizierung der Partei- mit der Reichsfahne gelegt wird. Der „Vorposten“ hat mehrfach bei der partei-„amtlichen“ Anordnung, die Häuser zu flaggen, aufgefordert, „die Fahne der Bewegung“ oder „die Fahne der deutschen Revolution“ zu zeigen. Damit stimmt überein, daß in einem Strafurteil vom 29. April 36 von den bei den Schulwanderungen mitgeführten „nationalsozialistischen Wanderfahnen“ gesprochen wird. Im Gegensatz hierzu steht die Auffassung des Senatspräsidenten Greiser, der in seiner Regierungserklärung anläßlich der Sonnenwendfeier der Hitler-Jugend sagte: „Man hetzt weiter gegen die Hakenkreuzfahne, von der man behauptet, sie sei eine Parteifahne, und ist wütend darüber, in der Danziger Verfassung keine Möglichkeit zu finden, diese verhaßte Hakenkreuzfahne als Parteifahne kennzeichnen zu lassen. Man vergißt dabei, daß diese Flagge heute die offizielle Fahne des gesamten Deutschen Reiches ist usw.“ Es erschien also angesichts der gegensätzlichen Auffassungen dringend notwendig, eine Klärung dieser Frage herbeizuführen.

Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat aus Anlaß des

Verbotes der „Volksstimme“

wegen ihres Berichtes über die vom Senatspräsidenten in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gauleiter gehaltene öffentliche Rede in Schidlitz folgende Anfrage eingebracht:

„Der Präsident des Senats hat in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gauleiter der NSDAP. nach dem Beschluß des Pressegerichtes über die Beschwerde gegen das Verbot der „Volksstimme“ in seiner Rede am 26. Mai im Café Derra den Zehnjahrespakt mit Polen in keiner Weise in seinem Werte herabgesetzt, sondern im Gegenteil ihn gegen die Angriffe der Danziger Oppositionsparteien verteidigt. Weder in der Verbotsverfügung noch in dem Beschluß des Pressegerichtes ist der wirkliche Wortlaut der Ausführungen des Herrn Greiser angegeben.

Nach polnischen Zeitungsmeldungen ist der Generalkommissar der Republik Polen in Danzig wegen der von der „Danziger Volksstimme“ behaupteten Ausführungen des stellvertretenden Gauleiters vorstellig geworden und hat auch nach dem als Dementi aufzufassenden Verbot der „Volksstimme“ eine ausdrückliche Berichtigung des wiedergegebenen Textes der Rede verlangt. Da eine Berichtigung bisher nicht bekannt geworden ist, herrscht in der Oeffentlichkeit immer noch Unklarheit darüber, welchen Inhalt die Rede des Senatspräsidenten in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gauleiter der NSDAP. hatte und welche Stellung der Senat zu dem Zehnjahresvertrag zwischen Deutschland und Polen einnimmt. Wir fragen den Senat und ersuchen um Auskunft:

1. Sind dem Senat Angriffe der Oppositionsparteien über den Zehnjahrespakt bekannt? Ist er unterrichtet, gegen welche Angriffe der stellvertretende Gauleiter der NSDAP. geglaubt hat, den Zehnjahrespakt verteidigen zu müssen?

2. Ist dem Senat bekannt, daß in der Agitation der NSDAP. nach wie vor die Vorstellung in der Bevölkerung genährt wird, daß trotz des Zehnjahrespaktes zwischen Deutschland und Polen eine Rückgliederung Danzigs in das Reich in kürzester Frist möglich sei? Ist der Senat sich darüber klar, daß Aeußerungen, wie die des Gauleiters Forster in seiner Rede vom 13. März 1936, „das Rheinland habe 15 Jahre lang auf den Tag warten müssen, der ihm Befreiung brachte, aber auch wir würden unsere Befreiungsstunde erleben“, von der Bevölkerung als Ankündigung der „Rückkehr zum Reich“ verstanden werden müssen und geeignet sind, die Befriedung zu beeinträchtigen, die der Zehnjahrespakt zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Polen hat herbeiführen wollen?

3. Aus welchem Grunde hat der Senat es unterlassen, der „Danziger Volksstimme“ eine Berichtigung zu übermitteln, statt sie zu verbieten?

4. Welcher Art waren die Vorstellungen des Generalkommissars der Republik Polen, die dem Verbot der „Danziger Volksstimme“ vorausgingen? Handelt es sich um eine Intervention oder um eine bloße Rückfrage? Treffen die erwähnten polnischen Pressenachrichten zu, nach welchen der Generalkommissar der Republik Polen in Danzig nach dem Verbot der „Volksstimme“, d. h. nachdem ihr die Möglichkeit genommen war, eine etwa erforderliche Berichtigung zu bringen, eine ausdrückliche Berichtigung der Rede des stellvertretenden Gauleiters verlangt habe?

5. Ist der Senat in Anbetracht der Feststellungen des Pressegerichtes, „Die Freie Stadt Danzig ist auf Grund ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage darauf angewiesen, gute Beziehungen zu dem Völkerbund und der Nachbarrepublik Polen zu unterhalten und wünscht dies auch“, nunmehr bereit, die Veröffentlichung des Wortlautes des außenpolitischen Teiles der von der „Volksstimme“ wiedergegebenen Rede des stellvertretenden Gauleiters zu veranlassen?“

Die sozialdemokratische Volkstagsfraktion hat dann noch einen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung betreffend die Feststellung des

Haushaltsplanes für 1936

eingebracht, da nach Meinung der Fraktion die Haushaltspläne nicht durch eine Verordnung, sondern nur durch ein vom Volkstag zu beschließendes Gesetz festgestellt werden können.

Von der Zentrumsfraktion ist wegen des Auftretens des Gauleiters der NSDAP. Forster bei der Eröffnung der Danzig-Ausstellung in München, worüber wir seinerzeit berichtet haben, eine Kleine Anfrage eingebracht, in welcher es u. a. heißt:

„Aus den Zeitungsberichten geht nicht klar hervor, ob es sich um eine Ausstellung der Danziger Regierung handelt oder um eine Ausstellung, veranstaltet von der NSDAP. Im ersteren Falle wäre der Parteiführer Forster nicht berechtigt, im Namen der Danziger Bevölkerung zu sprechen, da die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübersteht. Im Falle der Veranstaltung durch die NSDAP. wäre die Teilnahme von zwei Senatsvertretern unmöglich, da Partei und Staat in Danzig nicht identisch sind. Wir fragen daher den Senat: 1. Ist die Danziger Ausstellung aus öffentlichen Mitteln finanziert? 2. Bejahendenfalls, wie rechtfertigt der Senat das Auftreten eines Parteivertreters bei einer Veranstaltung der Danziger Regierung?“

Zu der Frage:

Woran ist Deskowski gestorben?

haben die deutschnationalen Abgeordneten eine Kleine Anfrage eingebracht. Ueber den Tod des 22jährigen SA.-Mannes Deskowski behaupten die Nationalsozialisten, er sei an den Folgen der bei dem Tumult im St. Josefshaus von Gegnern erhaltenen Verletzungen verstorben. So heißt es in der Todesanzeige der NSDAP., er sei „von politischen Gegnern so schwer verletzt worden, daß er bald darauf starb“, und der „Vorposten“ hat sich ja in seiner bekannten Art in überaus drastischer Form über die Ursachen dieses Todes und die politischen Gegner, die angeblich den Tod verursacht haben, ausgesprochen. Nicht anders hat es der Gauleiter Forster getan, und Deskowski wurde gefeiert als im politischen Kampf gefallener Held. Andererseits geht das Gerücht, Deskowski sei an Herzschlag gestorben, ja die deutschnationale (beschlagnahmte) Zeitung vom 16. Juni behauptete, aus medizinischen Kreisen dahin informiert worden zu sein, daß die Todesursache noch anderer Art sei. Um nun diesem Wirrwarr der Meinungen entgegenzutreten und auch um der Ausbeutung dieses traurigen Falles zur Hetze gegen die verfassungstreuen Oppositionsparteien einen Riegel vorzuschieben, fragen die deutschnationalen Abgeordneten nach kurzer Schilderung der Sachlage: „Ist der Senat bereit, den amtlichen Befund über die Leichenöffnung des verstorbenen Deskowski unverzüglich der Oeffentlichkeit bekanntzugeben? Ist der Senat bereit, von sich aus den Lügen und Verhetzungen aus Anlaß dieses an sich bedauerlichen Todesfalles durch Aufklärung auf das schärfste entgegenzutreten?“

Eine weitere „Große Anfrage“ der Sozialdemokratischen Fraktion betrifft die

Inschutzhaftnahme von 18 Landarbeitern

aus sechs Orten des Großen Werder. Der Landrat Andres hat diese Arbeiter in Schutzhaft genommen, weil sie ein Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei, das am 29. Mai 1936 in der Stadt Danzig verteilt worden ist, im Verlauf der nächsten 14 Tage auf dem Lande verteilt haben und „hierdurch eine so große Erregung in der Bevölkerung entstanden sei, daß Schutzhaft zum eigenen Schutz der Betroffenen erforderlich sei. In der „Großen Anfrage“ wird weiter darauf hingewiesen, daß die Unterbringung der Inhaftierten äußerst mangelhaft sei. Das gelte insbesondere von den in den Ortsgefängnissen in Schöneberg und Tiegenhof befindlichen zehn Personen. Die Zellen des Ortsgefängnisses in Schöneberg haben keine direkte Beleuchtung, da die Fenster nach dem Spritzenhaus gehen; selbst bei geöffneten Türen herrscht Dämmerung. Die Zellen des Ortsgefängnisses in Tiegenhof sind so eng, daß ein Aufenthalt für längere Zeit als 24 Stunden unerträglich sei.

Unter Hinweis darauf, daß in diesem Stadium des Verfahrens in der „Großen Anfrage“ auf die Zulässigkeit der Schutzhaft in diesen 18 Fällen nicht eingegangen werden könne, wird der Senat gefragt:

1. „Ist sich der Senat bewußt, daß die Verhaftung von 18 ländlichen Funktionären einer politischen Partei aus Orten eines einzigen Kreises geeignet ist, die Tätigkeit dieser Partei zu beeinträchtigen und daher eine Verletzung der in Artikel 84 und 85 der Danziger Verfassung gewährleisteten Vereinigungsfreiheit bedeutet?

2. Ist der Senat bereit, polizeiliche Maßnahmen anzuordnen, die es ausschließen, daß gleichzeitig in den verschiedensten Orten des Landgebiets durch politische Unruhestifter künstlich Situationen geschaffen werden, wegen derer die Polizeibehörden keinen anderen Ausweg sehen, als Staatsbürger wegen einer zulässigen politischen Betätigung die Freiheit zu entziehen?

3. Ist der Senat bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Gründe für die Schutzhaftverfügung der Landräte und des Polizeipräsidenten so ausführlich wiedergegeben werden, daß eine Nachprüfung durch den Senat — sofern nicht Streit zwischen den Polizeibehörden und den Inhaftierten hinsichtlich des Tatbestandes besteht — ohne Anstellung weiterer Ermittlungen möglich ist?

4. Ist der Senat bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Schutzhaft sofort aufgehoben wird, wenn die Voraussetzungen für ihre Anordnungen weggefallen sind, und den Vollzug der Schutzhaft so zu gestalten, daß den Inhaftierten keine Beschränkungen auferlegt werden, die nicht zu ihrem eigenen Schutze erforderlich sind?“

*

Der Volkstagspräsident Beyl hat bisher noch keine dieser Anfragen und Anträge weitergeleitet oder ihre Weiterleitung veranlaßt, sondern hat dieser Tage den Fraktionen mitgeteilt, daß der Volkstag vom 27. Juni bis 15. August Ferien habe und auch sein Büro schließe.

Eine Ausnahmebehandlung hat lediglich die deutschnationale Anfrage erfahren. Der Volkstagspräsident Beyl hat bezüglich der Anfrage Deskowski den Deutschnationalen geantwortet: „Die mir mit Datum vom 16. Juni 1936 überreichte Anfrage weise ich mit Bezugnahme auf § 85 der Geschäftsordnung für den Volkstag zurück, da dieselbe gegen die parlamentarische Ordnung verstößt. gez. Beyl.“ Zu wiesen nun diese Anfrage gegen die parlamentarische Ordnung verstoßen sollte, hat der Herr Präsident Beyl anzugeben unterlassen und damit das Geheimnis um den Tod Deskowskis noch geheimnisvoller gemacht. Aus der Sonderbehandlung und der Vorweg-Ablehnung dieser Kleinen Anfrage kann man nur den Schluß ziehen, daß die Nationalsozialisten kein Interesse an der öffentlichen Klärung der Todesursache Deskowskis haben.

„Die Versammlung auf dem Dachboden"

10 Sozialdemokraten in Schutzhaft genommen — Die Vorgänge in Praust

Am Montag, dem 15. Juni, berichtete der „Vorposten" unter der Ueberschrift: „Praust Oppositionsversammlung auf dem Dachboden", daß 10 Personen in Schutzhaft genommen wurden, darunter der frühere sozialdemokratische Volkstagspräsident Spill. Der „Vorposten" behauptete, daß in dem Hause Strödingstraße 41, bei dem Eigentümer Karl Schmidt, eine Oppositionsversammlung stattgefunden habe, bei der verbotene Flugblätter verteilt werden sollten. Der Gemeindevorsteher Milz habe mit zwei Polizeibeamten das Haus aufgesucht und dort hinter einem Bretterverschlag auf dem Dachboden eine Versammlung angetroffen. Friedrich Spill habe auf Befragen erklärt, daß es sich um eine politische Besprechung handele. Bei der Durchsuchung des Bodenraums hätten die Polizeibeamten mehrere „verbotene" SPD.-Flugblätter beschlagnahmt. Auch die „berüchtigte" verbotene „Basler Arbeiterzeitung" sei gefunden und beschlagnahmt worden. Die Versammlungsteilnehmer, 10 Personen, seien zum Gemeindeamt gebracht worden, da der Sachverhalt nicht genügend geklärt worden sei. Dann schreibt der „Vorposten" wörtlich:

„Heute (gemeint ist Sonntag) vormittag sollten die Festgenommenen auf dem Gemeindeamt vernommen werden. Inzwischen hatten sich vor dem Gemeindeamt mehrere Hundert Menschen aus Praust angesammelt, die durch die letzten Vorfälle und Ereignisse in Danzig sehr erregt waren. Die Erregung steigerte sich derartig, daß man die Festgenommenen aus dem Gemeindeamt herausholen wollte. Laute Rufe ertönten, die sich gegen die Festgenommenen richteten, und da die Menschenmenge eine immer drohender werdende Haltung einnahm, benachrichtigte der Gemeindevorsteher schließlich das Ueberfallkommando in Danzig. Da zu befürchten war, daß die erregte Menge sich an den Festgenommenen vergreifen würde, wenn sie erst wieder auf freien Fuß gelassen werden, wurden die zehn Festgenommenen in Schutzhaft genommen. Alle zehn Personen wurden mit dem Ueberfallkommando nach dem Polizeigefängnis in Danzig gebracht."

Soweit der „Vorposten". Was sich in Praust in Wirklichkeit in diesen Tagen abgespielt hat, sei in kurzen Worten wie folgt geschildert, wobei wir uns die größte Zurückhaltung auferlegen, da die kommenden Prozesse eine gerichtliche Klärung der Vorgänge bringen dürften. Zunächst sei einmal festgestellt, daß es sich um

eine legale Besprechung sozialdemokratischer Funktionäre von Praust

handelte. Es ist Schwindel, wenn behauptet wird, daß diese Besprechung hinter einem Bretterverschlag auf dem Dachboden stattgefunden habe. Dazu lag gar keine Veranlassung vor. Die Besprechung hat in der Wohnung des Eigentümers Karl Schmidt stattgefunden. Richtig ist, daß Flugblätter beschlagnahmt worden sind, doch waren das nicht verbotene Flugblätter. Beschlagnahmt wurde der Restbestand des sozialdemokratischen Flugblattes, das am 29. Mai in Danzig unbeanstandet verbreitet worden ist. Was die berüchtigte „Basler Arbeiterzeitung" anlangt, so ist dem „Vorposten", der ja in dem deutschen Schrifttum nicht sehr bewandert ist, eine Verwechselung unterlaufen. Verboten ist die „Basler Rundschau", nicht aber die „Basler Arbeiterzeitung", das sozialdemokratische Organ in Basel.

Bei der Verhaftung der 10 Sozialdemokraten hat der Amts- und Gemeindevorsteher Milz die Hauptrolle gespielt. Die Verhaftung geschah abends gegen 9½ Uhr. Die Verhafteten wurden, obwohl der Polizeibeamte Poll erklärte: „Ich kenne Sie alle, wie Sie da sitzen!", nach dem Gemeindeamt in Praust gebracht. Die 10 Verhafteten wurden in den Vorraum zu dem Zimmer des Amtsvorstehers untergebracht. Amtsvorsteher Milz begann dann mit den Vernehmungen. Sie dauerten auch während der Nacht fort. Um 2½ Uhr morgens hatte Milz erst fünf der Verhafteten vernommen. Dann brach er die Vernehmungen ab und gab dem Polizeibeamten Poll den Auftrag, sämtliche Festgenommenen in die Gemeinde-Arrestzelle zu bringen. Die noch nicht vernommenen Sozialdemokraten sollten am Sonntagmorgen wieder nach dem Gemeindeamt gebracht werden, um die Vernehmungen zu Ende zu bringen.

Sonntag, morgens gegen 9½ Uhr, wurden aber nicht nur die fünf noch nicht vernommenen Sozialdemokraten, sondern sämtliche 10 Verhafteten nach dem Gemeindeamt gebracht. Die Sozialdemokraten wurden zunächst in ein Gebäude geführt, in dem sich das Sitzungszimmer des Amtsvorstehers befindet. Nach zehn Minuten wurden sie von dem Polizeibeamten Poll aufgefordert, diesen Raum zu verlassen und sich in das anliegende Gebäude zu begeben, wo sich das Standesamt befindet. Herr Poll meinte zu den verhafteten Sozialdemokraten: „Sie sollen dort „getraut" werden!" Bei dem Wege von einem Haus ins andere wurden Rufe laut: „Wo sind die roten Hunde?" Nachdem die Verhafteten sich etwa 10 Minuten in dem neu angewiesenen Raum aufgehalten hatten — es handelte sich um das Wartezimmer zum Standesamt und zur Gemeindekasse

drangen mehrere Leute durch das von ihnen geöffnete Fenster in den Raum ein und beschimpften die verhafteten Sozialdemokraten.

Der Anführer der Kolonne, die durch das Fenster eindrang, war der frühere kommunistische Volkstagsabgeordnete und jetzige SA.-Oberscharführer Schulze. Durch die Tür versuchten zu gleicher Zeit etwa 10 Personen in den Raum einzudringen, wurden aber von dem Polizeibeamten Poll, der sich bei den Festlingen befand, gütlich hinausgeschoben. Die andere Gruppe verließ den Raum wieder durchs Fenster. Die Gruppe, die durch die Tür den Raum verließ, brachte es fertig, einen der Verhafteten, den Arbeiter Gustav Krüger, mit auf die Straße zu schleppen und ihn dort blutig zu schlagen. Blutüberströmt und mit zerrissenem Anzug flüchtete Krüger in das Amtsgebäude zurück und gesellte sich wieder zu den übrigen Verhafteten.

Etwa fünf Minuten herrschte wieder Ruhe. Dann erschien der Amtsvorsteher Milz bei den Festgenommenen. Es war etwa 10 Uhr vormittags geworden. Milz hielt an die Verhafteten eine Ansprache und versprach, die Verhafteten gegen die vor dem Amtsgebäude befindliche Volksmenge zu schützen. Dann verließ er den Raum. Vor dem Amtsgebäude hatten sich inzwischen

etwa 70—80 Personen, darunter Frauen und Kinder, eingefunden.

Praust zählt etwa 3000 Einwohner, so daß sich ein verschwindend geringer Teil der Prauster Bevölkerung vor dem Amtsgebäude versammelt hatte. In den Versammelten hielt Amtsvorsteher Milz eine kurze Ansprache, wobei er erklärte, daß er die verhafteten Sozialdemokraten in Schutzhaft nehmen werde. Während der Rede des Amtsvorstehers Milz vor dem Amtsgebäude rief der SA.-Oberscharführer Schulze, der unter einem Spitznamen nicht nur in Praust bekannt ist: „Wir wollen Selbstjustiz üben." Auch der Ruf „Lynchen!" wurde laut.

Wenige Augenblicke später stürmten zirka 20—25 Personen durch Fenster und Tür in den Raum, wo die verhafteten Sozialdemokraten sich befanden. Die Angreifer, die sich in großer Uebermacht befanden, schlugen die verhafteten Sozialdemokraten nieder. Ein Teil der Verhafteten wurde bewußtlos geschlagen.

Sämtliche Verhafteten bluteten, ihre Kleider waren zum Teil zerrissen.

Dem am Boden liegenden früheren Volkstagspräsidenten Fritz Spill, einem Mann von 64 Jahren, wurden durch einen Fußtritt, den ihm der SA.-Oberscharführer Schulze versetzt hat, zwei Rippen eingeknickt. Nachdem alle Verhafteten niedergeschlagen waren, kommandierte Schulze seinen Komplizen: „Jetzt ist genug! Raus mit euch!" worauf die Eindringlinge sofort Schluß machten und das Amtsgebäude verließen. Beim Verlassen des Gemeindeamtes rief Otto Schulze den mißhandelten sozialdemokratischen Funktionären noch zu: „Jetzt könnt ihr zum Völkerbundskommissar gehen und euch photographieren lassen." Eine halbe Stunde später erschien das Ueberfallkommando und brachte die Mißhandelten in drei Gruppen nach Danzig. Sie wurden in dem Polizeigefängnis untergebracht.

Montag abend wurde den Verhafteten mündlich mitgeteilt, daß sie auf Veranlassung des Landrats Busch in Schutzhaft genommen worden seien. Der schriftliche Bescheid kam Dienstagmittag.

Die fünf Verhafteten, die noch nicht vernommen worden waren, sind auch in Danzig nicht vernommen worden. Es wurden lediglich ihre Personalien festgestellt. Dem durch den Fußtritt erheblich verletzten früheren Volkstagspräsidenten Fritz Spill wurde im Polizeigefängnis durch den Polizeiarzt Karehnke ärztliche Hilfe zuteil.

In Verfolg eines Gerichtsbeschlusses im Beweissicherungsverfahren besuchte ein Privatarzt die Verhafteten und stellte über den Befund eines jeden ein ärztliches Protokoll aus.

Dabei war auch der Polizeiarzt Dr. Karehnke zugegen. Am Montag, dem 22. Juni, wurden die Verhafteten aus der Schutzhaft entlassen.

Von den Tätern sind bisher zirka 20 Personen erkannt worden. Diese Prauster Vorfälle werden mehrere gerichtliche Nachspiele haben. Gegen den Amtsvorsteher Milz ist eine Anzeige ergangen, in der ihm verschiedene Vergehen gegen das Strafgesetzbuch vorgeworfen werden. Weiter ist gegen den Rädelsführer, SA.-Oberscharführer Schulze, und gegen sämtliche bisher erkannten Täter Strafantrag wegen schweren Landfriedensbruchs gestellt worden. Außerdem werden die mißhandelten Sozialdemokraten in einem Tumultschadensprozeß Ersatz des angerichteten Schadens geltend machen. Die Prauster Affäre dürfte also den Gerichten viel Arbeit bringen und der Gemeinde Praust eine Menge Geld kosten.

Die Freiheit der Gewerkschaften

Beweisbeschluß im Arbeiterverbands-Prozeß

In Sachen des Allgemeinen Arbeiterverbandes ist vor dem Obergericht am 10. Juni verhandelt worden. Zu der angesetzten Urteilsverkündung am Mittwoch, dem 24. Juni, hatte sich eine große Anzahl von interessierten Mitgliedern des Allgemeinen Arbeiterverbandes eingefunden.

Der Allgemeine Arbeiterverband war durch den amtlich gestellten Vertreter des Rechtsanwalts Dr. Kamnitzer, Assessor Friedländer, und durch seinen Vorsitzenden, Karl Töpfer, vertreten. Für den Polizeipräsidenten war Kriminalrat Grötzner anwesend. Senatspräsident Bürgerle gab bekannt, daß es notwendig sei, beiden Parteien eine Auflage zu machen, um zu prüfen, ob der klagende Verband eine Gewerkschaft im Sinne der beruflichen Vertretungen, die einen besonderen Schutz in dem Artikel 113 der Danziger Verfassung haben, oder ob der Allgemeine Arbeiterverband — wie der Polizeipräsident und der Vorderrichter behaupten — eine getarnte Gewerkschaft sei, die sich unter dem Vorwand sozialpolitischer Bestrebungen als eine Kampforganisation der Sozialdemokratischen Partei darstelle. Es müsse eine Aufklärung von beiden Parteien verlangt werden. Wenn der Allgemeine Arbeiterverband eine Gewerkschaft sei, dann könne er nicht wie jeder andere Verein so ohne weiteres nur wegen einiger Zeitungsartikel aufgelöst werden. Ferner sei zu prüfen, ob nicht ein Uebermaß in der Handlungsweise des Polizeipräsidenten vorliege. Der Polizeipräsident beanstande nur gewisse Artikel, die in der „Arbeit" erschienen sind. Er beanstande nicht alle Artikel. Außerdem sei die Herausgabe der Zeitung nicht der einzige Zweck dieses Verbandes, sondern der Allgemeine Arbeiterverband habe, wie sein Vertreter am 10. Mai vor dem Obergericht darlegte, auch noch andere Aufgaben, wie die Rechtsauskunftsstelle und den Rechtsschutz, den er seinen Mitgliedern gewähre. Ferner habe der Arbeiterverband mit den Behörden Verhandlungen geführt. Daraus ist eine gewisse Anerkennung der gewerkschaftlichen Aufgaben des Allgemeinen Arbeiterverbandes zu erblicken. Wenn der Nachweis gelingt, daß es sich so, wie geschildert verhalte, dann komme diesem Nachweis ganz erhebliche Bedeutung zu. Es sei auch ein Uebermaß, wenn der Polizeipräsident einfach den Verband auflöse, weil ihm einige Zeitungsartikel — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt — nicht gefallen. Durch das Verbot sei dem Verband die Möglichkeit genommen, seine anderen Aufgaben, wie Rechtsschutz, Rechtsberatung und Verhandlungen, weiter auszuüben. Schließlich müsse der Polizeipräsident auch die Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei nachweisen. Es sei bekannt, daß z. B. bei den alten Freien Gewerkschaften die Gewerkschaftsleiter auch vielfach Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei waren. Solch eine Personalunion schließt aber den legalen Zweck sozialpolitischer Art nicht aus. Deshalb seien vom Polizeipräsidenten präzise Angaben zu machen, daß der klagende Verband nur eine getarnte Gewerkschaft ist mit dem Ziel, Regierungsmaßnahmen zu sabotieren. Diesen Nachweis zu führen, ist in erster Linie Aufgabe des Polizeipräsidenten, weil er im Besitz des beschlagnahmten Materials des Allgemeinen Arbeiterverbandes ist. Entweder hat der Allgemeine Arbeiterverband die Mitgliederbeiträge für seine gewerkschaftlichen Aufgaben verwandt oder um arbeitslose Mitglieder zu unterstützen, dann sei der Zweck legal; sei das Geld aber in einen Kampffonds — vielleicht der SPD. — geflossen, dann habe der Polizeipräsident recht. Der klagende Verband solle seinerseits nachweisen, daß er eine gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle unterhalten habe und noch auf den anderen sozialpolitischen Gebieten tätig sei. Diese Behauptung bestinde sich zwar schon in den Akten, aber es sei besser, wenn auch hier genaueres Material herbeigeschafft würde.

Eine Frist für die Erfüllung der Auflage wurde nicht festgesetzt, jedoch ersuchte Senatspräsident Bürgerle den Kriminalrat Grötzner, der für seine Auflage eine Frist von sechs Wochen wünschte, die Sache möglichst zu beschleunigen.

Der Großstreik in Göttingen

Am Montag, dem 8. Juni, traten in Göttingen die Bauarbeiter — Maurer, Zimmerer, Steinhauer und Bauhilfsarbeiter — in einen Lohnstreik. Die Arbeitgeber hatten versucht, den Lohn zu kürzen; es handelt sich also um einen Abwehrkampf. Die Streikbewegung nahm einen sehr großen Umfang an. In Göttingen wird viel gebaut, so daß einige tausend Arbeiter auf der Straße waren. Aus Sympathie legten auch noch verschiedene andere Lohngruppen, wie Stuckateure, Ofensetzer, Maler usw., die Arbeit nieder. Mit ihnen sympathisierten die Hafenarbeiter, so daß der Umfang ganz allgemein war. Im Verlauf der Streikbewegung kam es zu zahlreichen Zwischenfällen und Schlägereien. Zahlreiche Verhaftungen, insbesondere der Gewerkschaftsfunktionäre, sind erfolgt. Außerdem erreichte es, daß die Schlichtungskommission, die eigentlich mit dem Streik direkt nichts zu tun hat, ebenfalls verboten wurde. Inzwischen sind die Verhaftungen jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der Streik ist ebenfalls beendet. Es ist gelungen, den Lohnsatz für Maurer und Zimmerer von 1,20 Mark pro Stunde zu halten. Außerdem geht der neue Tarif, der bis zum 6. Juni nächsten Jahres gilt, einige Verbesserungen vor. Es werden Zulagen für bestimmte Arbeiten gezahlt, so daß der neue Lohnsatz auf 1,30 Mark pro Stunde kommt. Die Steinhauer erhalten jetzt 80 Groschen, früher 75 Groschen. Die Streikaktion in Göttingen kann also als ein Erfolg gewertet werden.

---

3 Jahre Gefängnis für Frau Dr. Beck

Nach 14tägiger Verhandlung

Am Montag, dem 15. Juni, begann vor der Ersten Großen Strafkammer der Prozeß gegen die Aerztin Frau Dr. Lilimaria Beck. Frau Dr. Beck wurde der gewerbsmäßigen Abtreibung beschuldigt. Das Verfahren kam schon vor längerer Zeit ins Rollen, so daß Frau Dr. Beck seit mehr als 1¼ Jahren in Untersuchungshaft sitzt, aus der sie auch zur Verhandlung vorgeführt wurde. Den Vorsitz der Ersten Großen Strafkammer führte Landgerichtsdirektor Dr. Beurmann. Die Vertretung der Anklagebehörde war Regierungsassessor Karpinski übertragen worden. Die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Rosenbaum I und Rosenbaum II. Es war eine langwierige Verhandlung, die erst am vorgestrigen Montag, dem 29. Juni, also nach genau 14 Tagen, ihr Ende fand.

Frau Dr. Beck wurde nicht wegen gewerbsmäßiger Abtreibung verurteilt, sondern nur wegen einfacher Abtreibung, was ein gewaltiger Unterschied ist, denn im Laufe des Prozesses wurde die Frage, ob Frau Dr. Beck allein aus Geldgier die Eingriffe vorgenommen hat, wiederholt aufgerollt. Dadurch, daß das Gericht sich auf den Standpunkt stellte, daß nur einfache Abtreibung vorliegt, ist diese Frage verneinend beantwortet. Das Urteil, das am Montagabend um 18.30 Uhr gesprochen wurde, lautete auf drei Jahre Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Zuchthaus beantragt. Als Nebenstrafe wurde festgesetzt, daß Frau Dr. Beck auf drei Jahre die Erlaubnis entzogen wird, ihren Beruf auszuüben. 1¼ Jahr der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Der Haftbefehl kann aufgehoben werden, wenn 12000 Gulden in bar in der Gerichtskasse hinterlegt werden. Diese 12000 Gulden sollen dann als Kaution für die Strafe und die Gerichtskosten gelten.

Die Urteilsbegründung des Landgerichtsdirektors Dr. Beurmann dauerte 1¾ Stunden. Das Urteil stützt sich auf die Aussagen der Zeuginnen, wie sie sie in der Hauptverhandlung gemacht haben. Den Patientinnen war zu Beginn der Verhandlung von Landgerichtsdirektor Dr. Beurmann ein Gerichtsbeschluß übermittelt worden, der den Patientinnen Straffreiheit zusicherte. Diese Aussagen der Patientinnen, die meistens belastend für Frau Dr. Beck waren, sind nun in der Hauptverhandlung sehr umstritten worden. Es lassen sich, wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenbaum I, feststellte, drei Phasen der Aussagen beobachten. Die Patientinnen haben vor der Polizei anders ausgesagt als vor dem Untersuchungsrichter. Und die Aussagen in der Hauptverhandlung weichen wiederum von denen vor der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter ab. Rechtsanwalt Rosenbaum I gab dafür eine psychologische Erklärung. Er sagte, daß jede Frau mit Freuden sich gewissermaßen selbst beträgt, indem sie sehr gerne die Schuld auf einen Dritten abwälzt, wenn sie an sich hat eine Abtreibung vornehmen lassen. Das ist eine natürliche Regung des Muttergefühls. In Wirklichkeit ist es so gewesen, daß die Frauen meist weinend zu der Angeklagten gekommen sind und schon einen körperlichen Defekt mitbrachten, der einen Eingriff notwendig machte. Frau Dr. Beck wies in der Verhandlung nach, daß sie in zahlreichen Fällen einen Abortus abgelehnt hat, und daß sie sich unter keinen Umständen von irgendwelchen lukrativen Geschäften habe beeinflussen lassen. Ferner wurde die Rolle, die das Hausmädchen der Aerztin, Anna Maleike, bei der Aufrollung des Falles gespielt hat, von Rechtsanwalt Rosenbaum I eingehend beleuchtet. Das Hausmädchen hat nämlich die erste Anzeige wegen des Morphium-Mißbrauchs erstattet, und dadurch ist die ganze Sache ins Rollen gekommen. Das Plädoyer des Verteidigers war eines der tiefstschürfenden, die man je in Danzig gehört hat, und dauerte sechs Stunden, die sich auf zwei Tage verteilten.

Dem Gastwirt die Scheiben eingeschlagen

Der Polizeiwachtmeister i. R. Kriebisch und sein Bruder, der Eisenbahnschaffner i. R. Kriebisch, machten sich in einem Lokal am Sandweg derartig lästig, daß der Wirt sie aus dem Lokal verwies. Sie verließen auch das Lokal, schlugen aber dann dem Wirt die Fensterscheiben ein, wobei sich der frühere Schutzpolizeimeister eine blutende Verletzung zuzog. Das alarmierte Ueberfallkommando brachte die beiden Brüder, von denen der eine sich in brauner Uniform befand, während der andere eine Hakenkreuzbinde trug, nach dem Polizeipräsidium.

Gemeinnutz geht . . . Der Obertruppführer Dahms aus Zoppot, ein früherer Fürsorgezögling, stahl aus einem Schuppen, der zu dem Grundstück Wildchenstraße 1—7 gehört, die dort von einer jüdischen Familie untergestellten Möbel, packte sie auf einen Wagen und fuhr damit davon. Der Diebstahl wurde entdeckt, so daß Dahms sich demnächst wegen Diebstahls vor Gericht zu verantworten haben wird.

Aerztlicher Nachtdienst

In Not- und Dringlichkeitsfällen stehen heute nacht in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, folgende Aerzte zur Verfügung: In Danzig Dr. Burchard, Langfuhrer Stockturm, Tel. 213 78; Dr. Schlosmann, Langgarter 32, Tel. 217 04. — In Langfuhr: Dr. Zerstenmittel, Adolf-Hitler-Straße 204, Tel. 415 50.

Politische Umschau

Die Frage der Wiederbefestigung der Dardanellen ist in der vorigen Woche auf der Konferenz von Montreux, die die Abmachungen von Lausanne aus dem Jahre 1924 abändern soll, diskutiert worden. Soweit es sich um die Anerkennung des Rechtes der Türkei zur Befestigung der Meerengen handelte, bestand vollständige Einigkeit unter den Konferenzdelegationen, daß dieses Recht den Türken zuzuerkennen sei. Die türkische Regierung wurde allseits gelobt für die Wahl der friedlichen Revision zur Erreichung ihres Zieles, anstatt, wie es andere Mächte in letzter Zeit zu tun für gut fanden, durch einseitigen Akt ein fait accompli zu schaffen. Nur Italien, das allerdings, solange die Sanktionen andauern, nicht auf der Konferenz vertreten ist, hat die Türkei wissen lassen, daß es der Wiederbefestigung der Meerengen nicht zustimmen könne. Schwierigkeiten sind erst bei der Erörterung einer anderen Frage entstanden; die Mächte sind sich nicht einig über das Recht der Durchfahrt zum Schwarzen Meer in Friedens- und Kriegszeiten. Hierüber ist ein starker englisch-russischer Gegensatz zutage getreten. Die Russen möchten, daß möglichst wenig englische Kriegsschiffe in das Schwarze Meer gelangen, sie selbst aber möglichst freie Ausfahrt haben; die Engländer, daß gerade sie nicht in ihrer Bewegung gehemmt werden und ihr Mittelmeerpakt nicht gestört wird.

Am Sonntag soll zwischen Litwinow, Eden und dem türkischen Außenminister Rüschtü Aras eine grundsätzliche Einigung erzielt worden sein. Danach sollen die Dardanellen für jede Flotte offen sein, die einen Beschluß des Völkerbundsrates oder eine vom Völkerbundsrat gebilligte Ver- [illegible] ausführen soll. Außerdem soll Sowjetrußland berechtigt sein, die Meerengen zu benutzen, um eine Flotte in der Ostsee zu verstärken, falls Sowjetrußland dies für notwendig erachtet. Für normale Zeiten hingegen sollte die von der Türkei vorgeschlagene Regelung gelten, die eine Begrenzung der Kriegsschiff-Tonnage auf 14 000 To. für die Durchfahrt vorsieht. Die Handelsmarine hat jederzeit mit jeder Ladung freie Durchfahrt, falls nicht die Türkei im Kriegszustand und die Ladung für ein der Türkei dann feindliches Land bestimmt ist. Ein Beschluß über ein neues Protokoll liegt noch nicht vor.

Die Umwälzung in Frankreich hat auch in Belgien ähnliche Vorgänge ausgelöst. Auch hier haben die Arbeiter einen Vorstoß zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Position erfolgreich unternommen. Die neugebildete Regierung van Zeeland — in der der Sozialist Spaak Außenminister und de Man Finanzminister ist — hat ein umfangreiches Programm sozialer, wirtschaftlicher und politischer Reformen angekündigt, u. a. die Einführung eines Gesetzes über ein Lohnminimum, über bezahlte Urlaube, über die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen, über die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, über Altersversicherung für Arbeiter. Der Ministerpräsident betonte in einer Regierungserklärung, daß die Durchführung des Regierungsprogramms eine Belebung der Wirtschaft mit sich bringen werde. Die Durchführung dieser Gesetze wird begleitet sein von Anordnungen, die eine weitere Gesundung des Marktes zum Ziele haben werden.

Des weiteren kündigte Ministerpräsident van Zeeland eine Steuerreform und eine staatliche Kontrolle über die Konkurrenz der großen Warenhäuser mit dem Kleinhandel, eine Reform der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Richtung einer Erhöhung der Verantwortlichkeit der Leiter dieser Gesellschaften an. Diese Reform, die den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes stark ändere, könnte nicht durchgeführt werden, wenn nicht auch die politische Ordnung des Landes einen entsprechenden Umbau erfahre. Die Regierung werde auch eine Verringerung der Zahl der Deputierten und Senatoren beantragen, bei Aufrechterhaltung des Verhältniswahlsystems. Die sozialen Maßnahmen sind schon teilweise in Kraft durch Vereinbarungen, die unter Vorsitz des Ministerpräsidenten zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber erzielt wurden.

*

Die sozialdemokratische Regierung in Schweden ist durch ein bürgerliches Kabinett unter Leitung des Bauernführers Peersson abgelöst worden. Sie ist unter Führung des Ministerpräsidenten Hansson vier Jahre am Ruder gewesen. Da die Sozialdemokraten noch nicht allein über die Mehrheit verfügten, waren sie auf die Unterstützung der Bauernpartei angewiesen. Vier Monate vor den fälligen Neuwahlen wurden die Meinungsverschiedenheiten so groß, daß die Sozialdemokraten es vorzogen, von der Regierung zurückzutreten. Während die Sozialdemokratie die Vorschläge der bürgerlichen Parteien in der Frage der Landesverteidigung akzeptierte, lehnte die Bauernpartei es ab, den Ausbau der Altersversicherung durch eie stärkere Besteuerung der großen Vermögen sicherzustellen. Das Kabinett Hansson wollte unter keinen Umständen ihr soziales Aufbauwerk preisgeben. Es ist ihm gelungen, die Arbeitslosigkeit auf die verhältnismäßig geringe Ziffer von 35 000 Mann herabzudrücken. Kaum ein Land wird durch seine Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise einen solchen Erfolg erreicht haben. Das Land ist aus einer schweren Krisenzeit, aus den ungeheuerlichen Folgen des Kreugerkrachs, in eine Konjunkturperiode hinübergeleitet worden. Die ganze Welt sah auf Schweden als das Land des wirtschaftlichen Aufstiegs, der planmäßigen Wirtschaftsregulierung. Die Sozialdemokratie rechnet mit Zuversicht darauf, nach der Neuwahl im September wiederzukommen als die Vertreterin einer gestärkten sozialdemokratischen Partei, um das Werk fortzusetzen und zu vollenden.

*

In der sudetendeutschen Partei der Tschechoslowakei des „Führers" Konrad Henlein hat es wieder einmal einen Krach gegeben, der mit dem Ausschluß einer Opposition endete, die unter Führung des Abgeordneten Kasper versucht hatte, die Interessen der Arbeiter bei der Führung in Erinnerung zu bringen. Die „Einheit" der Volksgemeinschaft-Partei ist damit wieder einmal deutlich demonstriert worden. Eine Krise kam zum Ausbruch, deren Ursachen mannigfaltiger Art sind. Henleins Stellung zum tschechischen Staat hat viel Kritik ausgelöst, ebenso wie das persönliche Verhalten des „Führers", der — wenn er es schon nicht im Staate kann — so doch wenigstens in seiner Partei den großen Mann und Retter des Deutschtums spielen möchte. So hat er, da sich der offene Ausbruch des Skandals nicht vermeiden ließ, kurzen Prozeß mit den Parteirebellen gemacht und sie aus seiner „Einheitspartei" herausgeschmissen.

*

Ein aufsehenerregender Hochverratsprozeß wurde in Kattowitz durchgeführt. 113 Personen waren angeklagt, sich seit dem Jahre 1934 bis zum Februar 1936 in Kattowitz und Chorzow und anderen Ortschaften Polnisch-Oberschlesiens mit anderen Personen verständigt bzw. in einer geheimen Organisation unter dem Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Bewegung" zusammengearbeitet zu haben, mit dem Ziel, Polnisch Oberschlesien von Polen zu trennen und es Deutschland anzugliedern. Die Führer der Bewegung wurden außerdem beschuldigt, zur Erreichung dieses Zieles mit Kreisen in Deutschland in Verbindung gestanden zu haben. Der Organisator der Bewegung, Manjura, hat nach der Verhaftung Selbstmord verübt. Nach der Anklage haben alle Organisationsmitglieder ein Treuegelöbnis für Adolf Hitler als dem „einzigen Führer der Deutschen" abgelegt und sich zur Wahrung des Organisationsgeheimnisses verpflichtet. Es sei auch eine Feme vorgesehen gewesen. Das Organisationsgericht habe u. a. das Mitglied der Bewegung Piok wegen Desertion zum Tode verurteilt. Er wurde auch überfallen und schwer mißhandelt, entkam jedoch dem Tode und machte bei den Behörden ausführliche Aussagen über die Tätigkeit der Organisation. Von den Angeklagten wurden 99 zu Gefängnisstrafen von insgesamt 886 Jahren verurteilt, wobei die als hauptschuldig Angesehenen von 6 bis 10 Jahren schweren Kerkers erhielten. Außer einem Teil der Verurteilten hat auch der Staatsanwalt Berufung gegen sämtliche Urteile eingelegt. Seine Berufung richtet sich gegen die 14 freisprechenden Urteile, außerdem sieht er auch die verhängten Strafen als nach seiner Meinung zu niedrig an.

*

Im deutschen Polizeiwesen ist eine grundlegende Veränderung eingetreten. Durch die Betrauung des SS.-Führers Himmler mit der obersten Leitung sämtlicher Polizeiangelegenheiten in Deutschland ist die Polizei des Reiches nun vollkommen zentral zusammengefaßt worden. Himmler, dessen Stellung immer mehr an Bedeutung gewann, ist als Chef der gesamten deutschen Polizei einer der mächtigsten Männer im Dritten Reich geworden. Er hat das Recht, an den Kabinettssitzungen teilzunehmen, soweit es sein Ressort erfordert. Das Charakteristische an der Ernennung ist die nunmehr vollzogene Personalunion zwischen SS. und Polizei, die die Macht der SS. zweifellos bedeutend stärkt. Die Ernennung Himmlers nimmt aber auch dem bisherigen Leiter der preußischen Polizei, Ministerpräsident Göring, einen entscheidenden Teil seines bisherigen Machtbereiches. Auch einer seiner engsten Mitarbeiter und politischen Vertrauen, der Staatssekretär Grauert, ist im Verfolg der Umstellung aus dem Reichsinnenministerium ausgeschieden und in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

*

Ein Handstreich ist gegen das „Pariser Tageblatt" in der gleichen Art, wie er seinerzeit von nationalsozialistischer Seite gegen die im Saargebiet erscheinende oppositionelle Zeitung „Das Westland" unternommen wurde, versucht worden. Der Verlegen des „Tageblatt", Poljakow, benutzte die Abwesenheit des in Amerika weilenden Chefredakteurs Georg Bernhard zu Verhandlungen mit nationalsozialistischen Unterhändlern, die sich Einfluß auf das Blatt verschaffen wollten. Bernhard wurde gekündigt. Ein neuer Chefredakteur sollte die allmähliche Gleichschaltung in die Wege leiten. Als die Redakteure von diesem Streich erfuhren, gelang es ihnen, in das Blatt eine Erklärung zu bringen, die den schmählichen Handel vor den Lesern bloßlegte. Sie gingen sofort dazu über, eine neue Zeitung, die „Pariser Tageszeitung", ins Leben zu rufen. Poljakow versuchte das „Tageblatt" mit Hilfe des Journalisten Richard Lewinsohn (Morus) weiter herauszugeben, doch lehnten die deutschen Setzer die Herstellung ab, so daß das Blatt nicht weiter erscheinen konnte. Poljakow sind daraufhin die ihm von den Unterhändlern in Aussicht gestellten 500 000 französischen Franken nicht gezahlt worden. Die „Pariser Tageszeitung" kann über eine erfolgreiche Aufwärtsbewegung berichten.

Literarische Totentafel

In Moskau ist nach längerer Krankheit der berühmte russische Schriftsteller Maxim Gorki im Alter von 68 Jahren gestorben.

Gorkis eigentlicher, das heißt bürgerlicher Name lautet Alekjej Pjeschkow. Wahrscheinlich wählte der Verstorbene sich den Namen Gorki (= bitter) wegen seiner herben Lebensschicksale. Geboren wurde Gorki im Jahre 1868 oder 1869 im Hause seines Großvaters, des Färbers Kaschirin in Nischhni Nowgorod. Sei dichterisches Schaffen werden wir noch ausführlich würdigen.

*

In Wien starb der Dichter und Schriftsteller Karl Kraus, der Herausgeber der polemischen Zeitschrift „Die Fackel". Kraus, 1874 geboren, hat ein Menschenalter lang die „Fackel" geleitet und zum größten Teil selbst geschrieben. Als Satiriker und Kulturkritiker geißelte er in seiner Zeitschrift die Entartung der bürgerlichen Gesellschaft, ohne [illegible] je selbst einen festen positiven Standpunkt gegenüber der Gesellschaft zu beziehen. Er war weder Sozialist noch Liberaler noch Konservativer; das einzige, was man von ihm positiv feststellen kann, ist, daß er konsequenter Pazifist war, der seine Haltung aus einer überzeugenden Ethik bezog. Er war ein Meister der deutschen Sprache, der in der Polemik ebenso wirksam war wie stark in seinen Dichtungen. Ein Menschenalter hat er das deutsche Geistesleben durch sein Schaffen deutlich spürbar beeinflußt. Er ist — das sei nebenbei bemerkt — der Erfinder des Ausdrucks „die Journaille", dessen sich die Nationalsozialisten so gern bedienen, ungeachtet der jüdischen Abkunft des Urhebers.

*

Der englische Dichter und Essayist Gilbert Keith Chesterton ist, 62jährig, in Blaconsfield gestorben. Der geistvoll-satirische Schriftsteller war ein Außenseiter in der Literatur gleich Shaw; als Protestant geboren, trat er im Kriege zum Katholizismus über, in dessen Weltanschauung er völlig aufging und wirkte.

Bunte Chronik

Der Ausklang der „Girl-Pat"-Affäre

Die abenteuerliche Fahrt der „Girl Pat" hat nunmehr ihren Abschluß gefunden. Die „Girl Pat" hatte bekanntlich heimlich mit fünf Mann Besatzung im April den Hafen von Grimsby verlassen. Trotz allen modernen Errungenschaften der Technik gelang es monatelang nicht, dieser kleinen Nußschale, deren Kapitän nur mit Hilfe eines Schulatlasses über den Atlantik fuhr, habhaft zu werden. Nach abenteuerlicher Fahrt landete die „Girl Pat" in Dakar (Nordwestafrika), entwischte aber dort durch eine List. Schließlich tauchte sie in der Bucht von Georgetown (Britisch Guayana) auf. Sie hatte sich den Namen „Kiora" zugelegt und suchte den Hafen auf, um Nahrungsmittel aufzunehmen. Als die Hafenpolizei, die mißtrauisch geworden war, an Bord gehen wollte, flüchtete der Kutter. Ein Polizeiboot nahm die Verfolgung auf. Die Besatzung ergab sich schließlich in ihr Schicksal. Der Kutter wurde ins Schlepptau genommen und das Schiff in Georgetown festgelegt. Der Kapitän gab als Erklärung für seine „Schwarzfahrt" an, daß er, da das Schiff aufgelegt werden sollte und er und die Besatzung Arbeitslosigkeit befürchteten, versuchen wollten, den Kutter zu verkaufen, um sich Mittel für eine neue Existenz zu verschaffen. Dieses Ziel ist, wenn auch auf andere Weise, erreicht worden: ein Londoner Varieté hat Kapitän und Mannschaft der „Girl Pat" das Angebot gemacht, gegen eine Wochengage von 250 Pfund aufzutreten. Zunächst befinden sich Kapitän und Mannschaft allerdings noch in Haft.

Todesstrafe für Kindesentführung

Am Dienstag hatte sich vor dem Bonner Schwurgericht der 32jährige Franz Eduard Giese aus Bottrop wegen verbrecherischer Kindesentführung zu verantworten. Giese hat am 16. Juni den 12jährigen Sohn eines Bonner Kaufmanns entführt. Der Polizei gelang es, den Täter noch am selben Tage zu fassen. Wenige Tage später erließ die Reichsregierung ein Gesetz mit rückwirkender Kraft vom 1. Juni an, das als § 239 a in das Strafgesetzbuch eingefügt wurde und bestimmt: Wer in erpresserischer Absicht ein fremdes Kind durch List oder Gewalt entführt oder sonst seiner Freiheit beraubt, wird mit dem Tode bestraft. Damit wurde ähnlich wie im Falle Lubbe für ein bis dahin nur mit Gefängnisstrafe geahndetes Verbrechen die Todesstrafe mit rückwirkender Kraft festgesetzt.

Der Tatbestand ist folgender: Der Direktor der Oberrealschule bei Bonn erhielt am 16. Juni einen telephonischen Anruf, in dem er gebeten wurde, den 12jährigen Sohn eines Bonner Kaufmanns nach Hause zu schicken, da dessen Vater von einem Kraftwagenunfall verletzt worden sei. Ein unbekannter Mann nahm den Jungen in der Nähe der Wohnung in Empfang und lockte ihn in einen Kraftwagen unter der Vorspiegelung, ihn zum Vater ins Krankenhaus fahren zu wollen. Dann ließ Giese dem Vater des Kindes durch zwei Jungen einen Brief zugehen, in dem er ein Lösegeld von 1200 Mark forderte. Er drohte darin, im Falle der Nichtzahlung den Jungen zu ertränken. Der Vater wandte sich nun sofort an die Kriminalpolizei. Am Nachmittag erschien ein von Giese beauftragter Junge, der die geforderte Summe im Geschäft des Kaufmanns abholte. Man folgte ihm und konnte den Täter nach aufregender Flucht festnehmen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zum Tode.

Das Gerichts-Nachspiel

Die Eisenbahnkatastrophe von Groß-Heringen auf der Strecke Berlin—Frankfurt a. M., die am Vorabend des Weihnachtstages 35 Todesopfer und zahlreiche Verletzte kostete, hat ein gerichtliches Nachspiel gefunden. Das Landgericht Naumburg verurteilte den Lokomotivführer Dechant, der den aus Berlin kommenden Schnellzug mit dem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Personenzug hatte zusammenstoßen lassen, wegen fahrlässiger Tötung in Tatmehrheit mit fahrlässiger Körperverletzung und Transportgefährdung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Der Führer der zweiten Schnellzugslokomotive, Bande, wurde als mitschuldig erklärt und zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage warf Dechant vor, das auf Halt gestellte Hauptsignal für die Einfahrt in den Bahnhof Groß-Heringen überfahren und nachher einige Sekunden zu spät gebremst zu haben. Bande war beschuldigt, sich zu sehr auf den Führer der Vorspannlokomotive verlassen und ebenfalls zu spät das Ueberfahren des Signals bemerkt zu haben.

Der Prozeß hat gezeigt, daß verschiedene unglückliche Umstände bei der Entstehung des Zusammenstoßes mitgewirkt haben. Auf der Vorspannlokomotive befand sich ein ungenügend befähigter Heizer, der nicht die Bewilligung zum Fahren auf Schnellzügen hatte, so daß Dechant ihm bei der Bedienung der Kesselfeuerung helfen mußte und von seinen sonstigen Obliegenheiten abgelenkt war. Ueberdies hinderte die starke Rauchentwicklung der beiden Lokomotiven an einer ohnehin unübersichtlichen Teilstrecke die Aussicht. Unter Berücksichtigung der Milderungsgründe setzte das Gericht die Strafe bedeutend unter dem auf fünf Jahre Gefängnis bemessenen Höchstmaß an.

10 Personen von einem Blindgänger zerrissen

Siebenzehn Personen suchten auf den Höhen von Bonte-vecchio bei Görz (Oberitalien) noch Resten von Kriegsmaterial aus dem Weltkrieg. 10 von ihnen fanden einen 30,5 Zentimeter Blindgänger. Sie machten sich daran, ihn auseinanderzunehmen. Plötzlich explodierte die Granate und riß alle 10 Personen in Stücke. Man fand von ihnen nur noch wenige Knochen- und Kleiderreste in etwa 100 Meter Entfernung.

DIE SCHÖNE VERSCHWÖRERIN

ROMAN VON HERBERT ADAMS

COPYRIGHT BY WILHELM GOLDMANN VERLAG LEIPZIG

Kurze Inhaltsangabe des bisher abgedruckten Teiles:

Caroline Ormesby und ihre Freundinnen Judy Barrett und die Zwillingsschwestern Nancy und Bunty Macrae sind von gewissenlosen Spekulanten um ihr Vermögen gebracht worden. Caroline, deren Onkel ihr Geld bei Spekulationen verlor, beschließt, einen Millionär zu entführen, um ein Lösegeld in Höhe von 40 000 Pfund zu erpressen. Mit ihren drei Freundinnen, die an dem Erfolg beteiligt werden sollen, führt sie ihr Vorhaben durch. Ihr Opfer ist der frühere Gummiplantagenbesitzer Peter Gray.

Peter Gray ist vor kurzer Zeit nach England zurückgekehrt, nachdem er als Gummiplantagenbesitzer in jahrzehntelanger Arbeit ein Millionenvermögen erworben hat. Er trifft in London seinen Freund Bill Maion, der eine große Chance sieht, seinen früheren Klassenkameraden Peter mit einer erfundenen Gesellschaft zur Ausbeutung von Honduras um eine ansehnliche Summe zu betrügen. Dabei sollen ihm seine Schwester Vera und seine Geschäftsfreund Walter helfen. Gray hat sich in Vera verliebt und ist auf Bills Vorschläge eingegangen. Es sind schon feste Verabredungen getroffen worden, die nicht eingehalten werden konnten, weil Gray entführt wurde.

Die vier Mädchen hatten Gray gefesselt in ein einsames Landhaus gebracht und tatsächlich einen Scheck in Höhe von 40 000 Pfund erhalten. Sie sehen schließlich ein, daß sie das Geld zwar abheben, aber ohne Gefahr der Entdeckung nicht ausgeben können, bändigen Gray darum den Scheck wieder aus und setzen ihn auf der Landstraße nach London ab. Hier findet ihn Mister Bickerton, den Gray auf der Ueberfahrt von Ceylon nach England kennen gelernt hat.

10. Fortsetzung

„Davon weiß ich überhaupt nichts. Es gehörte zu unsrer Abmachung, daß sie mich heute morgen mit verbundenen Augen an einer Landstraße nach London absetzten. Das Haus muß irgendwo an der Küste liegen, wir sind mindestens eine Stunde lang in flottem Tempo gefahren, bevor sie mich hier abluden. Ich hatte gehofft, sie würden mich bis London mitnehmen. Sie dachten nicht daran! „Hier müssen wir Sie leider verlassen, Mister Grey", sagten sie. „Die Straße ist so belebt, daß man Sie bald finden wird." Mein Koffer und ich wurden abgeladen, und schon waren sie verschwunden."

„Sie standen vier gegen einen, aber es waren immerhin nur Mädchen", bemerkte Bickerton.

„Es waren nur drei, zwei Mädchen und ein langer Bengel, der auch ganz gut ein verkleidetes Mädchen gewesen sein kann. Aber daran hat es nicht gelegen. Sehen Sie, ich hatte ihnen mein Wort gegeben, und da konnte ich ihnen die Masken nicht mehr gut abreißen."

„Haben Sie sich die Nummer des Wagens nicht gemerkt?"

„Das schon, aber so hell waren die auch, eine falsche Nummer anzubringen. Aber ich habe mir geschworen, sie zu verfolgen. Ich muß Robin Hood wiederfinden, und wenn ich die ganze Küste absuchen soll!"

„Ihre Freunde werden sich nicht wenig um Sie geängstigt haben", meinte Bickerton.

„Leider besitze ich kaum Freunde, die sich meinetwegen Sorge machen, ausgenommen vielleicht einen Mann, mit dem ich ein Geschäft bei Ihnen drüben machen soll."

„Sie meinen wohl, machen will. Schlägt es in mein Fach?"

„Nein, es ist vorläufig nur ein Plan für Honduras."

„Honduras? Doch nicht etwa die Gesellschaft zur Erforschung und Ausbeutung von Nordost-Honduras."

„Das war der Name! Kennen Sie das Unternehmen etwa näher?"

„Kennen? Mein lieber Gren, dieses Unternehmen ist seit mindestens achtzehn Monaten nur noch ein Gerippe. Mit wieviel wollten Sie sich denn daran beteiligen?"

„Mit 40 000, war verabredet."

„Schon wieder 40 000! Da können Sie sich aber bei Herrn Robin Hood bedanken, er hat Ihnen viel Geld gerettet!"

„Halten Sie die Sache für einen Schwindel?" fragte Peter ängstlich. „Ich habe die Pläne und Papiere angesehen; es ist ein großer Besitz, knapp drei Stunden von einem schiffbaren Fluß entfernt."

„Alter Junge, auch mir ist das Geschäft angeboten worden; ich bin hingefahren und habe mir alles selbst angesehen. So mache ich das nämlich im allgemeinen. Es ist alles wunderschön, aber es ist ein Malariasumpf! Knapp drei Meilen vom Fluß entfernt! Meinetwegen noch eine halbe Meile weniger, aber der Fluß ist nicht schiffbar, allenfalls bei Hochwasser, und zwischen Fluß und Sumpf liegt eine hohe Gebirgskette! Wenn Sie Ihr Geld unbedingt loswerden wollen, suchen Sie sich wenigstens etwas aus, was Ihnen mehr Spaß machen kann."

„Es handelt sich nicht um mein Geld", sagte Peter. „Ein Freund von mir wollte sich auch beteiligen, und der hat nichts zu verlieren."

„Dann kann er Ihnen nur dankbar sein, daß Sie ihm sein Geld retten. Irgend so ein Spitzbube namens de Saucira ging mit dem Ding hausieren."

„Natürlich derselbe", murmelte Peter. „Hoffentlich komme ich noch zeitig genug, um Bill zu warnen."

„Erzählen Sie mehr von Ihrem Robin Hood", sagte Bickerton, als sie auf der Straße nach London einherfuhren. „Sie muß ein ganz besonderes Mädchen sein, das ich kennenlernen möchte. Wollen Sie die Sache der Polizei übergeben?"

„Ich denke nicht daran", antwortete Peter. „Ich hoffe, was ich Ihnen erzählt habe, bleibt unter uns. Man spricht nicht gern über begangene Dummheiten, bei denen man eine komische Figur gemacht hat, selbst wenn man schließlich noch ein gutes Stück Geld gerettet hat. Aber ich werde sie verfolgen; vielleicht nehme ich mit einen Privatdetektiv, wenn ich einen ordentlichen Mann finde."

„Und was wollen Sie mit ihnen anfangen, wenn Sie sie aufgespürt haben?"

„Das weiß ich noch nicht, das hängt von verschiedenen Umständen ab."

„Von Alter, Augen, Haaren, Aussehen und dergleichen!" ergänzte verständnisvoll der Amerikaner.

„Möglicherweise", sagte Peter, der, um auf ein anderes Thema zu kommen, fragte, wo sein Retter wohne und was er weiter vorhätte.

„Ich mache eine große Rundreise mit einem Auto und besuche dabei die schönsten Flecken. Gestern habe ich in Arundel übernachtet, im Schatten der alten Sehenswürdigkeiten. Donnerwetter, was müßen diese Herzöge damals für ein Leben geführt haben! Die Lehnsleute dürften vermutlich um so ärmere Leute gewesen sein. Heute will ich an Freunden in Warwickshire."

„Da bringe ich Sie ganz vom Wege ab", sagte Peter.

„Spielt keine Rolle, mein Junge. Der barmherzige Samariter kann doch sein Werk nicht halb tun. Außerdem werde ich bei Gilbert Summers nicht vor dem Abend eintreffen."

„Gilbert Summers? Wo wohnt der doch gleich? Nächste Woche komme ich wahrscheinlich auch dahin."

„Als Gilbert Summers noch erkältlich schien war, verfrat meine Firma ihn für die USA. Er wohnt in Gilton Park, und da richte ich es so ein, daß ich ihn auf meiner Heimreise besuche."

„Stimmt, Gilton Park. Dahin bin ich für die nächste Woche zum Krickets pel eingeladen."

„Ich habe auch etwas von einem Ballspiel gehört, aber wohl schon wieder weiter, wenn das anfängt."

„Haben Sie auch immer sorgfältig daran gedacht, daß Sache mit Ihrem Essen stimmt?" fragte Peter grinsend

„Jetzt ist die Reihe, zu lachen, an Ihnen", sagte Bi ton. „Sie wissen, wie ich in diesem Punkt denke. Der M soll wenig, aber nur mit Genuß und Andacht essen."

„Das Speisen muß man also als eine Art Kunst trachten?"

„Das Kochen ist eine Kunst, das Essen deren Würdig Vor zwei Abenden aß ich mit einem Dichter, einem M und einem Musiker zusammen. Sie sprachen ihre ei Sprache und schlangen ein ganz köstlich mit Champig garniertes Gericht Seezunge hinunter, das man nur höchster Andacht essen konnte. „Was ist eigentlich die Ku fragte ich sie. Der eine sagte: „Kunst ist Ausdruck oder nuß des Schönen." „Wie würden Sie einen Menschen nen, der das Schöne weder ausdrücken noch genießen k fragte ich weiter. „Einen Wilden, einen gefühllosen einen Barbaren", erklärten sie alle drei. „Dann sind Si Wilde, gefühllose Kerle und Barbaren", sagte ich zu „Wenn vor Ihnen solch köstliches Gericht steht und S hinunterschlingen wie die Krokodile ein Stück Schlam einen Neger, dann sind Sie keinen Deut besser als je der bei einer Sonate schnarcht oder ein Butterbrot Gedicht einwickelt"."

Peter wußte, wie beredt sein Freund werden wenn die Rede auf sein Steckenpferd kam, aber sie London schon erreicht, und er atmete erleichtert auf, Wagen in den wohlbekannten Torweg von St. Mich einbog. Er bedankte sich bei seinem barmherzigen Sa und verabredete mit ihm ein Zusammentreffen n Kricketwoche. Dann eilte Peter in seine Wohnung, i umkleiden und rasieren zu können.

11

In der Wohnung am Hydepark, die beinahe i Vale lag, standen die Dinge nicht zum besten. Bill u Maion hatten zu Hause ein einfaches Gabelfrühstü nommen, was für sie ganz ungewöhnlich war. S Pläne waren durcheinander geraten, und im A hatten sie niemand, von dem sie sich hätten einlad können. Gewöhnlich waren sie für einige Tage i mit Einladungen versehen. Sie hatten sich aber sicht auf Peter Grey freigehalten. Zu ihrem große war er ausgeblieben, ohne sich auch nur zu entsch Zu Bestürzung und Aerger kamen wie üblich vorwürfe.

Wenigstens zum zehnten Male sagte Bill: „I das nicht. Heute morgen bin ich in seiner Wohnung sie wissen dort auch nichts von ihm. Sie konnten einmal sagen, ob er Dienstagnacht zu Hause gewe nicht. Anscheinend war er nämlich nicht da. Es sin liche Leute, aber sie zucken die Achseln und tun so es sie überhaupt nichts an, auf welche Weise sich die Zeit vertreiben. Sie können tun und lassen,

---

Der Fall Imetsal el F

Tänzerin wird Opfer einer Erpresserbr

Vor achthundert Menschen, die das Kasino „I Kairo füllten, den kabarettistischen Darbietung aßen, tranken und plauderten, in die 23jährige I des Unternehmens, die Tänzerin Imetsal el F worden. Mehr als die Hälfte der Anwesenden w bar Zeuge des Mordes, fast alle wissen oder ahne wer der Mörder ist — aber bei der Vernehmung dies im Orient üblich ist, keinen Menschen, de sehen oder gehört hatte, niemanden, der auch nur dacht hätte äußern können.

Wer war Imetsal el Fawsie, und weshal geistet?

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß d von Tausendundeiner Nacht alle frei erfunden doppelter Irrtum, zu glauben, daß in der Ge ähnliche balladenhafte Geschehnisse sich abspie in Nordafrika keine unblutigen Romanzen; u in diesem Fall die Gründe dieses Mordes und gänge äußern materieller Natur sind, so we durch die besondere orientalische Psychologie i und erregende Romantik getaucht.

Das Schicksal der jungen Tänzerin war eines Menschen, der glaubte, auf persönliche ohne das Eingehen irgendwelcher Kommerzi licher Bindungen sein Leben aufbauen zu kö el Fawsie tauchte vor etwa zwei Jahren in und Kasinos von Alexandria und Kairo auf, diesem Zeitpunkt an begann man, sich für d interessieren, die schon Jahre zuvor unbeand Leben der Kabarettistin im Orient geführt Prostitution aufs engste verwandt ist. Aber ren hatte sie das Glück, einen Mäzen zu fin zen im übrigen, dessen Wohnort nicht Ag glaubt nicht mit Unrecht, daß eine mehrwö vor etwa einem halben Jahr nach dem Hed daß es vielleicht nur an ihr gelegen hat, bretene fürstliche, aber einsame Leben mi Kairos zu vertauschen.

Sie kehrte zurück; aber sie hatte sich g ändert, glaubte selbständig und freier zu und hielt so mit Kräften zusammen, der sie erst kurz vor ihrem Tode erkannte, m augenblicklich der Gegenstand von Unterr weit über den Bereich der ägyptischen Rei ausgehen.

*

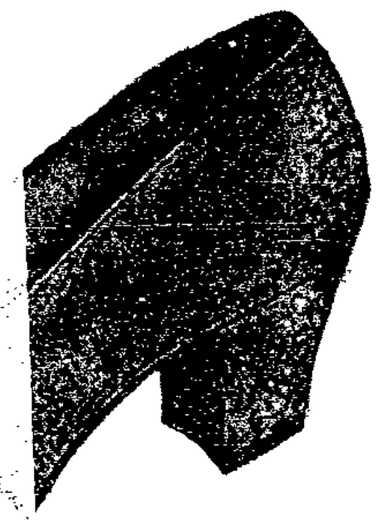
Denn der Tod Imetsal el Fawsis ist Mord, sondern ein Signal. Er ist ein Alarmschuß, den alle diejenigen verstehen und das sind die Inhaber und „Stars" an Kabarettis und Music-Halls der Levante

Die amerikanischen kriminellen O Gangsterunwesen in allen seinen Spielarten, im Orient unheimlich Schule gemacht. E der Verhältnisse bereits vor einer Reih haupten worden, daß der Name „Orient" das Verschwörer- und Bandenwesen nicht eine große Rolle gespielt hat, besonders

nte Chronik

Ausklang der „Girl-Pat"-Affäre

che Fahrt der „Girl Pat" hat nunmehr ihren
. Die „Girl Pat" hatte bekanntlich heimlich
Besatzung im April den Hafen von Grimsby
Ken modernen Errungenschaften der Technik
lang nicht, dieser kleinen Nußschale, deren
Hilfe eines Schulatlasses über den Atlantik
werden. Nach abenteuerlicher Fahrt landete
n Dakar (Nordwestafrika), entwischte aber



Schließlich tauchte sie in der Bucht von
Guayana) auf. Sie hatte sich den Namen
suchte den Hafen auf, um Nahrungsmit-
die Hafenpolizei, die mißtrauisch gewor-
ben wollte, flüchtete der Kutter. Ein Poli-
rfolgung auf. Die Besatzung ergab sich
ickfal. Der Kutter wurde ins Schlepptau
Schiff in Georgetown festgelegt. Der Ka-
ung für seine „Schwarzfahrt" an, daß er,
gt werden sollte und er und die Besatzung
chteten, versuchen wollten, den Kutter zu
ttel für eine neue Existenz zu verschaffen.
auch auf andere Weise, erreicht worden:
hat Kapitän und Mannschaft der „Girl
mmacht, gegen eine Wochengage von 250
unächst befinden sich Kapitän und Mann-
in Haft.

rafe für Kindesentführung

sich vor dem Bonner Schwurgericht der
rd Giese aus Bottrop wegen verbrecheri-
g zu verantworten. Giese hat am 16.
Sohn eines Bonner Kaufmanns ent-
ang es, den Täter noch am selben Tage
e später erließ die Reichsregierung ein
r Kraft vom 1. Juni an, das als § 239 a
eingefügt wurde und bestimmt: Wer in
in fremdes Kind durch List oder Gewalt
er Freiheit beraubt, wird mit dem Tode
ähnlich wie im Falle Lubbe für ein bis
nisstrafe geahndetes Verbrechen die To-
der Kraft festgesetzt.

olgender: Der Direktor der Oberreal-
am 16. Juni einen telephonischen An-
wurde, den 12jährigen Sohn eines Bon-
hause zu schicken, da dessen Vater von
l verletzt worden sei. Ein unbekannter
en in der Nähe der Wohnung in Emp-
einen Kraftwagen unter der Vorspiege-
s Krankenhaus fahren zu wollen. Dann
es Kindes durch zwei Jungen einen
r ein Lösegeld von 1200 Mark forderte.
alle der Nichtzahlung den Jungen zu
ndie sich nun sofort an die Kriminal-
g erschien ein von Giese beauftragter
e Summe im Geschäft des Kaufmanns
und konnte den Täter nach aufregen-
as Gericht verurteilte den Angeklagten

Gerichts-Nachspiel

rophe von Groß-Peringen auf der
urt a. M., die am Vorabend des
desopfer und zahlreiche Verletzte
hes Nachspiel gefunden. Das Land-
teilte den Lokomotivführer Dechant,
menden Schnellzug mit dem in ent-
fahrenden Personenzug hatte zu-
gen fahrlässiger Tötung in Tatein-
perverletzung und Transportgefähr-
i Monaten Gefängnis. Der Führer
lokomotive, Bande, wurde als mit-
sieben Monaten Gefängnis ver-
f Dechant vor, das auf Halt gestellte
ahrt in den Bahnhof Groß-Peringen
einige Sekunden zu spät gebremst
chuldigt, sich zu sehr auf den Führer
verlassen und ebenfalls zu spät das
bemerkt zu haben.
rigt, daß verschiedene unglückliche
hung des Zusammenstoßes mitge-
orspannlokomotive befand sich ein
heizer, der nicht die Bewilligung
gen hatte, so daß Dechant ihm bei
Feuerung helfen mußte und von
Seiten abgelenkt war. Ueberdies
twicklung der beiden Lokomotiven
ichtlichen Teilstrecke die Aussicht.
Milderungsgründe setzte das Ge-
unter dem auf fünf Jahre Ge-
maß an.

nem Blindgänger zerrissen

chten auf den Höhen von Vonte-
lien) noch Resten von Kriegs-
g. 10 von ihnen fanden einen 30,5
Sie machten sich daran, ihn aus-
ch explodierte die Granate und
tücke. Man fand von ihnen nur
Kleiderreste in etwa 100 Meter

DIE SCHÖNE VERSCHWÖRERIN

ROMAN VON HERBERT ADAMS

COPYRIGHT BY WILHELM GOLDMANN VERLAG LEIPZIG

Kurze Inhaltsangabe des bisher abgedruckten Teiles:

Caroline Ormesby und ihre Freundinnen Judy Barrett und die Zwillingsschwestern Nancy und Bunty Macrae sind von gewissenlosen Spekulanten um ihr Vermögen gebracht worden, Caroline, deren Onkel ihr Geld bei Spekulationen verlor, beschließt, einen Millionär zu entführen, um ein Lösegeld in Höhe von 40 000 Pfund zu erpressen. Mit ihren drei Freundinnen, die an dem Erlös beteiligt werden sollen, führt sie ihr Vorhaben durch; ihr Opfer ist der frühere Gummiplantagenbesitzer Peter Gray.

Peter Gray ist vor kurzer Zeit nach England zurückgekehrt, nachdem er als Gummiplantagenbesitzer in jahrzehntelanger Arbeit ein Millionenvermögen erworben hat. Er trifft in London seinen Freund Bill Mason, der eine große Chance sieht, seinen früheren Klassenkameraden Peter mit einer erfundenen Gesellschaft zur Ausbeutung von Honduras um eine ansehnliche Summe zu betrügen. Dabei sollen ihm seine Schwester Vera und seine Geschäftsfreund Walker helfen. Gray hat sich in Vera verliebt und ist auf Bills Verschläge eingegangen. Es sind schon feste Verabredungen getroffen worden, die nicht eingehalten werden konnten, weil Gray entführt wurde.

Die vier Mädchen hatten Gray gefesselt in ein einsames Landhaus gebracht und tatsächlich einen Scheck in Höhe von 40 000 Pfund erhalten. Sie sehen schließlich ein, daß sie das Geld zwar abheben, aber ohne Gefahr der Entdeckung nicht ausgeben können, händigen Gray darum den Scheck wieder aus und setzen ihn auf der Landstraße nach London ab. Hier findet ihn Mister Bickerton, den Gray auf der Ueberfahrt von Ceylon nach England kennen gelernt hat.

10. Fortsetzung

„Davon weiß ich überhaupt nichts. Es gehörte zu unserer Abmachung, daß sie mich heute morgen mit verbundenen Augen an einer Landstraße nach London abließen. Das Haus muß irgendwo an der Küste liegen, wir sind mindestens eine Stunde lang in flottem Tempo gefahren, bevor sie mich hier abluden. Ich hatte gehofft, sie würden mich bis London mitnehmen. Sie dachten nicht daran! „Hier müssen wir Sie leider verlassen, Mister Grey", sagten sie. „Die Straße ist so belebt, daß man Sie bald finden wird." Mein Koffer und ich wurden abgeladen, und schon waren sie verschwunden."

„Sie standen vier gegen einen, aber es waren immerhin nur Mädchen", bemerkte Bickerton.

„Es waren nur drei, zwei Mädchen und ein langer Bengel, der auch ganz gut ein verkleidetes Mädchen gewesen sein kann. Aber daran hat es nicht gelegen. Sehen Sie, ich hatte ihnen mein Wort gegeben, und da konnte ich ihnen die Masken nicht mehr gut abreißen."

„Haben Sie sich die Nummer des Wagens nicht gemerkt?"

„Das schon, aber so hell waren die auch, eine falsche Nummer anzubringen. Aber ich habe mir geschworen, sie zu verfolgen. Ich muß Robin Hood wiederfinden, und wenn ich die ganze Küste absuchen soll!"

„Ihre Freunde werden sich nicht wenig um Sie geängstigt haben", meinte Bickerton.

„Leider besitze ich kaum Freunde, die sich meinetwegen Sorge machen, ausgenommen vielleicht einen Mann, mit dem ich ein Geschäft bei Ihnen drüben machen soll."

„Sie meinen wohl, machen wird. Schlägt es in mein Fach?"

„Nein, es ist vorläufig nur ein Plan für Honduras."

„Honduras? Doch nicht etwa die Gesellschaft zur Erforschung und Ausbeutung von Nordost-Honduras?"

„Das war der Name! Kennen Sie das Unternehmen etwa näher?"

„Kennen? Mein lieber Gray, dieses Unternehmen ist seit mindestens achtzehn Monaten nur noch ein Gerippe. Mit wieviel wollten Sie sich denn daran beteiligen?"

„Mit 40 000, war verabredet."

„Schon wieder 40 000! Da können Sie sich aber bei Herrn Robin Hood bedanken, er hat Ihnen viel Geld gerettet."

„Halten Sie die Sache für einen Schwindel?" fragte Peter ängstlich. „Ich habe die Pläne und Papiere angesehen; es ist ein großer Betrug. Innerhalb drei Stunden von einem schiffbaren Fluß entfernt."

„Alter Junge, auch mir ist das Geschäft angeboten worden; ich bin hingefahren und habe mir alles selbst angesehen. So mache ich das nämlich im allgemeinen. Es ist alles wunderschön, aber es ist ein Malariasumpf! Knapp drei Meilen vom Fluß entfernt! Meinetwegen nur eine halbe Meile weniger, aber der Fluß ist nicht schiffbar, allenfalls bei Hochwasser, und zwischen Fluß und Sumpf liegt eine hohe Gebirgskette! Wenn Sie Ihr Geld unbedingt loswerden wollen, suchen Sie sich wenigstens etwas aus, was Ihnen mehr Spaß machen kann."

„Es handelt sich nicht um mein Geld", sagte Peter. „Ein Freund von mir wollte sich auch beteiligen, und der hat nichts zu verlieren."

„Dann kann er Ihnen nur dankbar sein, daß Sie um sein Geld retten. Irgend so ein Schwindler nahmens Bickerton gingen mit dem Dingsbumsen."

„Natürlich derselbe", murmelte Peter. „Hoffentlich kommt ich noch zeitig genug, um Bill zu warnen."

„Erzählen Sie mehr von Ihrem Robin Hood", sagte Bickerton, als sie auf der Straße nach London einbiegen. „Sie muß ein ganz besonderes Mädchen sein, das ich kennenlernen möchte. Wollen Sie der Sache der Polizei übergeben?"

„Ich denke nicht daran", antwortete Peter. „Ich hoffe, was ich Ihnen erzählt habe, bleibt unter uns. Man braucht nicht dem über bedeutende Dummheiten, bei denen man eine komische Figur gemacht hat, leicht merkt man, daß ich ein guter Sport bin, persönlich bei Ihnen zu werden. Es wird folgendes: vielleicht nehme ich mir einen Privatsekretär, werde ich einen erfahrenen Mann finden."

„Und was wollen Sie mit ihnen anfangen, wenn Sie sie aufgefunden haben?"

„Das weiß ich noch nicht. Das hängt von verschiedenen Umständen ab."

„Von Alter, Rasse, Farbe, Größe, Reichtum und Intelligenz" ergänzte verächtlich der Amerikaner.

„Wahrscheinlich", lenkte Peter ab, um auf ein anderes Thema zu kommen, sprach von seinem Vater, seinem Bruder und seiner Mutter, und so kam er weiter nach London.

[illegible]

Peter [illegible] Bill [illegible] Vera [illegible] Bekreise [illegible]

„Stimmt, Eaton Park. Dahin bin ich für die nächste Woche zum Kricketspiel eingeladen."

„Ich habe auch etwas von einem Ballspiel gehört, bin aber wohl schon wieder weiter, wenn das anfängt."

„Haben Sie auch immer sorgfältig daran gedacht, daß die Zeiten mit Ihrem Essen stimmt?" fragte Peter grinsend.

„Jetzt ist die Reihe zu lachen, an Ihnen", sagte Bickerton. „Sie wissen, wie ich in diesem Punkt denke. Der Mensch soll wenig, aber nur mit Genuß und Andacht essen."

„Das Speisen muß man also als eine Art Kunst betrachten?"

„Das Kochen ist eine Kunst, das Essen deren Würdigung. Vor zwei Abenden aß ich mit einem Dichter, einem Maler und einem Musiker zusammen. Sie sprachen ihre eigene Sprache und schlangen ein ganz köstlich mit Champignons garniertes Gericht Seezunge hinunter, das man nur mit höchster Andacht essen konnte. „Was ist eigentlich die Kunst?" fragte ich sie. Der eine sagte: „Kunst ist Ausdruck oder Genuß des Schönen." „Wie würden Sie einen Menschen nennen, der das Schöne weder ausdrücken noch genießen kann?" fragte ich weiter. „Einen Wilden, einen gefühllosen Kerl, einen Barbaren", erklärten sie alle drei. „Dann sind Sie also Wilde, gefühllose Kerle und Barbaren", sagte ich zu ihnen. „Wenn vor Ihnen solch köstliches Gericht steht und Sie das hinunterschlingen wie die Krokodile ein Stück Schlamm oder einen Neger, dann sind Sie keinen Deut besser als jemand, der bei einer Sonate schnarcht oder ein Butterbrot in ein Gedicht einwickelt"."

Peter wußte, wie beredt sein Freund werden konnte, wenn die Rede auf sein Steckenpferd kam, aber sie hatten London schon erreicht, und er atmete erleichtert auf, als der Wagen in den wohlbekannten Torweg von St. Michaelshof einbog. Er bedankte sich bei seinem barmherzigen Samariter und verabredete mit ihm ein Zusammentreffen nach der Kricketwoche. Dann eilte Peter in seine Wohnung, trob, sich umkleiden und rasieren zu können.

11

In der Wohnung am Hyderpark, die beinahe in Maida Vale lag, standen die Dinge nicht zum besten. Bill und Vera Mason hatten zu Hause ein einfaches Gabelfrühstück eingenommen, was für sie ganz ungewöhnlich war. Aber ihre Pläne waren durcheinander geraten, und im Augenblick hatten sie niemand, von dem sie sich hätten einladen lassen können. Gewöhnlich waren sie für einige Tage im voraus mit Einladungen versehen. Sie hatten sich aber mit Rücksicht auf Peter Gray freigehalten. Zu ihrem großen Aerger war er ausgeblieben, ohne sich auch nur zu entschuldigen. Zu Verwirrung und Aerger kamen wie üblich Selbstvorwürfe.

Wenigstens zum zehnten Male sagte Bill: „Ich verstehe das nicht. Heute morgen bin ich in seiner Wohnung gewesen; sie wissen dort auch nichts von ihm. Sie konnten mir nicht einmal sagen, ob er Dienstagnacht zu Hause gewesen ist oder nicht. Anscheinend war er nämlich nicht da. Es sind sehr höfliche Leute, aber sie zucken die Achseln und tun so, als ginge es sie überhaupt nichts an, auf welche Weise sich ihre Mieter die Zeit vertreiben. Sie können nun und lassen, was ihnen beliebt, vorausgesetzt, daß sie es nicht in ihrer Wohnung tun."

„Meinst du, Mister Gray wäre auch so einer?" fragte Vera.

„Eigentlich schätze ich ihn nicht so ein. Ich kenne ihn von früher mehr von der puritanischen Seite. Hätte ich vermuten können, er suche Abenteuer, hätte ich ihn ganz anders bedient. Man kann doch keinem Menschen trauen!"

„Vermutlich hat er in seinem Vertrauen auf dich ein Haar gefunden?"

„Wie meinst du das?"

„Er ist Geschäftsmann, und du hast versucht, ihn mit diesem Honduras-Schwindel hereinzulegen. Jemand wird ihn aufgeklärt haben, und er läßt uns sitzen, ohne ein Wort zu verlieren. Du mußt auch immer alles verderben."

„Was habe ich verdorben? War die Hälfte von 40 000 Pfund nicht wert, etwas zu riskieren?"

„Du verdirbst alle meine Chancen. Ich liebe ihn, das habe ich dir schon gesagt, und er liebt mich wieder. Allein mit ihm hätte ich alles längst in Ordnung gebracht. Ich hätte einen Millionär heiraten können! Du hast mir alles durch den Versuch zerstört, ihn an dein Schwindelunternehmen zu fesseln."

„So, meinst du? Du hättest die Sache wohl geschickter angefaßt? Du machst dir selbst etwas vor. Er wird irgendwo ein hübsches Kärnchen entdeckt haben, das ist alles. Wäre er weggeblieben, wenn du so großen Eindruck auf ihn gemacht hättest, wie du behauptest?"

„Du und dein Freund Walker, ihr seid schuld. Wer wird einem Manne wie Walker Vertrauen schenken? Dem gibt nicht einmal ein Pfandleiher etwas, wenn er sein Gesicht sieht."

„Du weißt viel von Pfandleihern!" erwiderte Bill. „Wir wären schon längst unter die Räder gekommen, hätte Walker uns nicht geholfen."

„Besser untergehen, als von so einem Blutsauger in Menschengestalt abhängig sein!"

Ihm kam eine ärgerliche Erwiderung auf die Zunge, aber er schluckte sie wieder hinunter. Innerlich stimmte er ihr zu. Peter konnte Nachteiliges über ihn gehört haben. Auch wollte er mit seiner kleinen Schwester keinen Streit haben. Sie war sein größter Trumpf und mußte ihm bei seinem großen Schlage behilflich sein. „Der große Schlag." Wie liebte er diesen Ausdruck, die Sache selbst war ihm bisher allerdings noch immer mißglückt.

„Es tut mir leid, Kleines", sagte er. „Du hast deine Schuldigkeit getan. Es war eben wieder einmal Pech. Wenn er wenigstens den Wagen gekauft hätte, dann wären wir wenigstens die achtzig Pfund nicht entgangen. Weiß der Himmel, ich hätte sie gut brauchen können. Du mußt für den Besuch bei Summers noch ein paar neue Kleider haben. Dort muß irgend etwas klappen, Bridge oder Baccarat oder sonst was!"

Plötzlich erhellten sich ihre finsteren Mienen, und sie fächelten wieder. Die Aufwartefrau hatte die Tür geöffnet und gemeldet:

„Mister Peter Grey."

Sauber rasiert und frisch angezogen trat Peter mit entschuldigender Geste ins Zimmer.

„Was werden Sie von mir gedacht haben", sagte er zu Vera und gab ihr die Hand.

„Ich fürchtete, Sie hätten einen Unfall gehabt", sagte sie.

„Das war auch der Fall." Er hatte sich vorgenommen, ihnen nicht die Wahrheit zu erzählen, das hätte üble Folgen haben können; abgesehen davon, daß ein Mann nicht gern erzählt, wie er das Opfer einer Schar junger Mädchen geworden ist. „In der Einöde von Sussex hatten wir eine Panne und konnten so schnell niemand benachrichtigen."

Bill warf ihm einen mißtrauischen Blick zu. Welche Art Panne kann einen Mann zwei Nächte lang von jedem Verkehr mit seinen Freunden abhalten? Er legte bei sich den Ton auf den Plural „Nächte". Die Theorie mit dem Liebchen war doch wohl richtig, aber er wollte taktvoll sein und keine Fragen stellen. (Fortsetzung folgt.)

Der Fall Imetsal el Tawfi

Tänzerin wird Opfer einer Erpresserbande

Vor abertausend Menschen, die das Kasino „Polohore" in Kairo füllten, den leidenschaftlichen Darbietungen zusahen, staunten und schauderten, als die Tänzerin Imetsal el Tawfi, erdolcht worden. Blut als die Hölle der Zuschauer war unmittelbar [illegible] die Mörder, fast die [illegible] der Mörder ist — aber bei der Vorstellung gab es wie [illegible] im Orient [illegible] keinen Menschen, der etwas gesehen oder [illegible] hatte, der auch nur einen Verdacht hätte äußern können.

Wer war Imetsal el Tawfi, und [illegible] wurde sie [illegible]

Es muß als [illegible] angenommen, daß die Geschichten von Zauberkunststücken [illegible] alle frei erfunden sind, und ein [illegible] Publikum zu glauben, daß in der Vorstellung nicht [illegible] Kunststücke sich abspielten. Es gibt im Mittelalter [illegible] Romantik und wenn auch [illegible] Mordes und anderer Verbrechen [illegible] Mittel [illegible] so wurden sie doch [illegible] Verbrechen [illegible] und [illegible] romantisch [illegible]

Das Leben der [illegible] Tänzerin war das Schicksal einer Mitwirkenden [illegible] und [illegible] Imetsal el Tawfi [illegible] Jahren [illegible] Orient [illegible] Mädchen [illegible] Kairo auf [illegible] Alexandria und Kairo auf [illegible] Orient [illegible] Imetsal el Tawfi [illegible] Mädchen [illegible] Kairo [illegible] Mädchen [illegible] Kairo [illegible] Mädchen [illegible] Kairo